

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: 3.00 M., monatlich 1.10 M., wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 M. pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich. Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Rußland, Schweden, Rumänien, Schweben und die Schweiz.

**Die Inserions-Gebühr**  
 Gebührt für die sechsgeheften Kolonnenbreite oder deren Raum 50 Pf. Die politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengefuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Woche über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Injuncte für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Donnerstag, den 6. Dezember 1906.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

## Roosevelts Botschaft.

Wie alljährlich zu Anfang Dezember hat auch vorgestern Mr. Theodor Roosevelt eine Botschaft an den Senat und das Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten von Amerika erlassen, deren Inhalt aufs neue bestätigt, daß „unser Teddy“ — wie ihn die republikanische amerikanische Presse mit Vorliebe nennt, ein politisch-diplomatisches Talent ist — nicht von jener höfischen Spielart, wie sie jetzt in Preußen den Ton angibt, die in den Diplomatensalons weltmännisch zu repräsentieren versteht, sich aber von dem politischen Schachspiel eines Journalisten vom Range des Herrn Bardre mattsetzen läßt — sondern von echt amerikanischer Urwüchsigkeit: eine Mischung von geschäftspolitischer „Smartness“, mit jener bürgerlich-biederemännlichen Respektabilität, die der wohl-situierte amerikanische Bürger so gern hervorkehrt. Große Gedanken hat Mr. Roosevelt nie in seinem Hirn gewälzt. Wäre er der seine Wähler weit überragende weitblickende Politiker, als den ihn manche amerikanische Blätter feiern, er würde nie seine heutige Popularität erlangt haben; denn große, in ihrem Gedankensflug den Anschauungen ihrer Zeit voraneilende Geister sind nie im eigentlichen Sinne populär gewesen. „Volksstümlich“ waren stets nur jene, die im ganzen wie die Durchschnittsmasse fühlten und dachten, aber verstanden, diesem Fühlen und Denken einen höheren Ausdruck zu geben, so daß der ehrsame Bürger gewissermaßen in den Auffassungen seines „Heros“ die ihn selbst beschäftigenden Fragen in höherer Potenz wiederfand. Mr. Roosevelt ist ein Mann von relativ engem Gesichtskreis, aber einem klaren und stets fertigen Verstande, der scharf jede politische Situation erfährt. Dazu besitzt er eine bedeutende Anpassungs-fähigkeit und versteht, dem Bedürfnis des honetten ameri-kanischen Bürgers nach ethischer Beschönigung seiner Geschäfts-politik, fast kann man sagen, nach öffentlicher Selbst-rechtfertigung, vorzüglich Rechnung zu tragen.

Die schönen Botschaften, die Mr. Roosevelt seit dem Dezember 1901, nach seiner ersten Wahl zum Präsidenten der nordamerikanischen Union, bis heute erlassen hat, sind denn auch sämtlich über denselben Leisten geschlagen. Sie weisen, wenn man sie untereinander vergleicht, genau dieselben Gedankengänge auf; und doch ist es höchst interessant zu verfolgen, mit welchem Geschick Herr Roosevelt durch Aniancierung und Betonung einzelner Forderungen der jeweiligen Stimmung der amerikanischen Mittelschichten Rechnung zu tragen versteht, und wie er, trotzdem er seine Neu-wahl im Jahre 1904 nicht zum wenigsten der Unterstützung der amerikanischen Trusts und der imperialistischen Kolonial-politiker verdankt, doch nach außen den selbständigen, keinen Parteizwang anerkennenden Politiker zu spielen versteht.

In kluger Ausnutzung der Mißstimmung der ameri-kanischen Mittelschichten gegen die Trusts spielt Roosevelt in jeder seiner Botschaften mit dem sogenannten „Trustproblem“. Schon seine erste Botschaft vom Jahre 1901 spricht von „den wirklichen und ernsten Gefahren der Trusts“ und verlangt, daß, wenn auch die Betriebsvereinigung und -konzentration nicht verhindert werden dürfe, „innerhalb vernünftiger Grenzen“ eine Bewachung und Kontrolle der Trusts durch den Staat stattfinden müsse. Auch in der vorgestern erlassenen Botschaft kommt Roosevelt auf die Trusts zu sprechen, doch ist von einer ernsten Kontrolle kaum mehr die Rede. Nach dem telegraphisch übermittelten Bericht fordert Roosevelt nur die Annahme des Gesetzesentwurfs, der der Bundesregierung das Recht gibt, in Strafprozessen Berufung wegen freitiger Gesetzesauslegung einzulegen: eine Befugnis, die, wie es in der Botschaft heißt, um so notwendiger sei, als die Regierung jetzt in entschiedener Weise gegen Ver-letzungen des Trustgesetzes und des Gesetzes über den binnen-staatlichen Handel strafrechtlich vorgehe.

Zugleich befürwortet Roosevelt die gesetzliche Zurück-haltung aller noch nicht besiedelten kohlenhaltigen Ländereien als Staatseigentum, nicht zum Zwecke des Staatsbetriebes, sondern zur Ausbeutung durch die Privatindustrie nach einem Regalsystem unter Kontrolle des Bundes über die Forderung und die Frachttaxe zur Verhinderung einer Uebersteuerung des Verbrauchs. Eine Maßregel, die, falls sie tatsächlich durchgeführt wird, lediglich einen Teil der Trusts, nämlich die Kohlentrusts, an der rücksichtslosen Ausnützung ihres Monopols hindert, dagegen für diejenigen Unternehmungen, die Kohlen zu kaufen genötigt sind, einen Vorteil bedeutet. Indes sind diese Wünsche nach Roosevelts eigener An-sicht vorläufig noch Zukunftsmusik. Zunächst beschränkt er sich auf die bescheidene Forderung einer Verschärfung der be-stehenden bedeutungslosen Kontrollgesetze, und selbst in bezug auf diese Forderung stellt er keineswegs den Anspruch, daß der Kongreß sich damit noch in dieser Tagung beschäftigen werde.

„Wenn auch“, heißt es im Bericht, „die gegenwärtige Tagung für weiteres Vorgehen zu kurz sei, so sei doch der baldige Erlass eines Gesetzes zur Herstellung einer weit vollständigeren Kon-trolle über die Korporationen unerlässlich, welches Ueberkapitali-sierung verhindere und öffentliche Rechnungslegung für die Kor-porationen und ihre Tochtergesellschaften vorschreibe. Nicht die Kapitalkonzentration als solche, sondern nur die daraus für das Volksganze entspringenden Schäden seien zu bekämpfen. Das sei kein Schritt zum Sozialismus; durch

bessernde Maßnahmen der erwähnten Art werde gerade sozialistischen Bestrebungen, wie der durchaus nicht wünschenswerten Maßregel der Eisenbahnverstaatlichung der Boden entzogen.“

Für diese geringfügigen Einschränkungen ihrer Trust-monopole stellt Roosevelt den Großkapitalisten als Ent-schädigung die volle Unterstützung ihrer kolonialpolitischen und imperialistischen Bestrebungen durch den Staat in Aus-sicht. Er befürwortet die Schaffung von Schnelldampfer-linien nach Südamerika, d. h. die staatliche Subventionierung solcher amerikanischen Linien, verwirft die „unterirdische Behandlung der den gesetzlichen Anforderungen entsprechen-den Einwanderer“, d. h. er tritt für die von den Unter-nehmern gewünschte Zufuhr japanischer und chinesi-scher Arbeitskräfte ein, und stellt schließlich der nach profita-bler Anlage ihrer Kapitalien lästernen Finanz die An-nektierung der Insel Kuba in Aussicht, natür-lich nur, wenn dort der Aufbruch nicht aufhöre: eine Be-dingung, für deren Erfüllung die amerikanische Finanz schon sorgen wird. Ferner wird dem überseeischen Handelsverkehr für die Philippinen eine große Kriegsflotte vorbehalten. Be-züglich des letzten Punktes heißt es in der Botschaft:

Die Flotte der Vereinigten Staaten sei der sicherste Bürge des Friedens, den das Land besitze. Er verlange nicht, daß die Flotte weiter vergrößert werde, aber ihre gegenwärtige Stärke müsse aufrecht erhalten werden dadurch, daß die veralteten und verbrauchten Schiffe durch neue, gute, die denen jeder anderen Flotte gleichkommen, ersetzt werden. Es soll ein Programm auf-gestellt werden, wonach jährlich wenigstens ein Schlachtschiff erster Klasse gebaut wird, das an Größe und Schnelligkeit jedem gleich-zeitig im Bau befindlichen Schiffe anderer Nationen gleichkommt; es solle mit möglichst vielen sehr schweren Geschützen deselben Kaliber und kleinen Geschützen zur Zurückweisung von Torpedo-angriffen besetzt werden, schweren Panzer, Turbinenmaschinen, kurz alle modernen Fortschritte aufweisen. Natürlich müßten von Zeit zu Zeit auch Kreuzer, Kohlendampfer, Torpedojäger und Torpedoboote erneuert werden.

Auch die Arbeiterschaft geht nicht ganz leer aus. Zwar die schöne Praxis der amerikanischen Gerichte, vermittels sogen. Einhaltsbriefe die Boykottierung irgendwelcher Unter-nehmungen durch ausgesperrte oder streikende Arbeiter zu verhindern, soll nicht wesentlich beschränkt werden, und auch die regelmäßig in den Rooseveltschen Botschaften enthaltenen Kraftproben gegen „das verderbliche Wirken der Agitatoren“, gegen die „Klassenhassprediger“, die Gefahren der „Pöbel-herrschaft“ usw. fehlen wiederum nicht; aber, wenn die Ar-beiter sich als ruhige, geduldige Staatsbürger verhalten, stellt auch ihnen die Botschaft allerlei schöne Dinge in Aussicht. Zum Beispiel hält der Präsident ein Gesetz für nötig, das die Arbeitszeit der Eisenbahnangestellten begrenzt, und ferner empfiehlt er eine eingehende Untersuchung über die Verhält-nisse der Frauen- und Kinderarbeit, eine wesent-liche Erweiterung des Arbeitgeberhaft-pflichtgesetzes und Verabschiedung der Vorlage be-treffend obligatorische behördliche Untersuchung von Bundes wegen bei Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, nach Art des letzten Kohlenarbeiter-ausstandes.

Ganz hübsche Versprechungen — aber auch nur Ver-sprechungen. Bisher ist von den schönen Verheißungen der Rooseveltschen Botschaften, soweit sie die Arbeiter betrafen, wenig erfüllt worden, während unter seiner Präsidentschaft die Monopole der Trusts, die Kolonialerwerbungen und der Flottenbau mächtig gewachsen sind.

## Die russische Revolution.

### Der Aufmarsch der Parteien.

Unter ganz eigenartigen Bedingungen tritt Rußland in den Wahlkampf zur zweiten Reichsduma: Die schwärzeste Reaktion wütet im ganzen Lande, sie knebelt mit eiserner Faust jede Regung des „auf konstitutioneller Grundlage“ regierten Volkes und sucht zur Rettung ihres europäischen Kredits — koste es, was es wolle — eine gefügige Duma zusammen zu stopfeln. Das Wahlgesetz zur ersten Duma — diese Spottgeburt eines Wahlgesetzes — ist durch die letzten Senats-„Erläuterungen“ noch um vieles verschlimmert, und täglich kommen neue „Erläuterungen“ des Ministers des Innern hinzu. Jede Wahlagitation ist untersagt, keine Partei außer den erzeaktionären wird legali-siert, von seiten der örtlichen Satrapen werden den demokratischen Wählern die denkbar größten Schwierigkeiten bereitet, um ihnen die Wahlen zu verleißen, und alles über-tönend knattern die Gewehrsalven der Strafexpeditionen und Feldgerichte, zieht das Gestöhn der zu Tode Demartierten über das weite Land. . . .

Trotz alledem vollzieht sich die innere Entwicklung der verschiedenen Klassen und Schichten der Bevölkerung, bilden sich neue Parteien, wächst und festigt sich das politische Bewußtsein des Volkes. Das eine Jahr revolutionärer Kämpfe hat den breiten Schichten der Stadt- und Landbevölkerung ihren früheren naiven Glauben genommen und sie geführt für den Kampf um weitgehende demokratische und soziale Forderungen.

Andererseits hat dieses Jahr zur scharfen Klassenscheidung geführt. Die sozialen Forderungen der Arbeiter und der Bauern haben die Großbourgeoisie und das Agrarierturn ihres liberalen Dekorums entkleidet und sie in das Lager der „ordnungstreuen“ Reaktion gestoßen. Unantastbarkeit des Grundbesitzes, Kampf gegen die Hydra der Revolution — das ist ihr Schlagwort, bedingungslose Unterstützung der Regierung ihr einziges Programm. Schroffer als je stehen die besitzenden, die privilegierten Klassen den demo-kratischen Schichten der Bevölkerung gegenüber; hoffnungs-loser als je ist die Situation jener Parteien, die diese feindlichen Lager miteinander „versöhnen“ und die revolutionären Forderungen der Arbeiter und der Bauern ihres sozialen Inhaltes berauben möchten. Diese Tendenz ist zum Teil charakteristisch für die bürgerlich-oppositionellen Parteien, sie schwindet aber immer mehr mit dem Wachsen der revolutionären Energie und der politischen Reife der Volksmassen. Der Klassenkampf ist es, der diese Parteien nach links immer weiter treibt, und das Be-wußtsein, daß die Revolution das ganze russische Leben zu tief aufgewühlt hat, als daß sie — etwa wie so manche „Revolution“ des XIX. Jahrhunderts — von den besitzenden Klassen eskamotiert werden könnte. (Fortsetzung folgt.)

## Sozialdemokratische Wahlkampagne in der Provinz.

Warschau: Die Linksparteien, besonders der „Gund“, ent-falten eine energische Agitation; ihre Aufrufe werden massenhaft in den Straßen verbreitet. Ihren Bemühungen ist es zu verdanken, daß von 45 000 wahlberechtigten Wohnungsmietern 42 000 die Er-läuterungen über die Eintragung in die Wahllisten abgegeben haben! („Nietzsch“, 30. November.)

Kowno: Vertreter der sozialistischen Parteien und der ge-werkschaftlichen Verbände machen Kundgänge, besuchen die Wähler in ihren Wohnungen, leisten ihnen Beihilfe bei der Ausübung ihrer Rechte. („Towarisch“.)

Wichtige Nachrichten laufen aus fast allen größeren und mittel-großen Orten ein.

## Eine Verleumdung.

Von der russischen bürgerlichen Presse wurde kürzlich eine Nach-richt verbreitet, die geeignet war, die Arbeiter in höchst ungünstiger Beleuchtung erscheinen zu lassen. Auch in die deutsche bürgerliche Presse fand diese Meldung Eingang, und im „Berliner Tageblatt“ vom 28. November war sie unter der Spitzmarke „Unglücksgericht in Petersburg“ veröffentlicht. Es wurde da behauptet, es hätten streikende Farbenarbeiter einen Arbeitwilligen in einen brennenden Scheiterhaufen geworfen, herbeigeeilte Polizisten hätten den entsehrlich Verbrannten aus dem Feuer gerettet, sein Zustand sei aber hoffnungslos, einige der Hauptschuldigen wären verhaftet worden usw. Nun wird dieses Schauermärchen von einer Seite dementiert, die keineswegs unter dem „Verdacht“ der Arbeiterfeindlichkeit stehen kann und die sogar dem „Berliner Tageblatt“ als kompetent gelten dürfte: Die Kanzlei des St. Petersburgs Stadthauptmanns macht nämlich bekannt, daß der erwähnte Farbenarbeiter, als er über das Auslödegerüst schritt, ausglitt und auf den brennenden Scheiterhaufen fiel; er verbrannte sich sehr leicht, ging selbst ins Krankenhaus, und zwar erst am folgenden Tage! Seine Wund-wunden bieten nicht die mindeste Gefahr; niemand wurde verhaftet, da keiner von den Anwesenden an dem Unglücksfalle schuldig war.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 5. Dezember.

### Preussische „Fürsorgeerziehung“.

Im preussischen Staate, in der Vorkammer des Deutschen Reiches, sind Richter, die Eltern die Kinder nehmen, die Kinder in „Fürsorge“ (lies Zwangsanstaltserziehung) schicken, weil die Eltern ihren Kindern eine den Herrschenden unbecome nationale Gesinnung einflößen. . . .

Wer's nicht glauben kann, der lese die Verhandlungen des deutschen Reichstages vom 5. Dezember 1906. Der Lesende vor allem die Rede des letzten Redners, des Fürsten Hanssen, worin über den furchtbaren Mißbrauch der Justiz zu politischen Zwecken, zum Zweck der Zwangsgermanisierung Angaben von einer Ungeheuerlichkeit enthalten sind, daß man sich zweifelnd fragen möchte, ob Preußen ein Kulturstaat oder ein Barbarenland ist!

Die Germanisationspolitik und die Germanisationsjustiz standen am Schandpfahle und der deutsche Chauvinismus spreizte sich und überschlug sich selbst, als wollte er das Gefühl der Schande übertäuben. . . .

Poleninterpellationen standen zur Verhandlung, je eine der Polen und des Zentrums. Aber nicht die Redner dieser Parteien haben dem Tage ihren Stempel aufgedrückt. Die Begründung, die der Pole v. Jagdzewski, und der ober-schlesische Zentrumsabgeordnete Glowacki den Interpellationen gaben, waren mehr Predigten, denn Anklagereden. Interessant war das Zugeständnis des katholischen Priesters v. Jagdzewski, daß der Staat lieber den Religionsunterricht aus der Schule entfernen möge, als ihn weiter bei Unterdrückung der Muttersprache erteilen zu lassen. Dies Wort eines katholischen Geist-lichen ist wertvoll. Es beweist, wie die Kirche sehr wohl weiß, daß sie auch mit der weltlichen Schule zu leben vermag, daß die Entfernung des Religionsunterrichtes aus der Schule keine Antastung der Religion und der Religionsfreiheit ist. Unferne in Zentrumskreisen agitierenden Genossen mögen sich dieses Zugeständnis merken. Der Sprecher des Zentrums sprach natürlich noch diplomatischer als der Pole. Eindruck machte er mit seinem Hintweis auf die Tatsache, daß



die deutsche Reichsregierung die Notwendigkeit anerkennt, daß den Hererosindern der Religionsunterricht in der Muttersprache erteilt wird. Ob der preussische Ministerpräsident nun dem Reichskanzler diplomatische Vorstellungen machen wird, daß das Reich in seiner Behandlung der Hererosindern der rechten preussischen Germanisationspolitik in so erschreckendem Maße ermangele?

Es ist nichts unmöglich. Auch nicht, daß der preussische Ministerpräsident Fürst Bülow dem deutschen Reichskanzler Fürsten Bülow diplomatische Noten überreicht. Versicherte uns doch der Staatssekretär der Justiz, der Herr Nieberding, in seiner Antwort auf die Interpellation mit unerschütterlicher Bureaukratenfeierlichkeit, daß der Reichskanzler erfahrungsgemäß nicht in der Lage sei, der preussischen Regierung Vorstellungen über ihre Polenpolitik zu machen. Und mit demselben unerschütterlichen, würdevollen Ernste erwiderte er auf die lakonische Zwischenbemerkung des Genossen Singer, daß der Reichskanzler ja unter anderem auch preussischer Ministerpräsident sei, die Worte: „Als solcher ist er hier nicht repräsentiert!“ Herr Nieberding beantwortete die Interpellation mit der Erklärung, daß er sie nicht beantworten dürfe. Erstens wegen der mangelnden Kompetenz des Reichstages in preussischer Polenpolitik, zweitens, weil die deutsche Reichsregierung die Unabhängigkeit der Richter als teuerstes Kleinod schätzt und vor der Zumutung der Kabinettsjustiz in ihrem starken Gefühl für Recht entsetzt zurücktaubert wie eine feinsche Jungfrau von der unreinen Umarmung des Wüstlings. Die Eltern, denen die Kinder entrissen wurden, haben ja das Recht zur Verjährung und sogar an nicht weniger als zwei Instanzen!

Päpstlicher noch als der Papst, erklärten die Sprecher der Konservativen und der Freikonservativen, daß ihre Forderungen wegen Verneinung der Kompetenz des Reichstages sich nicht an der Erörterung beteiligen würden. Herr v. Tiedemann, das T des Sakatistenvereins, konnte es freilich trotzdem nicht unterlassen, der preussischen Regierung noch schnell ein paar scharfmachende Worte gegen die Polen zu sagen.

Erst mit dem Redner der Nationalliberalen, dem Mecklenburger Büsing, begann die eigentliche Debatte. Ein sozialdemokratischer Zwischenruf hat seine Ausführungen ebenso treffend wie knapp charakterisiert: „Der ist ja schlimmer wie Liedemann!“ Es war wildgewordener Chauvinismus, der in tollem Laufe über alle Schranken der Logik und Gerechtigkeit hinwegsetzte. Aber bei aller Bewirrung des moralischen Gefühls, bei aller Berranntheit, die den Redner erklären ließ, daß er keinen Verstoß gegen ein Reichsgesetz in der Anwendung der Fürsorgeerziehungsbestimmung auf die Eltern streifender Polenkinder sehe, mußte dieser Redner doch zugestehen, daß er an die Eignung dieses Mittels nicht glaube!

In Bebel trat endlich der Redner auf die Tribüne, der die Erörterung auf grundsätzliche Höhe hob. Frisch und lebendig, als hätten ihn die Strapazen der Kolonialdebatte ganz unberührt gelassen, vortrug er die Sache an und den Rahmen der Interpellationen sprengend, holte er zu einer gründlichen Abrechnung mit der Unterdrückungspolitik gegen die fremden Nationalitäten und mit den Handlungen dieser Politik aus. In glücklicher Gegenüberstellung von einst und jetzt zeigte er, wie herrlich weit — zurück wir es gebracht haben. Wenn der Nationalliberalismus nicht so grenzenlos verkommen wäre, die Rote der Scham hätte nicht von seinen Wangen weichen können, als Bebel seine Streiche führte. Wie mag Herrn Büsing zumute gewesen sein, als Bebel ihn an die lodende Empörung des deutschen Bürgertums wider die Dänen erinnerte, als sie vor 64 an den Schleswig-Holsteinern nicht zur Hälfte das taten, was jetzt Preußen an den Polen und Dänen tut! Es war nicht bloß Kritik in dieser Rede. In der Politik Frankreichs im Elsass zeigte Bebel die Grundzüge einer vernünftigen Nationalitätenpolitik, wie sie die bürgerliche Gesellschaft zu treiben vermag. Aber auch das Zentrum erhielt neben den Liberalen seine Lektion, sein Vertrauensdusel in deutsche Richterobjektivität erfuhr eine scharfe Kennzeichnung und der Erfurs Bebel über die Weltlichkeit der Schule wird den Merkmalen nicht besonders angenehm geklungen haben. Es war eine Rede, die nach allen Seiten Ausblicke auf die Grundzüge der Sozialdemokratie eröffnete.

Aus der Fortsetzung der Debatte, die die vom freisinnigen Standpunkte aus recht anerkennenswerten Reden der Abgg. Träger und Gothein brach, — dazwischen ein großes Polenfressen des Abg. Liebermann von Sonnenberg, der selbst Büsing noch zu übertrumpfen vermochte, ist besonders die Schlussrede hervorzuheben. Was der Abgeordnete Hansen im Namen der dänischen Minderheit ausführte, das hätte an dem Anfange der Beratung stehen müssen! Denn sie enthielt die furchtbarste Anklage gegen die preussische Germanisationspolitik. Der Fall dieser deutsch-dänischen Mutter, der man zehn Kinder nahm, weil sie ihren Keststen in eine dänische Druckerie in die Lehre gab, dieser herzzerreißende Fall der armen Witwe schreit gen Himmel! Selbst die grimmigsten Schwarzzeher hätten diesen Mißbrauch der Justiz für die Zwecke der Germanisationspolitik nicht für möglich gehalten! Bei den Entscheidungen des Amtsgerichts zu Järgze ist doch noch ein Mittelglied, ist noch der Vorwand eines Verstoßes gegen die Schulordnung, hier aber ist die nackte, grausamste Verletzung der Geseinnung!

Das ist die blanke Barbarei! Das ist die Richterklärung für jede Opposition! Das ist ein Faustschlag ins Gesicht der Kultur!

So meint ihr? Nichts von alledem! Fragt Herrn v. Studt, fragt Herrn Weseler! Das ist preussische Fürsorgeerziehung, das ist edelste Blüte der Humanität, da die Organe des Staates sich der sittlich gefährdeten Jugend annehmen! Woju ist deutsche Justiz nicht zu haben? Woju nicht?

### Am Schandpfahl.

Die beispiellose Doppelscham, die das Zentrum in der Kolonialdebatte erlitten hat, wird durch die Urteile der Presse in bengalische Verachtung gerückt. War die Scham, die Herr Dernburg dem Zentrum durch Aufdeckung seines schändlichen Schandens und Pragens um die Verurteilung der Kolonialstunde bereitet hatte, schon ungeheuerlich, so hat das Zentrum durch die feige Preisgabe des Herrn Roeren und sein hundsbemühtes Aufsehen vor der Faust seines Vändigers die Scham ins Unermessliche gesteigert!

Eine solch jammervolle Untertwerfung hatte nach den Vorgängen vom Montag kein Mensch für möglich gehalten. So schrieb die „Soff. Ztg.“:

„Der Roeren wird von seiner Fraktion nicht im Stiche gelassen werden.“

Die „Deutsche Tages-Ztg.“ meinte:

„Sicherlich hat Herr Dernburg sich das Zentrum durch sein gestriges Vorgehen zum Feinde gemacht, und man darf gespannt sein, wie der Zweikampf, der sich jetzt zweifellos weiter fortsetzt, enden wird.“

Der „Hamb. Korrespondent“ sagte:

„Wichtiger aber und dringender ist, daß neben der Wiederbelebung der Kolonialfrage der Eintritt einer politischen Krise droht, deren Entwicklung und Tragweite im Augenblick noch völlig unabsehbar ist. Fürst Bülow notorisch ein Freund des Zentrums, Erzengel Dernburg ein Verehrter und Gegner aller politischen Traditionen im ultramontanen Sinne, das Zentrum zum Widerstande und wahrscheinlich auch zum Gegenschlage entschlossen... das ist wahrhaftig eine Situation, die den Optimismus gründlich zum Teufel jagen muß.“

Dah sich das Zentrum die ihm widerfahrenen unterhörte Bräuterei gefallen lassen werde, ohne wenigstens für den Augenblick einmal die Bühne gerückt zu haben, erschien ihm so unmöglich, als sich die ganze Presse der Rechten und des Rechts-Liberalismus in dithyrambischen Lobpreisungen des „Vorsenjobbers“ und tollsten Verhöhnungen des so unkräftig mauschelierten Zentrums erging.

So jubelte der fromme „Reichsbote“ dem „Vorsenjobber“ zu:

„In mächtiger Erregung — Dernburg weiß wohl, wie gefährlich der Kampf gegen das allmächtige Zentrum ist — ließ er seine Aulage herbor, und von einem Gefühl der Befreiung sprach er, als er seine erste Rede bestrich. Als er aber zum zweitenmal auf die beleidigenden Angriffe Roerens, zu denen der Präsident schwieg, geantwortet hatte, und in dem stolzen Gefühl: Ich hab's gewagt! in das Heberhaft erregte und doch atemlos lauschende Haus trat: „Diese Eiterbeule mußte aufgeschossen werden, ich habe sie aufgeschossen, und ich trage gern die Konsequenzen!“ da koste ein Beifallsortan durchs Haus, minutenlang sich wiederholend... Herr Dernburg aber wird aus der machtvollen Beifallsdumgebung gesehen haben, daß das deutsche Volk dem mutigen Manne begeistert zustimmt, der in dieser Zeit des allgemeinen Atriechens vor dem Zentrum stolz die Zumutung zurückweist, sich seinem Willen unterzuordnen. Dernburgs Auftreten war eine Tat, die ihm den Dank aller Vaterlandsfreunde sichert.“

Und in demselben Stile schrieb die „Köln. Ztg.“:

„Ein Gefühl der Erleichterung geht heute durch das Land. Dankbar steht die Bürgerchaft zu dem tapferen Manne, der sich in wenigen Tagen eine politische Vergangenheit geschaffen hat und sich auch nicht um den Preis der Bewilligung der Kolonialbahn zu einer politischen Erpressung bereit findet. Es wirkt wie Befreiung, daß Dernburg den ultramontanen Druck, der auf dem Lande lastet, endlich abgeschüttelt hat. Den Zentrumsheeren war der Stamm zu hoch geworden... Dernburg hat den Kämpfen Roerens glatt in den Sand gesetzt. Roeren ist als Richter unabhäglich. Aber dem Abgeordneten Roeren ruht heute die öffentliche Meinung ins Ohr: Nehmen Sie Abschied!“

Kräftigere Töne noch schlug die „N. W. Ztg.“ an:

„Wahrlich, ein Mann. Nicht einer der vielgewandten, die mit süßem Rädeln und höflichem Diener sich mit allem abzufinden wissen. Sondern einer derer, die man in Deutschland schier für ausgestorben wähnte, denen schmachvolle Verleumdung die Hornes- oder Schwelken und die Faust sich ballen läßt. Einer, wie wir ihn seit Jahren, Jahrzehnten ersehnten, und der sich durch seine gestrige Tat verdienter am Deutschlands Größe, um Deutschlands Ehre gemacht hat, als alle Nachfolger Bismarcks und alle Kolonialdirektoren zusammengenommen. Seine Tat. Denn eine solche war es und eine mutige dazu, der mächtigsten Partei im Reiche so seinen Born und seine Verachtung ins Gesicht zu sagen.“

Und trotz solch beispielloser Provolationen, trotz solch jauchzender Triumphgesänge, trotz des verächtlichsten Hohnes lauchte das Zentrum wie ein geprägelter Hund!

Wie bereits erwähnt, setzte das führende Zentrumsorgan, die „Germania“, Herrn Roeren bereits in der Morgennummer vom Dienstag den Stuhl vor die Tür, indem sie sein Rencontre mit Dernburg als eine „persönliche Auseinandersetzung“ hinzustellen die Stier hatte. Dabei brachte es das Blatt fertig, sich über die „absolute Mächtigkeitslosigkeit“ des neuen Kolonialherrn zu entäußern, der sich ungeniert über „parlamentarische Grundzüge und parlamentarische Gepflogenheiten“ hinwegsetze, dafür nun freilich „die Konsequenzen auf sich nehmen müsse“.

Nun, diese „Konsequenzen“ bestanden dann in der Dienstagssitzung des Reichstages darin, daß der Reichskanzler Herrn Dernburg vor versammeltem Hause seine vollste Willigung für sein Vorgehen ausgesprochen und zu dem Schanden des Herrn Roeren noch unverhohlenen Spott hinzusetzte! Und das Zentrum zwang Herrn Roeren in derselben Sitzung zu dem und wehmütiger Revokation, während es Herrn Dernburg durch Herrn Erzberger noch allerlei schamlose Komplimente machen ließ!

Daß die „Germania“ dann am Mittwoch, als die Unterwerfung des Zentrums bereits vollzogen war, nachträglich nochmals über die „absolute Mächtigkeitslosigkeit“ Dernburgs greint und das Vorgehen Roerens als ebenso korrekt bezeugt, wie die Angriffe des Kolonialdirektors als „unberechtigt“, „gehässig“ und „verdächtig“, erhöht nur den tollen Humor der ganzen Affäre!

Mit Recht spottet die „National-Zeitung“:

„Wenn Herr Roeren in allem wohlgetan hat, wenn alles, was er unternommen hat, in lauterster Absicht geschah und vor der breiten Öffentlichkeit zu vertreten ist; wenn nicht Herr Roeren, sondern Herr Stübel allein den schärfsten Tadel verdient: weshalb in aller Welt mußte Herr Roeren dann erst von seiner Fraktion abtreten? So wie ihn Herr Erzberger nachher schändete, verdient er ja beinahe heilig gesprochen zu werden! Und es war unredlich von dem edlen Manne, daß er seine Fraktion an dem Verdienste seiner besten Taten nicht wollte teilhaben lassen. Selbstsucht und Eigenmuth sollten einer so reinen Seele eigentlich fern liegen.“

Nun, die Affäre über die ungeheure Blamage des Zentrums sind noch lange nicht geschlossen. Von rechts und links wird dieser moralische Zusammenbruch fruchtigert werden. So schreibt der „Reichsbote“:

„Und wenn die herrschende Partei jetzt gar kleinlaut kuschelt und Herrn Roeren abzuschüteln trachtet, so wollen wir dafür sorgen, daß auch dieser Attentäter an den Rädelschützen des Zentrums hängen bleibt. Für dieses hat er gestritten, sein Hauptling ist er — gewesen, ist er wohl noch. Daß man ihn desavouiert, weil er zu dreist, zu läppisch, zu unglücklich war, weil er auf Granit trat, was nur? Welche gehören zusammen... Die Blamage vergift das Zentrum nie.“

Nun, die Angriffe von der Rechten und den liberalen Konkurrenten um die Gunst der Regierung wird das Zentrum vielleicht dadurch abzuschlagen versuchen, daß es nun erst recht Regierungspartei wird; damit wird es aber den Angriffen der Sozialdemokratie um so mehrloser preisgegeben sein!

### Deutsches Reich.

Landtagwahl in Württemberg.

Das württembergische Volk steht vor der Entscheidung. Heute haben nach einer seit Monaten mit äußerster Anstrengung betriebenen Agitation die Landtagswahlen begonnen. Noch gestern

finden in diesen Orten große sozialdemokratische Wahlversammlungen statt. In Stuttgart zwei — nun geht's zur Wahlstadt. Die Sozialdemokratie zieht mit frohen Hoffnungen in den Kampf. Die württembergischen Genossen haben es an Mäßigkeit und Aufopferung nicht fehlen lassen. Doch, wie im ganzen das Wahlresultat ausfallen wird, entzieht sich der Berechnung; denn den jetzigen Wahlen liegt ein neues Wahlgesetz zugrunde, das teilweise recht bewirkte Verhältnisse geschaffen hat. Durch die Verfassungsreform im Juli dieses Jahres sind aus der zweiten Kammer 23 Mitglieder ausgeschlossen worden und teilweise in die Erste Kammer übergesiedelt. Von den 93 Mitgliedern der Zweiten Kammer blieben nur die 63 Abgeordneten der Oberamtsbezirke und sechs Vertreter der sechs „guten Städte“ (Stuttgart, die siebente „gute Stadt“, scheidet aus), die nach wie vor mit absoluter Mehrheit im ersten Wahlgang gewählt werden; doch ist neu, daß im zweiten Wahlgang die einfache Mehrheit genügt. Als Ersatz für die auscheidenden Delegierten sind 23 Abgeordnete durch Verhältniswahl zu wählen. Davon erhält Stuttgart 6 Abgeordnete an Stelle des einen. Diese sechs werden mittels „Proporz“ bei den allgemeinen Wahlen gewählt. Die Wahl der weiteren 17 Abgeordneten findet einen Monat später statt, zu welchem Zweck das Land in zwei große Wahlkreise geteilt wird, von denen der eine acht, der andere neun Abgeordnete mittels „Proporz“ zu wählen hat. Das aktive Wahlrecht bleibt wie bisher auf 25 Jahre festgesetzt, erhöht aber infolge einer Änderung, als ein Wähler, der eine empfangene Armenunterstützung vor Schluß der Wählerliste zurückgibt, das Wahlrecht wiedererlangt. Im übrigen sind die Voraussetzungen fast dieselben wie beim Reichstagswahlrecht.

Heute, am Mittwoch, werden zunächst die Wahlen in den 63 Oberamtsbezirken, in den sechs „guten Städten“ (Ludwigsburg, Heilbronn, Ulm, Reutlingen, Tübingen und Gmüngen) sowie die Proportionalwahlen in Stuttgart vorgenommen. Glück auf!

### Ausweisung bestraffter Personen.

Der Prozeß des „Hauptmanns von Köpenick“ wird vielleicht zur Folge haben, daß die gesellschaftlichen Bestimmungen über Ausweisung bestraffter Personen einer Revision unterzogen werden, wenigstens verfährt die „N. Ges.-Korr.“, daß in Regierungskreisen eine Änderung der betreffenden Bestimmungen ernstlich in Betracht gezogen wird. Sie schreibt:

„Das Schicksal des Schuhmachers Voigt hat, wie wir zu verlässig hören, in Regierungskreisen Anlaß zu ernstlichen Überlegungen gegeben, auf welche Weise das gegenwärtig bestehende System der Ausweisung innerhalb der einzelnen deutschen Bundesstaaten zweckmäßig abgeändert werden könne. Es soll Vorkehrungen getroffen werden, daß arbeitswillige Straflinge nach ihrer Entlassung nicht mehr durch solche Ausweisungsmassregeln — gute Führung während der Strafzeit und nachher vorausgesetzt — am ehrlichen Fortkommen behindert werden. Wie man hört, bringen Kaiser Wilhelm und besonders auch seine Gemahlin, die Kaiserin, dieser Frage ein sehr lebhaftes Interesse entgegen, und wir haben Grund zur Annahme, daß die Anregung zu gesetzgeberischen Vorschlägen in der angebotenen Richtung direkt vom Monarchen selbst ausgegangen ist. Es ist wahrscheinlich, daß der „Fall“ des Hauptmanns von Köpenick von diesem Gesichtspunkte aus bereits in nächster Zeit im Reichstage, vielleicht auch im preussischen Abgeordnetenhaus, zur Sprache gebracht werden wird.“

Jahrelang hat nicht nur die sozialdemokratische, sondern auch ein Teil der liberalen Presse jene Ausweisungsbestimmungen bekämpft; aber erst mußte die Tragikomödie von Köpenick kommen, um den erleuchteten Regierungskreisen das Verständnis für die schädliche Widersinnigkeit der heutigen Ausweisungspraxis zu schärfen. —

### Das Unglück bei Anen

wurde in der gestrigen Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion eingehend besprochen. In der Fraktion herrschte darüber Uebereinstimmung, daß so schnell wie möglich, spätestens bei der zweiten Sitzung des Reichstages, Anträge nach der Richtung hin zu stellen seien, daß erstens Vorkehrungen getroffen werden, durch welche dem vorgebeugt wird, daß explosionsgefährliche Stoffe in der Nähe bewohnter Ortschaften lagern, und daß ferner Mittel zur Vinderung des großen durch den furchtbaren Unglücksfall herbeigeführten Elends vom Reich zur Verfügung gestellt werden. Von einer Interpellation wurde mit Rücksicht darauf Abstand genommen, daß nach glaubhaften Nachrichten die Regierung sich mit der Untersuchung der Ursachen der Explosion noch befaßt.

Schwarzblaues Wahlkartell. Die „Nationalzeitung“ schreibt: „Die Zentrumsparthei soll angeblich den von Zentrumswählern ausgehenden Protest gegen die Wahl des nationalliberalen Abgeordneten Volk zurückgezogen haben.“ Wie? Ist das schwarzblaue Wahlkartell für die nächsten Reichstagswahlen bereits perfekt und die Zurückziehung jenes Protestes der erste Liebesdienst, den die schwarzen Kartellwähler den blauen leisten? Zwar ist in der Wahlprüfungskommission noch nichts über die gemeldete Kartellgeschicklichkeit bekannt, und ein Protest kann auch nur von den Protesterhebern, nicht von einer politischen Partei zurückgezogen werden. Aber der Pakt zwischen den Konservativen, Nationalliberalen und dem Zentrum hat sich ja bei den Wahlprüfungen in der laufenden Legislaturperiode so trefflich bewährt, daß diese Gegenseitigkeitsgesellschaft zur Sicherung der eigenen Mandate und zur Abertrennung der Mandate der Linken nun vielleicht diesen weiteren Schritt wagt. Vielleicht verpflichten sich die Kartellisten, nach künftigen Wahlen überhaupt keine Proteste gegen eine Wahl dieser Kartellparteien zu erheben, oder man erklärt die Linke als vogelfrei für die amtliche Wahlbeeinflussung. Dazu bedarf es nach den Praktiken der Wahlprüfungskommission nur noch einer dreizehn öffentlichen Erklärung seitens des schwarzblauen Kartells. Herr Volk aber wird sich wohl kaum noch einer Neuwahl unterziehen müssen; die Schwarzblauen werden ihn davor bewahren.

### Herrn Arendt ins Stammbuch.

Die „Frankfurter Zeitung“ paßt dem Petergetreuen Herrn Arendt gegenüber folgende interessante Reminiszenz aus:

„Es war im Oktober 1896, als der bisherige Kolonialdirektor Kaiser sich in Kolonialrat über die Gründe seines Rücktritts äußerte, aber die gegen ihn gerichteten offenen und versteckten Angriffe „einer kleinen Clique“ von Reuten und Speigel über die von dem Abg. Dr. Arendt geleiteten Einwirkungen zugunsten einer Anstellung von Dr. Peters, Einwirkungen, die mit dem drohenden Hinweis auf die mächtigen Freunde von Peters unterstützt wurden. Da Herr Arendt jetzt wieder so eifrig die Rehabilitierung von Dr. Peters betreibt, auf dessen Fall wir nach Abschluß der Kolonialdebatte noch zurückkommen werden, sei ihm diese Erinnerung gewidmet.“

Man sieht, der Unschuldengel Arendt hat sein parlamentarisches Mandat niemals mißbraucht! —

### Der Segen unserer Kolonien.

Zu welch aberwitzigen Klottenrisungen unsere Kolonialpolitik schließlich führen wird, beweist folgende Auslassung der „Rhein-Westfälischen Zeitung“:

„Im Anschluß an unseren Leitartikel in der Sonntagsausgabe über die neue Wera in der Kolonialpolitik erhalten wir von einem Flottenfreunde folgende Zuschrift:“

Jeden Biennig, den wir in die Kolonien stecken, ohne daß wir auch gleichzeitig alles tun, um unseren Flottenbau zu beschleunigen, ist unter Umständen weggeworfenes Geld. Bei dem heutigen Stand unserer Flotte und bei dem Schreckensgang, in dem sie ausgebaut werden



Soll, sind wir auch in den nächsten zehn Jahren gar nicht imstande, unsere Kolonien schenken zu können. Es könnte also kommen, daß die vier Hundert von Millionen, die wir jetzt hineinstecken, eines schönen Tages demjenigen zugute kommen, der uns die Kolonien wegnimmt, was wir zu verhindern gar nicht in der Lage sind.

Es ist ja ganz klar, daß je mehr Werte in unseren Kolonien stecken, die Aufrechterhaltung der Verbindung mit der Heimat desto notwendiger wird. Und mag auch im Kriegsfalle die letzte Entscheidung darüber, ob wir unsere Kolonien behalten oder nicht, zu Lande fallen — welche ungeheuren Werte müßten verloren gehen, wenn beispielsweise eine englische oder französische Flotte unsere Kolonien blockiert oder gar dort Truppen landet und Handel und Wandel für Jahre lahmlegt!

Was die „M.-Westf. Stg.“ schon heute offen ausspricht, denken alle unsere Flottenbesitzer! Die Kolonialpolitik verschlingt also nicht nur direkt viele Hunderte von Millionen, sondern sie bürdet uns auch weitere Milliarden-Lasten für unsere herrliche Kriegsstotte auf! —

#### Zur Entwicklung des Postwesens.

Die Reichspost- und Telegraphenverwaltung erstattet ihren Bericht über die Ergebnisse der Rechnungsjahre 1901 bis 1905. Wie der Bericht ausführt, ist in diesem Jahrespaar die Zahl der Postanfragen von 32 045 auf 32 909 gestiegen, so daß auf 18,5 Quadrat-Kilometer und 1570 Einwohner eine Postanstalt entfiel. Die Zahl der Telegraphenanstalten hat sich von 16 419 auf 22 255, also um 5836 vermehrt. Von den 22 255 selbständigen Anstalten haben 21 495 Fernsprechtarife; außerdem sind noch 20 selbständige Fernsprechtarife und 85 öffentliche Fernsprechstellen vorhanden. In den Seerelegraphenanstalten sind 5 hinzugekommen, so daß 16 im Betriebe sind, darunter 10 mit Funktelegraphen ausgerüstete.

Das Gesamtpersonal der Post- und Telegraphenverwaltung belief sich auf 243 795 Personen gegen 202 587 i. J. 1901, darunter 97 698 (82 861) Beamte und 104 879 (89 509) Unterbeamte.

Die Gesamtzahl der durch die Reichspostanstalten beförderten Sendungen umfaßte 6006 Millionen Stück gegen 6235 i. J. 1904 und 6322 i. J. 1901. Darunter befanden sich 4508 (1901 3870) Millionen Briefe, Postkarten, Drucksaßen, Geschäftspapiere und Warenproben, 174 (143) Millionen Postanweisungen, 5,4 (5,7) Millionen Postauftragsbriefe, 1452 (1168) Millionen Zeitungsnummern, 262 (148) Millionen außerordentliche Zeitungsbeilagen, 208 (176) Millionen Pakete und 12,8 (11,9) Millionen Pakete und Briefe mit Wertangabe. Die Gesamtzahl der beförderten Telegramme ist seit 1901 von 42,1 auf 47,7 Millionen Stück gestiegen.

Die Einnahmen der Reichs-, Post- und Telegraphenverwaltung betrugen im Jahre 1905 538,9 Millionen Mark gegen 497,8 Millionen im Jahre 1904 und 413,6 Millionen im Jahre 1901. Die Ausgaben 458,8 gegen 421,2 und 374,0 Millionen Mark. Nicht man von dem Ueberschuß noch die einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats ab, so verbleibt ein Reinerüberschuß im Jahre 1905 von 69,5 Millionen Mark gegen 53,5 im Jahre 1904, 22,0 im Jahre 1903, 42,7 im Jahre 1902 und 20,3 im Jahre 1901. Die Einnahmen an Porto- und Telegraphengebühren haben im letzten Jahre die stärkste Steigerung mit 8,13 Proz. gezeigt, während die Zunahme im Jahre 1904 nur 4,84 Proz. betragen hatte. —

#### Aus dem Reichsetat für 1907.

Der Etat für die Verwirklichung der Reichseisenbahnen berechnet die Einnahme des ordentlichen Etats auf 117 875 000 M. (+ 10 492 300 M.). Die Ausgaben des ordentlichen Etats betragen 95 060 810 M. (+ 8 991 650 M.), der Ueberschuß mithin 22 814 000 M. (+ 8 500 650 M.). Auf die fortwährenden Ausgaben entfallen 88 676 700 M. (+ 7 329 580 M.), auf die einmaligen 6 384 130 M. (+ 327 880 M.). Hierunter befinden sich zwei Millionen zur Vermehrung der Betriebsmittel. Zum selben Zwecke werden im außerordentlichen Etat 18 1/2 Millionen Mark gefordert, die im Laufe von 30 Jahren aus den ordentlichen Einnahmen der Reichseisenbahn getilgt werden sollen. Die Höhe der diesjährigen Aufwendungen für Betriebsmittel erklärt sich aus der ungewöhnlichen Zunahme des Verkehrs, welche die Beschaffung von 126 Lokomotiven und 1707 Gepäd- und Güterwagen erforderlich macht, sowie aus der Einführung der vierten Wagenklasse, die vorläufig 250 Personenwagen beansprucht. Die Gesamtsumme des außerordentlichen Etats einschließlich des genannten Titels beträgt 37 638 500 M.

Aus dem Etat des Reichseisenbahnbaus, der in Einnahme wie im Vorjahre mit 756 M. in Ausgabe mit 430 800 M. (+ 4880 M.) abschließt, ist ein neuer Beitrag von 1600 M. als Jahresbeitrag zu den laufenden Kosten des internationalen Eisenbahnkongresses zu erwahnen. Nachdem fast sämtliche Kulturstaaten diesem seit 1885 bestehenden Kongress beigetreten waren, hat im vorigen Jahre auch Deutschland seinen Beitritt erklärt. —

#### Der Druckfehlerteufel im Kirchenlied.

Das Druckfehlerteufelchen hat die von uns gestern wiedergegebenen Kirchenlieder:

Dem Kind sie brachten alle drei  
Gold, Weihrauch, Myrrhen, Spezerei  
Dem Kind sie brachten alle drei  
Dem Kind sie brachten alle drei  
beruhigt. —

#### Husland.

##### Oesterreich.

Dem Sieg der Wahlreform widmete Genosse Viktor Adler am Sonntag in einer Riesensammlung des Wiener Proletariats folgende Worte:

„Westen wurde im Abgeordnetenhause das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht in zweiter und dritter Lesung beschlossen. (Wrausende Hochrufe auf das allgemeine und gleiche Wahlrecht und auf Dr. Adler.) Drei Tage über ein Jahr ist es her, daß wir vor das Parlament gezogen, an jenem glorreichen Tage, in einer Demonstration, die unerschrocken war und unerschrocken. Mit ihr haben wir vor aller Augen klargestellt, daß die Arbeiterschaft Oesterreichs überzeugt und entschlossen ist, die Notwendigkeit für Oesterreich durchzusetzen, koste es, was es wolle. (Stürmische Zustimmung.) Ein Jahr der schwersten politischen Arbeit ist vergangen, ein Jahr voll Krisen, voll Gefahren, ein Jahr, wo jede Woche so viel politischen Inhalt hatte wie sonst oft nicht Jahre. Dieses Jahr ist zu Ende, und das gleiche politische Recht ist eine Tatsache in Oesterreich. (Wrausender Jubel.)

Parteienossen! Wir sind weit davon entfernt, zu sagen, das Proletariat allein habe durch seine Hebermacht und durch seine Gewalt das gleiche Recht durchgesetzt. Wir wären ohnmächtig, wenn wir uns nicht in den Dienst der geschichtlichen Notwendigkeit gestellt hätten; wir wären ohnmächtig, wenn wir nicht die Träger wären der Ideen, die zum Siege kommen müssen, wenn die Verwirklichung der Menschheit sich verwirklichen soll. So aber sehen wir, daß die geschichtliche Notwendigkeit überwunden hat den Widerstand der Kurien, den Widerstand der Bureaucratie, den Widerstand alles dessen, was Macht und Gewalt hat in Oesterreich, und so wissen wir, daß die Kraft unserer Idee uns auch weiter führen wird. Das allgemeine und gleiche Wahlrecht, das Ende des Kurienparlaments und der Kurienstände, der Beginn eines wirklichen Volksparlaments ist in diesem alten Oesterreich Tatsache. Zwar, Genossen, ist noch nicht der letzte Streich zu diesem Werke getan. Noch harret das gleiche Wahlrecht der Unterschrift des Herrenhauses. Wir wissen sehr genau, leicht wird es den Herren im Herrenhause nicht werden, das gleiche Recht des Volkes anzuerkennen. Das wissen wir. Aber wir haben das eiserne Vertrauen, daß die unabwehrbare Notwendigkeit, die das Abgeordnetenhause, ja die die widerstrebenden Parteien gezwungen hat, das gleiche Recht zu

fördern — wir sind überzeugt, daß diese Notwendigkeit für den Staat, für das Volk und für die Möglichkeit der Kultur und Entwicklung in Oesterreich auch stark genug sein wird, daß sich die Herren im Herrenhause ihr werden beugen müssen. Fern von uns liegt es, Terrorismus üben oder auch nur andeuten zu wollen. Wir wollen die Herren nicht vergewaltigen — wir haben ja nicht die Gewalt hierzu —, aber vergewaltigt werden sie werden, und beugen werden sie sich müssen, wie wir uns alle beugen müssen vor der Notwendigkeit der Völker und des Staates.

Parteienossen! Den Arbeitern Oesterreichs aller Zungen gebührt heute der größte und wärmste Dank ganz Oesterreichs. Sie haben in einer wahrhaft musterhaften und bewundernswerten Weise gezeigt, daß sie alle Eigenschaften haben, die zur politischen Reife gehören, die sie befähigen zu großen politischen Dingen. Die Arbeiterschaft Oesterreichs hat Energie, Entschlossenheit und Kampfbereitschaft gezeigt, wenn es notwendig war; sie hat aber auch eine weise Mäßigung, jene kluge Zurückhaltung zu bewahren getrachtet, wo es am Platze war. Tapferkeit und Weisheit, die haben unsere Sache zum Siege geführt.

Eins will ich noch sagen: ich hoffe und wünsche, daß das Klassenbewußte Proletariat Oesterreichs, das mit dieser bewundernswerten Energie und mit dieser noch größeren Weisheit sein Recht zu erkämpfen verstanden hat, dieselbe Weisheit und dieselbe Kraft bewahren wird, wenn es gilt, das Recht zu gebrauchen, das es sich jetzt als Waffe erkämpft hat, seine Interessen durchzusetzen. (Allgemeiner Beifall.) Das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht ist heute ein erreichtes Ziel; von morgen an ist es der Beginn eines neuen Kampfes in neuem, größerem Umfang, mit mehr Kraft und mehr Mitteln und hoffentlich auch mit mehr Glück für die Arbeiterschaft. Der Kampf für das Wahlrecht ist zu Ende. Was nun beginnt, ist der Gebrauch des Rechtes, ist der Kampf für die speziellen Interessen der Arbeiterklasse, beehrt mit dem gleichen Rechte, das sie sich erobert und von niemandem wird nehmen lassen. (Lofender Beifall.) Und so schließe ich: Es lebe das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht! Es lebe die internationale Sozialdemokratie! (Wrausende Hochrufe, jubelnde Begeisterung in der ganzen Versammlung.)

##### Ungarn.

Im Budgetausschuß der Osterreichischen Delegation zu Budapest hielt am Dienstag der Minister des Innern, Freiherr v. Rehrenthal, ein großes Exposé, in welchem er die freundschaftlichen Beziehungen Oesterreich-Ungarns zu „allen Faktoren der europäischen Politik“ — einmal zu Deutschland — Italien und — Rußland betonte. Zur Marokkofrage machte der Minister folgende interessante und wichtige Ausführungen:

Die marokkanische Frage ist auch dormalen noch nicht abgeschlossen, die Spannung, welche sie in einem gegebenen Momente in Europa erzeugt hätte, liegt noch nicht weit genug zurück, als daß es unbedenklich erschiene, schon jetzt diese heisse Phase der betreffenden Verhandlungen neuerlich vor der Öffentlichkeit aufzurollen.

Das Exposé fand großen Beifall, und das Budget des Ministeriums des Innern wurde nach längerer Diskussion in der General- wie in der Spezialdebatte angenommen.

##### Schweiz.

Die Volksabstimmung über die Trennung von Kirche und Staat im Kanton Neuchâtel ist auf den 19. und 20. Januar 1907 festgesetzt. — Auch im Kanton Argau ist die Frage der Trennung der Kirche vom Staate aufgetaucht.

##### Frankreich.

##### Der erste Polizist seines Landes.

Paris, 2. Dezember. (Fig. Ber.)

In der heutigen Generalversammlung des Unterprüfungsbereichs der Polizeibeamten hielt Clémenceau eine Ansprache, deren humoristische Absichten die geradezu fossile Kleinbürgerliche Denkweise des Sprechers nicht verdecken können. Der Minister sagte unter anderem: „Wir sind hier alle von der Polizei, und ich bin ihr erster Agent! Wir sind hier eine Versammlung von „Licos“ (der Spitzname für die Schugleute im Pariser Verbrechergargon) . . . Aber alle Bürger sind von der Polizei. Wenn jemand auf der Straße ruft: „Halte den Dieb!“ so läuft er und sucht den Dieb zu fangen. Er handelt im sozialen Interesse, zu einem uneigennütigen Zweck. Diese gelegentliche Handlung vollbringen die Polizisten zu jeder Stunde. Sie sind „der ehrliche Mensch in Permanenz“. Weiter versicherte der Minister, daß die Polizei heute nicht mehr ein Instrument der Willkür, sondern des Rechtes, und daß das „passage à tabac“ (das Prügeln der Gefangenen auf den Polizeimachzuben) „eine Legende“ sei! Clémenceau selbst hat doch in der ersten Zeit seiner Ministerchaft einen Erlaß gegen diesen berüchtigten Polizeibrauch herausgegeben! Und Herr Clémenceau, der vor dem ersten Male die ständische Verchwörungstare aufführen und Wahlfestzettel zu liebe etliche Bürger verhaften ließ, weiß nichts von Polizeiwilktür?

Herrn Clémenceau ist es heute in seiner Rede wiederum passiert, daß er paradox sein wollte und nur die Spießbürgerlichkeit seines Wides verriet. Die Rede ist geeignet, die täglich wachsende Zahl der Enttäuschten zu vermehren, die eingesehen haben, daß auch eine Menge von geistreichen Einfällen und drastischen Wendungen noch keine große Idee ergeben. Es hat Leute gegeben, die Clémenceau für einen Staatsmann der modernen Bourgeoisie hielten und die in seinen bekannnten Aussäßen gegen den Staat eine extreme Formulierung des liberalen Gedankens fanden. Nun sehen wir ihn auf einmal sich zur spießbürgerlichen Rechtswächteridee vom Staat bekennen, die in der Einlösung von eigentumsgefährlichen Verhältnissen die erhabenste soziale Funktion und im hilfsfertigen Respekt vor der Polizei die edelste Bürgergütigkeit stellt. Dieser vorgebliche Reuerer, der sich der Welt als „Sozialist“ präsentiert hat, entpuppt sich als der letzte Erbe polizeifertiger Wiedermeierei der Restaurationszeit. Der heutige Regent Frankreichs steht bekanntlich hinter den aufgeklärten Despoten des 18. Jahrhunderts zurück, die die ersten Diener des Staates sein wollten, während Clémenceau sich als ersten Polizisten sieht. —

##### Westeich-Verbot.

Paris, 4. Dezember. Der Senat verriet das Gesetz betreffend das Verbot der Verwendung von Westeich bei Wakerarbeiten. Arbeitsminister Viviani bekämpfte den Kommissionsbeschuß auf Entschädigung für die Westeichhändler im Falle der Annahme des Gesetzesentwurfs und erklärte schließlich, daß jede soziale Reform unmöglich werde, wenn sie von einer Entschädigung abhängig gemacht würde. Finanzminister Gailard hat den Senat, nicht durch Annahme des Kommissionsbeschlusses einen Präzedenzfall zu schaffen. Trotz des Widerspruches des Arbeitsministers Viviani beschloß der Senat mit 192 gegen 109 Stimmen die Entschädigung. —

##### Spanien.

Ins Kabinett ist als Marineminister Admiral Annon eingetreten an Stelle Cobians, der vor der Eidesleistung seine Entlassung nahm. —

##### England.

##### Die Gewerkschaftsvorlage.

London, 4. Dezember. Die zweite Lesung der Bill betreffend die gewerblichen Streitigkeiten wurde in der heutigen Sitzung des Oberhauses einstimmig angenommen. In der

Debatte übte Marquis of Lansdowne Kritik an der Vorlage, gab aber zu, daß die Regierung die Aufgabe habe, die zur Beratung stehende Frage zu erledigen und daß es für das Oberhaus nur den einen Weg gebe, die Vorlage anzunehmen. Die Opposition lehne jede Verantwortung für die Bestimmung der Bill ab und hoffe, daß der gesunde Menschenverstand der Arbeiter und der Arbeitgeber widrigen Folgen vorbeugen werde.

Wir haben bei Gelegenheit der Meldung, daß die Vorlage vom Unterhause in dritter Lesung angenommen sei, schon auf den Unterschied in der Auffassung bei der Majorität des deutschen und beim englischen Parlament hingewiesen. Jetzt beschämt gab das englische Oberhaus die deutsche Regierung und deren Trabanten! —

##### Niederlande.

##### Vorbereitungen zur Friedens-Konvoktion.

Haag, 6. Dezember. In der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer erklärte bei Beratung des Budgets des Auswärtigen der Minister der auswärtigen Angelegenheiten van Teijs van Goudriaan unter Bezugnahme auf die geistigen Ausführungen mehrerer Redner und auf die von ihnen gegebenen Anregungen, die Regierung beabsichtige weder die Aufnahme der Frage der allmählichen Ab-rüstung noch die der Neutralitätserklärung Hollands in das Programm der zweiten Haager Friedenskonferenz zu beantragen. Die letztere Frage müßte durch einen internationalen Vertrag geregelt werden, aber er, der Minister, sei der Ansicht, daß die Vorteile einer Neutralitätserklärung für Holland geringer seien würden als die damit verbundenen Gefahren. —

##### Amerika.

##### Das Budget.

Washington, 5. Dezember. Schatzsekretär Chato hat heute dem Kongress seinen Jahresbericht vorgelegt. In diesem wird mitgeteilt, daß sich die Gesamteinnahmen des am 30. Juni zu Ende gegangenen Rechnungsjahres auf 762 388 904 Dollars und die Gesamtausgaben auf 730 717 582 Dollars beliefen und somit ein Ueberschuß der Einnahmen über die Ausgaben von 25 699 322 Dollars verblieb, gegen einen Fehlbetrag von 23 004 228 Dollars im Rechnungsjahr 1905. Die Einnahmen des Rechnungsjahres 1906 weisen gegen das Vorjahr eine Zunahme um 65 285 834 Dollars, die Ausgaben eine solche um 16 612 088 Dollars auf. Die Staatschuld hat sich um 10 165 875 Dollars erhöht. —

## Aus der Partei.

„Für unsere Kinder“, Weihnachtsbuch der „Gleichheit“, herausgegeben von Klara Jettin (Zundel), Stuttgart 1906, Verlag und Druck von Paul Singer.

Wunderschöne Ausstattung, vorzügliches Papier, scharfer, wenn auch etwas kleiner Druck auf mehr als 100 Holzschnitten. Und all das für 1 M. — Veranlassung genug, dem Verlage Anerkennung zu zahlen.

Indessen mit der berechneten Herausgeberin dieses Weihnachtsbuches müssen wir uns ein wenig auseinandersetzen. — Die Redaktion der „Gleichheit“ scheidet dem Sammelbuche ein hübsches Geleitwort „An die Eltern“ voraus. In diesem Geleitwort ist am Schluß von „Unvollkommenheit des Versuchs“ die Rede sowie auch davon, daß die Aufnahme des Versuchs darüber entscheiden soll, „ob derselbe nächstes Jahr, und zwar vervollkommenet, wiederholt werden wird“.

Um verständlich zu machen, wie der erste Versuch zustande kam und weshalb eine Wiederholung und eine — Vervollkommenung wünschenswert ist, müssen wir uns einen kleinen Rückblick gestatten.

Der vierten sozialdemokratischen Frauenkonferenz (Mannheim, 22. und 23. September 1906) lag zum Punkt „Presse“ u. a. folgender Riederbarnim-Tellow-Beesdower Antrag (Nr. 12) vor:

„Die bisher erschienenen Kinderbeilagen der „Gleichheit“ sind in guter Ausstattung als Weihnachtsbüchlein für unsere Kinder herauszugeben.“

In der Diskussion bekämpfte nur Frau Plum-Effen den Antrag. Genossin Bäumer-Schöneberg sowie Ottilie Daaber verteidigten ihn, und Klara Jettin machte folgende Bemerkungen:

„ . . . Ueber den Antrag, die bis jetzt erschienenen Kinderbeilagen als Bändchen herauszugeben, habe ich bereits mit Genossen Diez und dem Parteivorstand Rücksprache genommen. Die Sache liegt so, daß für dieses Jahr die Erfüllung dieses Wunsches aus den verschiedensten praktischen Rücksichten nicht durchführbar ist. Ich begrüße aber den Antrag, welcher aus den Reihen der berufsten Beurteiler der Bedürfnisse unserer Kinder gekommen ist und nicht nur den Verlag, sondern die ganze Partei auf eine wichtige Aufgabe hinweist, auf eine Lücke in der Parteiliteratur, die ausgefüllt werden muß. (Sehr richtig!) Ich hoffe deshalb, daß dieser Antrag (der schließlich der Zentralvertrauensperson und dem Verlage der „Gleichheit“ zur Verwirklichung überwiesen wurde) in der nächsten Zukunft seiner Verwirklichung entgegengehen wird. . . . Bleibt dann der Satz stehen, so werden wir damit zu einer äußerst billigen und guten Kinderliteratur kommen. . . .“

Eine erfreuliche Ueberraschung, daß die Erfüllung jenes Wunsches doch noch in diesem Jahre möglich ward, eine äußerst un-erwartete Ueberraschung, daß bei der Zusammenstellung des Bandes die Grundsätze maßgebend waren, die Genossin Jettin in Mannheim proklamierte. Erstausgaberweise nämlich ist das Weihnachtsbuch so hergestellt worden, daß die 26 Kinderbeilagen der „Gleichheit“ von 1906 und 1906 einfach hintereinandergereiht wurden! Ist also doch von vornherein schon der Satz stehen geblieben? — Wenn nicht, um so erstaunlicher, daß man das in jenen 26 Nummern gebotene Material nicht unordnet und so ein wirkliches Weihnachtsbuch schuf. Wir legen auf die Konstatierung dieses Konstruktions- und Dispositionsfehlers deshalb so großes Gewicht, weil wir es für durchaus erforderlich halten, daß in Zukunft nicht wieder so verfahren werde, zumal da man den Satz der einzelnen Nummern ja sehen lassen und ihn nachher beim Arrangement der Buch-Ausgabe trotzdem unordnen kann; denn schließlich ist es ein gewaltiger Unterschied, ob wir unseren Kindern ein Werklein in die Hand geben, bei dessen Komposition der Zufall des chronologischen Einlaufes der Beiträge den einzigen ordnenden Faktor gebildet hat, oder ob wir nachher die Hülle des in 26 oder in 13 Nummern gebotenen Materials nach literarischen, pädagogischen, künstlerischen Gesichtspunkten sondern und sichten. Geht das nicht, dann sieht die Sammlung eben so aus wie unser erstes Weihnachtsbuch. —

Da haben wir z. B. gleich in Nr. 1 Ida Heijermans' hübsches Märchen von der Arbeit. „Horsingung folgt“ in Nr. 2 und in Nr. 3. „Schluß folgt“ in Nr. 4. Auch das sein bei der Buch-Ausgabe? Ein Märchen von 5 1/2 Spalten auf 4 Nummern verteilt! Und dergleichen Beispiele mehr.

Oder aber: In Nr. 7 (1905) hat sich Platens schauderhaftes „Grab im Wajento“ hineingerettet. So etwas kam einem passieren, wenn man schnell eine Nummer zum fälligen Termin zusammenstellen muß. Aber ist es durchaus nötig, das Gedicht auch in die Buch-Ausgabe zu übernehmen? Genügt es nicht, daß unsere Kinder mit diesem „Poem“ in der Schule hinreichend gequält werden? Wollen wir nicht gerade „Anderes“, Besseres geben? —

Und auch dergleichen sowie andersartige Beispiele mehr. Kurz und gut, werter Verlag, werter Redaktion der „Gleichheit“, wir schließen mit den Worten Eurer eigenen Einleitung: „Möchte die Unvollkommenheit des Versuchs Hübschkeiten und Willen lösen, welche dazu beitragen können, die Kinderbeilage (und die Weihnachtsbücher) der „Gleichheit“ künftighin immer mehr zu dem zu machen, was sie sein soll.“

Und wenn Euer „Versuch“ dann im nächsten Jahre oder in zwei Jahren „vervollkommenet wiederholt“ ist, so



werdet Ihr vielen, vielen Dank und uneingeschränktes Lob einbringen in Hülle und Fülle. G. D.

Von der Schweizerischen Sozialdemokratie. In der am Sonntag in Biel abgehaltenen Sitzung des sozialdemokratischen Parteikomitees wurde zunächst zur neuen Militärorganisation Stellung genommen, indem folgende Resolution zur Annahme gelangte:

„Die Vertreter der sozialdemokratischen Partei in der Bundesversammlung werden beauftragt, die Postulate der sozialdemokratischen Parteitage befähigend zu verteidigen. Ueber die für die Volksabstimmung auszugebende Parole entscheidet der Parteitag.“

Von der Gründung einer Widerstandsklasse zur Unterstützung von Wehrmännern, die im Streikfalle den Dienst verweigern, wird zurzeit abgesehen. Es sollen auf dem Wege freiwilliger Beitragsleistung die notwendigen Mittel beschafft werden.

Im Anschluß an den nächsten Parteitag sollen die sozialdemokratischen Vertreter in den Gemeinden zu einem schweizerischen Kommunaltag eingeladen werden, damit Einheitlichkeit in die Tätigkeit dieser Vertreter in den Gemeinden gebracht werden kann.

Auf den Antrag der Geschäftsleitung wird beschlossen, der Frage der Gründung einer schweizerischen Monatschrift für wissenschaftlichen Sozialismus zurzeit keine Folge zu geben.

Der nächste ordentliche Parteitag soll Mitte März 1907 nach Sankt Gallen einberufen werden.

#### Die Arbeiten des italienischen Parteivorstandes.

Rom, den 30. November. (Sig. Ver.)

Der Parteitag hatte dem neuen Parteivorstande einige wichtige Fragen zur Lösung überlassen, mit denen er sich in seiner ersten Plenarsitzung beschäftigt hat. Außer dem Entschieden in der Frage der autonomen Zirkel, über den wir bereits berichteten, hat sich der Parteivorstand mit der Frage der Agitation in den süditalienischen Provinzen, mit der Reorganisation der Propaganda, mit dem Reglement für den neuen Parteivorstand, mit der Frage des Antimilitarismus und mit einer Reihe sekundärer Fragen beschäftigt.

Ueber die Agitation in den Provinzen des Südens und der Inseln, wo die sozialistische Bewegung noch ziemlich weit zurück ist, wurde beschlossen: aus der Zentralkasse 7000 Lire für die Verwirklichung der Propaganda auszuwerfen. Für die Jahre 1907—1908 ergibt der Vorschlag des Budgets der Zentralkasse einen Gebirgsüberschuss von etwa 26 000 Lire. Für Südtalien soll nun ein besonderes Parteisekretariat errichtet werden (das zunächst auf ein Jahr mit 4000 Lire dotiert wird), ferner eine Reihe Lokalkomitees, denen der Rest der 7000 Lire zur Verfügung gestellt wird.

Zur Hebung der Parteipropaganda im allgemeinen beschloß der Parteivorstand, drei (bisher zwei) Propagandisten anzustellen, einer von diesen soll sich hauptsächlich der gewerkschaftlichen Propaganda widmen. Des weiteren wurde das Exekutivkomitee des Vorstandes beauftragt, von den Sektionen die systematische Enttragung in die Wählerlisten zu fordern, eine Statistik der sozialistischen Stadtverwaltungen sowie der sozialistischen Stadtverordneten aufzunehmen, die Gründung einer Föderation der sozialistischen Gemeinden vorzubereiten, desgleichen die einer Rechtsauskunftsstelle für die in den Kommunalverwaltungen tätigen Parteigenossen, ferner Daten über den Stand der Parteibewegung in den verschiedenen Teilen Italiens zu sammeln und die lokalen Wochenblätter durch geeignete Instruktionen und Ueberweisung zu verbessern und nützlicher zu machen.

Ein inneres Reglement für den Parteivorstand mußte festgesetzt werden, da bezeichnenderweise eine Körperschaft von 87 Mitgliedern in anderer Weise arbeiten muß, als der bisherige siebenköpfige Parteivorstand. Es wurde beschlossen, daß das aus den in Rom lebenden Vorstandsmitgliedern (neun Personen) bestehende Exekutivkomitee in Zukunft „Permanentes Komitee“ heißen soll. Ihm liegt die Verwaltung der Partei ob, doch hat es dem Parteivorstand Rechenschaft abzulegen und in wichtigen Fragen das Wort jedes einzelnen Mitgliedes schriftlich einzuholen. Der Parteivorstand, für den das Organisationsstatut vier Sitzungen im Jahre vorgeschrieben wird, tritt nunmehr in jährlicher Plenarsitzung zusammen; außerordentliche Sitzungen tritt er zusammen auf Antrag der Mehrheit seiner Mitglieder. An den Sitzungen des permanenten Komitees können die zufällig in Rom anwesenden Mitglieder des Parteivorstandes mit beratender Stimme teilnehmen. Schließlich entscheidet das permanente Komitee als letzte Instanz in allen Fragen der Disziplin, mit Ausnahme solcher, die die Provinz Rom angehen.

Zur Frage des Antimilitarismus wurde nach langer Diskussion, in der von allen energisch die Ideen hervorgehoben wurden, beschlossen, die Genossen Pasloni, Morgari, Ferri, Camerini, Cabrini und Verbini mit der Ausarbeitung einer Prinzipienklärung über die Stellung der Partei zu betrauen. Ueber die Militärausgaben einige man sich dahin, von einer Agitation für die Verminderung vorläufig abzusehen und sich auf eine energische Bekämpfung neuer Militärlasten zu beschränken.

Die auf dem Kongress angeregte Frage betreffs einer Namensänderung des „Avanti della Domenica“ wurde vom Parteivorstand als außerhalb seines Kompetenzbereichs stehend erklärt. Da mußte die Zeitung des „Avanti“ selbst vorgehen. Der Parteivorstand hat sich damit begnügt, öffentlich zu erklären, daß der „Avanti della Domenica“ kein Parteiorgan ist. Die in ihm vertretenen Ansichten sind Privatmeinungen seiner Redaktion, mit denen sich die Partei in keiner Weise identifiziert.

Schließlich hat eine gemeinsame Sitzung des Parteivorstandes mit den Delegierten der Konföderation der Arbeit und der sozialistischen Parlamentsfraktion stattgefunden, in der fast ohne Diskussion beschlossen wurde, eine Reihe sozialer Reformen im Parlament zu vertreten und energische Opposition gegen die Bewilligung neuer Militärausgaben zu treiben. Für den Fall, daß das Parlament einer parlamentarischen Enquete über die Deeresverwaltung zustimmen sollte, wurde beschlossen, die Wahl eines Sozialisten in die Enquetekommission zu verlangen. Der Kampf gegen die neuen Deeresausgaben soll im Parlament gemeinsam mit den anderen Parteien der äußersten Linken geführt werden.

#### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Ein abgeduldeter Staatsanwalt.

Frankfurt a. M., 5. Dezember. Der erste Staatsanwalt in Stade ersuchte in einem Schreiben an die hiesige Stadtverordnetenversammlung um die Ermächtigung der Versammlung zur Strafverfolgung gegen den verantwortlichen Redakteur des sozialdemokratischen „Volksblatt für Harburg“, das in einem Artikel „Erbauliches aus einem Stadtparlament“ die Affäre Jilonski behandelt hatte. Die Stadtverordnetenversammlung beauftragte den Vorsitzenden, zu erwidern, man habe keine Veranlassung zur Strafverfolgung.

Mit dem Streik der Buchdrucker bei der Firma Reismann-Stone in Essen („Rheinisch-Westfälische Zeitung“) stand der Prozeß in einiger Verbindung, der Dienstag am Landgericht zu Dortmund gegen den Genossen Arno Franke von der Dortmunder „Arbeiterzeitung“ verhandelt wurde. Bei dem Streik finden die ausführenden Buchdruckergehilfen natürlich auf die übliche Weise durch Streikpostenstellen usw. den Zugang arbeitswilliger Elemente ferngehalten. Dabei soll einer der Streikenden einen Arbeitswilligen beleidigt oder bedrängt haben, was für den Streikführer einen amtsgerichtlichen Strafbefehl zur Folge hatte. Ehe nun diese Strafe bezahlt worden war oder doch der Strafbefehl auf andere Weise seine Erledigung gefunden hätte, wurde derselbe in der Dortmunder „Arbeiterzeitung“ zum Abdruck gebracht. Ein schweres Staatsverbrechen, das nicht ungeahnt bleiben durfte! Genosse Franke wurde wegen vorsätzlicher Verhöhnung des Wortlauts des Strafbefehls zu 100 M. Geldstrafe verurteilt.

Man sieht, auch die Dortmunder Justiz stellt in der Rettung des Staates und der Ordnung ihren Mann!

## Soziales.

(Siehe auch 1. Beilage).

### Methoden des gewerkschaftlichen Einigungswesens

lautete das Hauptthema der am 3. und 4. d. Mts. unter Vorsitz des Ministers a. D. von Berlepsch zu Berlin abgehaltenen dritten Generalversammlung der Gesellschaft für Soziale Reform. Er wurden folgende Beschlüsse angenommen:

Zur Debatte am Nachmittag wurden folgende Leitätze gestellt:  
I. Eine Milderung der gewerkschaftlichen Arbeitskämpfe in Deutschland ist am sichersten durch die Verbollkommnung der sozialen Organisationen (Arbeiterberufsverbände, Privatbeamtenvereine, Arbeitgeberverbände) und durch den darauf gestützten Ausbau der paritätischen kollektiven Arbeitsregelung (Tarifverträge; — Arbeiterausschüsse, Lohn- und Schlichtungskommissionen, Einigungsämter und Schiedsgerichte) zu erreichen. Dieser Verbollkommnungsprozeß würde durch eine gründliche, weitherzige Reform des Koalitions- und des Vereinsrechts sowie durch die gesetzliche Ordnung des Tarifvertragsrechts erleichtert und beschleunigt werden.

II. Das friedensstiftende System der tariflichen Arbeitsregelung, das heute in Deutschland bereits 7/8 Millionen Arbeiter in der Handwerken sowie in anderen Gewerben mit klar geordneten Lohnmechanismen und besonnen geleiteten Berufsorganisationen umfasst, ist seinem elastischen Wesen nach auch auf die sogenannten Grob- und Schwerindustrien mit bestem Nutzen anwendbar, wie die Erfahrungen des Auslandes beweisen. Nur das beraltete und heute meist in sich völlig unwahre Unternehmerprinzip des „Herrn im eigenen Hause“ steht der Einbürgerung des Tarifvertrages in den genannten kapitalstarken Industrien entgegen. Der Wille zur friedlichen, paritätischen Verständigung auf beiden Seiten und eine allerdings nützliche Revision der vielfach rückständigen Lohn- und Arbeitsverfassungen würden die bisher vorwiegenden Konfliktsstoffe auf das naturgegebene Maß verringern. Auf solcher Grundlage würden ständige, der Eigenart der Industrien angepaßte Einigungsausschüsse der beiderseitigen Organisationen, unter Mithilfe der gewerbegerichtlichen Vergleichs- und Schiedsinstanzen sowie hervorragender Vertrauenspersonenlichkeiten des öffentlichen Lebens, leicht insstande sein, der Ausartung der meisten Streikfälle zu offenen Kämpfen vorzubeugen und die trotzdem ausbrechenden Arbeitskämpfe einem schnellen, verständlichen Ende entgegenzuführen.

III. Wenn auch freudig anzuerkennen ist, daß die deutsche Gewerkschaftsbewegung in einem rasch fortschreitenden Gefundungsprozeß begriffen ist, so hoffen wir, allerdings durch die Mängel des deutschen Gewerkschaftsrechts sowie der sozialen Rechts- und Verwaltungspraxis stark mitverhindert, heute doch noch schwere grundsätzliche und organisatorische Mängel anzuheben, die die Unternehmer in ihrer Weigerung, mit den Arbeiterorganisationen zu verhandeln, immer wieder bestärken und die Sympathien der öffentlichen Meinung für die gewerkschaftlichen Bestrebungen keineswegs vermehren. Ehrliche und strenge Selbsterziehungsbildung vor allem tut den deutschen Gewerkschaften not, um in den breitesten Schichten des Bürgerthums bis in die leitenden Kreise der Regierung hinauf, die soziale Sinnesänderung hervorzubringen, die durch ihr moralisches und politisches Gewicht schließlich auch die noch rückständigen Arbeitgeber zu einem gesunden Konstitutionalismus der Arbeitsregelung zu befehlen vermag.

Die Debatten waren von allgemeiner Harmonie reichlich durchdrängt und, wie auch der oben mitgeteilte Leitatz 3 zeigt, von zutreffender Erfassung des Zusammenhangs der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse recht weit entfernt, hingegen von dem Gedanken der Verbodnung der Arbeiterklasse durch „soziale Reform-Gesellschaften“, „gemeindefreie Arbeitgeber“, dergl. beherrschet. In den Verhandlungen waren trotz des von Tag zu Tag sichtbar werdenden Klagengegenstandes viel von Zunahme einer Annäherung und Verständigung zwischen Kapital und Arbeit die Rede. Die in der Luft schwebenden ideologischen Ansichten der wohlmeinendsten „Sozialreformer“ vermögen über die harte Wirklichkeit des Klassenkampfes nicht hinwegzutäuschen.

Am Dienstagabend hielt der Verein in der Neuen Philharmonie, Köpenickerstraße, eine öffentliche Versammlung ab. Der Erste Bürgermeister, Abgeordneter Dr. Cunow-Hagen referierte über das Thema:

#### „Die Verbesserung der Arbeitsverträge.“

Zur Schlichtung von Zwistigkeiten zwischen Arbeitgebern und -nehmern auf gewerblichem Gebiete, führte Redner aus, empfehle es sich, in Deutschland ähnliche Einrichtungen zu schaffen wie in England. Dort bestünde ein Gewerbeausschuß der Arbeiter, dem zunächst alle Streitigkeiten unterbreitet würden. Versage dieser, so werde die Entscheidung des Distriktsrats angerufen, dem würde das Zentraleinigungsamt übergeordnet sein. Räte in allen diesen Instanzen eine Einigung nicht zustande, so werde der „Unparteiische“ angegangen, dessen Urteil sich dann beide Parteien endgültig zu unterwerfen hätten. Der Redner kritisierte dann vom Rechtsstandpunkt aus das Wesen der heutigen Arbeitsverträge und wies besonders darauf hin, daß zwar rechtlich die Kündigungsfrist für beide Teile von gleicher Dauer, dabei aber doch von ganz verschiedenartiger Wirkung sei. Die Kündigung des Arbeitgebers ziehe für den Arbeiter ganz andere Folgen nach sich, als umgekehrt eine Kündigung des Arbeiters für den Arbeitgeber. Es sei ja bekannt, daß durch den Zusammenschluß der Großindustriellen es unmöglich gemacht werde, in bestimmten Bezirken wieder Arbeit zu erhalten. Das Gesetz frage aber nicht nach der Wirkung einer Kündigung und gebe somit den Unternehmern Gelegenheit, nicht nur einen Druck auf die Arbeiter auszuüben, sondern auch indirekt deren wirtschaftliches Leben unangenehm zu beeinflussen. Die starken Organisationen der Arbeiter allein vermöchten hier den Uebergewicht der Unternehmer eine Grenze zu ziehen. Der Vortragende bedauerte, daß die Arbeitgeber sehr oft sich nicht entschließen könnten, bei Lohnstreitigkeiten vor dem Gewerbegericht zu erscheinen. Den besten Weg zu einer friedlichen Lösung der gewerblichen Arbeiterfragen erblickte er in dem Abschluß von Tarifverträgen auf möglichst allen gewerblichen Gebieten. Ein guter Anfang sei in dieser Beziehung bereits gemacht, denn man zähle in Deutschland schon jetzt mehr als 3000 solcher Verträge. Der Zentrumsabgeordnete Giesberts meinte, selbst die Großindustrie würde auf die Dauer der Tarifbewegung gegenüber sich nicht ablehnend verhalten können. Erstrebenswert sei die Ausdehnung der gewerblichen Fortbildungsschulen auch auf industrielle Arbeiter, eine gerechte Arbeitsverfassung und die Schaffung eines ordentlichen Schiedsgerichts zur Schlichtung von Streitigkeiten. Davon, daß der Weg zum richtigen Ausbau des Arbeiterrechts längs von sozialdemokratischer Seite durch zweckmäßige Anträge angebahnt ist, aber vom Freisinn und Zentrum nennenswerte Unterstützung nicht geleistet ist, wurde in den Vorträgen nichts erwähnt.

## Gewerkschaftliches.

Eine bemerkenswerte Wendung.

Lange Zeit galt Italien als ein Streibcherexportland. Speziell die deutschen Arbeiter hatten allen Anlaß, Klage darüber zu führen, daß förmlich organisierte Streibcher-Werbekolonnen in Italien nicht ohne Erfolg tätig waren, dort „nützliche Elemente“ für das deutsche Unternehmertum anzuwerben. Mit dem Erwachen und der Verbreitung des sozialistischen Gedankens in Italien wurde das besser. Der Sozialismus hat in Italien die gewerkschaftliche Aufklärung in

die Massen getragen und die wirtschaftliche Organisation möglich gemacht. Freilich konnte er nur Fuß fassen, weil gleichzeitig mit seinem Aufstehen die Umwandlung Italiens in einen modernen Industriestaat begann. Diese Industrialisierung hat den italienischen Arbeitern im eigenen Vaterlande die Arbeitsgelegenheit erschlossen, die sie vorher im Auslande suchen mußten, und jetzt gehen die italienischen Industriellen bereits auf die Streibchererfuche ins Ausland!

Der „Avanti“ macht bekannt, daß die Besitzer der Schiffswerft von Riva Trigosa (Genua), deren gesamtes Personal seit zwei Monaten ausständig ist, in Deutschland Streibcher anwerben lassen! Kein deutscher Arbeiter möge den Anwerbungen der Unternehmer Gehör schenken. Er würde dadurch seinen italienischen Arbeitsgenossen, die im eigenen Lande die allergrößte Solidarität fanden, in den Rücken fallen und die schweren Opfer eines mehr als zweimonatigen Kampfes um nichts machen. Die Arbeiter von Riva Trigosa streifen, um die Abschaffung von einer besonders gefährlichen Sorte Maschinen, die mit komprimierter Luft arbeiten und geradezu mörderisch genannt werden können, zu erzwingen. Ihr Kampf verdient die Solidarität und die Unterstützung des Proletariats aller Länder. Für Auskunft wende man sich an den Genossen F. Mariani, Chiabari (Genua), Via Vittorio Emanuele 21.

Die deutschen Arbeiter haben es verstanden, sich den Ruf der Solidarität in der ganzen Welt zu sichern. Trotz der „Gelben“, Christen und Hirsche werden sie sich ihn zu erhalten wissen und dem Unternehmertum zeigen, daß eine Streibchererfuche in Deutschland ein undankbares Beginnen ist.

#### Berlin und Umgegend.

Ähtung, Metallarbeiter!

Die Maschinenfabrik von Vollenbach, Siemensstr. 12, ist für Dreher gesperrt.  
Deutscher Metallarbeiterverband (Ortsverwaltung Berlin.)

Einen gelbigen Strich durch die Rechnung ist der Rigdorer Zwangsinnung für das Barbiergewerbe gemacht. Trotz des Beschlusses, die Gehülfenforderungen abzulehnen, beläuft sich die Zahl der unterschäftlich eingelaufenen Bewilligungen auf 66. Die Arbeitgeber, welche den aufgestellten Forderungen nachkommen, erhalten als Ausweis ein weißes mit rotem Rand versehenes Plakat, mit dem Namen Liete. Die Gehülfen müssen in Besitze einer gleichen Kontrollkarte sein. Diese ist nur gültig, wenn laufend gestempelt. Da es sich diesmal auch um eine Prinzipienfrage handelt, die für die gesamte Arbeiterbewegung von Wert ist, so sind diese Kennzeichen unter dem Bebing ausgedehnt, daß das Plakat im Schaufenster von außen sichtbar sein müsse, ebenso wie die Kontrollkarte am Spiegel angebracht werden muß. Es sind bis jetzt 35 Geschäfte, in denen diese Vorkehrung beachtet wird. Eine Liste der betreffenden Geschäfte wird in nächster Zeit erscheinen.  
Verband der Friseurgehülfen Deutschlands. (Zweigverein Berlin und Vorort.)  
Bureau: Rosenfelderstr. 57. Tel.-Amt III, 1296.

#### Deutsches Reich.

Ein internationaler Kongress der Holzarbeiter wird am 16. und 17. August 1907 vor Beginn des internationalen Arbeiterkongresses in Stuttgart stattfinden.

Der Deutsche Holzarbeiterverband hat mit mehreren ausländischen Verbänden Kartellverträge abgeschlossen, welche den gegenseitigen unentgeltlichen Uebertritt der Mitglieder und deren Unterstützung auf der Reise regeln. Gegenwärtig bestehen solche Verträge mit folgenden Verbänden: Verband der Holzarbeiter Westpreußens, Verband der ungarländischen Holzarbeiter (Magyarországi Faipari Szövettség), Schweizerischer Holzarbeiterverband, Verband der Tischler in Dänemark (Snedkerforbundet i Danmark) und Verband der Vergolder in Dänemark (Jorholderforbundet i Danmark). Die Mitglieder dieser fünf ausländischen Verbände erhalten, sofern sie mindestens 52 Beiträge entrichtet haben, auf der Reise in Deutschland eine Reiseunterstützung beim Uebertritt solcher Mitglieder in den Deutschen Holzarbeiterverband erhalten dieselben ein deutsches Mitgliedsbuch, während das ausländische zur Aufbewahrung an die Hauptkassie eingusenden ist. Mitglieder anderer ausländischer Verbände als der oben genannten haben auf eine Unterstützung in Deutschland keinen Anspruch.

#### Husland.

Die Buchdrucker in Bern haben in einer von 350 Mann besuchten Versammlung mit 284 gegen 24 Stimmen den schweizerischen Normaltarif angenommen, dagegen einstimmig die ungenügenden Vorschläge der Berner Prinzipale betreffend Teuerungszulagen abgelehnt.

#### Vom Matrosenstreik in Odessa.

Der Russischen Dampfergesellschaft gelang es, den Dampfer „Zefarewitsch“ mit Hilfe einer zufällig ausgenutzten Mannschafft zu einer Alexandria-Rundreise abzufertigen. Der nach der Krön abgefertigte Dampfer „Rusland“ derselben Linie ist in der Nähe von Eupatoria auf eine Sandbank aufgelaufen.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

#### Zur Fleischsteuerung.

Hamburg, 5. Dezember. (B. L. Z.) Die Bürgerschaft nahm in der heutigen Sitzung den dringlichen Antrag Zeit und Genossen an, wodurch die Bürgerschaft den Senat um Auskunft darüber ersucht, ob und in welcher Weise der Senat dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 27. September 1906 entsprochen habe, Schritte zu tun, um die durch zu geringes Angebot bewirkte Fleischsteuerung zu heben.

#### Schwerer Unglücksfall.

Mannheim, 5. Dezember. (B. L. Z.) Ein gräßliches Unglück ereignete sich heute auf der Redarbrücke, wo, nachdem gestern ein Wagen geplatzt war, Arbeiter mit der Befestigung des Gerüsts beschäftigt waren. Hierbei stürzten vier Leute ab, zwei davon fielen in den Redar, zwei andere auf ein vorüberfahrendes Schiff. Von den beiden letzteren wurde einer schwer verwundet, von den ersteren ertrank einer, zwei konnten gerettet werden.

#### Zur Erinnerung.

Petersburg, 5. Dezember. (B. L. Z.) Kurz nach dem Attentat auf den Polizeibeamten Scheremetow wurde seiner Frau ein Paket zugesandt, das einen Dolch enthielt mit der Aufschrift: dem Organisator des Dhalostoler Pogroms zur Erinnerung! und dem Namenszug des im Mai ermordeten Admirals Kusmitsch.

#### 60 Menschen umgekommen.

Clifton (Arizona), 5. Dezember. (B. L. Z.) Durch die Ueberflutung infolge des gestrigen Dammbrechens sind 60 Menschen umgekommen und große Schäden an Eigentum angerichtet worden. Das Geschäftsviertel der Stadt ist zerstört und die Gleise der Arizona und Mexico Eisenbahn sind auf mehrere Meilen Länge fortgespült worden.



Reichstag.

184. Sitzung vom Mittwoch, den 5. Dezember, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstische: Rieberding.

Auf der Tagesordnung stehen die

Interpellationen der Polen und des Zentrums über den polnischen Schulstreik.

Die Interpellation der Polen lautet: „Die preussische Staatsregierung hat versucht, auf Grund der §§ 1686 und 1688 Bürgerliches Gesetzbuch durch Anrufung des Vormundschaftsgerichts aus durchaus unzureichenden Gründen den Eltern das ihnen nach § 1681 Bürgerliches Gesetzbuch zustehende Recht, ihre Kinder zu erziehen, und hat bereits in Einzelfällen gerichtliche Verfügungen erlassen, wonach die Kinder wegen Befolgung von Anordnungen ihrer Eltern der elterlichen Erziehungsgewalt entzogen und der Fürsorgeerziehung übergeben worden sind.“

Wir richten an den Herrn Reichskanzler die Frage, was er zu tun gedenkt, um diesen Eingriffen preussischer Behörden in die Gewissensfreiheit und in das durch das Bürgerliche Gesetzbuch und sonstige Bestimmungen garantierte Recht der Eltern auf die geistige und sittliche Erziehung und Ausbildung ihrer Kinder, wie es ihrer religiösen Ueberzeugung und den Grundsätzen und Normen ihrer Kirche entspricht, wirksam entgegenzutreten.“

Die Interpellation des Zentrums lautet: „Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß in preussischen Volksschulen Kindern deutscher Reichsangehöriger die Erteilung des Religionsunterrichts in ihrer Muttersprache vorenthalten und daß Fürsorgeerziehung gegen Kinder angeordnet wird, welche im Religionsunterrichte nicht in deutscher Sprache geantworret haben? Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um diese mit reichsgesetzlichen Vorschriften im Widerspruch stehenden Eingriffe in das Recht der elterlichen Fürsorge für die Person des Kindes zu verhindern?“

Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. Rieberding erklärt sich zur Beantwortung der Interpellationen bereit.

Zur Begründung der Interpellation der Polen erhält das Wort

Abg. Dr. v. Jaschewski (Polen): Ich bedaure, daß die preussische Regierung hier nicht vertreten ist, die doch das größte Interesse an der Sache haben sollte. Sie wissen alle, daß in unseren Heimatprovinzen seit einigen Wochen ein großer Unfriede zwischen dem Elternhause und der Volksschule besteht. Jedes Volk hat ein natürliches Recht auf seine Sprache, und es hat das Recht, seine Nationalität zu wahren. Leider wird das uns nicht gestattet. (Hört! hört!) Als die polnischen Lande an Preußen kamen, wurde auf dem Wiener Kongress in feierlicher Weise versprochen, daß dem polnischen Volke seine Sprache gelassen werden solle, und es wurden dann vor allem Grundsätze aufgestellt, nach denen der Religionsunterricht in der Muttersprache erteilt werden sollte. Aus der Wahrung dieser Grundsätze ist die Bemerkung unserer Bevölkerung hervorgegangen. Seit 1873 hat man die früheren Grundsätze über Bord geworfen. Damals ist bestimmt worden, daß der Religionsunterricht nur auf der Unterstufe in der Muttersprache erteilt werden müsse. Alle Eingaben, die unsere Bevölkerung seit jener Zeit an das preussische Abgeordnetenhaus, an das Ministerium, an den Kronrat gerichtet hat, sind erfolglos geblieben. Nach Artikel 24 der preussischen Verfassung wird der Religionsunterricht in der Volksschule von den Religionsgesellschaften geleitet. Wenn also die katholische Kirche verlangt, daß der Religionsunterricht in der Volksschule in der Muttersprache erteilt werden muß, so hat das die preussische Regierung zu respektieren. Das ist schon aus dem Grunde notwendig, weil die Kinder sonst nicht in das Verständnis der Religion einbringen können. Wenn aber polnischen Kindern von acht Jahren der Religionsunterricht in deutscher Sprache erteilt wird, so wird doch niemand behaupten, daß in dem Alter das erforderliche Verständnis vorhanden ist. In einzelnen Gegenden wird der Religionsunterricht schon auf der Unterstufe deutsch erteilt! Die Konservativen tragen die Schuld daran, daß man in dieser Weise gegen uns vorgegangen ist. Der Staatsrechtslehrer Bluntzsch hat dargelegt, daß es keine gerechtere Ursache zur Aufhebung wider die Tyrannie gibt als die der Verteidigung der Rationalität, und er erklärt weiter, daß das Recht des Staates über den Menschen kein absolutes sei. Bei den hier in Frage stehenden Vorgängen handelte es sich nur um einen passiven Widerstand. Die Ausschreitungen, die dabei vorgekommen sind, nehmen wir in keiner Weise in Schutz. Aber wenn man weiß, mit welcher Roheit gegen Kinder und Eltern vorgegangen wird, so kann man sich über das Vorkommen von Ausschreitungen nicht wundern. Die Kinder erhalten wöchentlich zweiunddreißig Stunden Unterricht, davon entfallen nur vier Stunden auf den Religionsunterricht, und man hat also reichlich Zeit, um den Kindern die deutsche Sprache beizubringen. Die preussische Regierung hat den Lehrern an den Volksschulen verboten, die Kinder zu züchtigen. Aber die Kinder, die sich bei dem fremdsprachigen Religionsunterricht, den sie nicht verstehen, auch nur regen, werden eine bis zwei Stunden zurückgehalten. Wenn die Kinder den Geboten ihrer Eltern gehorchen und nicht deutsch antworten, spricht die preussische Regierung von „sittlicher Verwahrlosung“. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das Versammlungsrecht ist bei uns überhaupt aufgehoben. In Oberschlesien wurde ein Schulmacher verhaftet, in Ketten geschlagen und ins Gefängnis geführt, lediglich weil er vor einer Menschenmenge sich abfällig über Regierungsmassnahmen geäußert hatte. (Hört! hört!) Ich wende mich zu den Maßnahmen, Kinder solcher Eltern, welche das Antwortrecht in deutscher Sprache im Religionsunterricht verweigern, in Fürsorgeerziehung zu bringen und der elterlichen Gewalt zu entziehen. Nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch ist dies nur bei größtem Mißbrauch der elterlichen Gewalt und Gefährdung des Kindes zulässig. Bei Beratung des betreffenden Gesetzesparagrafen stellten die Sozialdemokraten das Amendement, daß politische und religiöse Beeinflussung der Kinder durch die Eltern als ein Mißbrauch im Sinne dieses Paragraphen nicht anzusehen sei. Das wurde abgelehnt, nicht aus materiellen Gründen, sondern weil es selbstverständlich sei. In der Tat ist die ungesetzliche Befähigung des Amtsgerichts in Zabrze, die in die heiligsten Rechte der Eltern eingreift, eine so empörende Maßregel, daß sie mit parlamentarischen Worten gar nicht gekennzeichnet werden kann. (Lebhafte Weisfall bei den Sozialdemokraten und den Polen.) Wir haben keinen Anlaß, die Unzufriedenheit der Bevölkerung noch zu verstärken, aber an die Regierung müssen wir die Bitte richten, mit ihrer jetzigen Politik einzuhalten. Wenn die preussische Regierung der Bevölkerung nicht entgegenkommt, so fürchte ich, daß der Schulstreik noch sehr lange dauern wird. Mocht die Schulverwaltung der Bevölkerung nicht durch eine Abänderung ihrer Maßregeln entgegenkommen zu können, so gebe sie die Erteilung des Religionsunterrichtes an die Kirche zurück. (Zustimmung im Zentrum und bei den Polen.) Se. Majestät hat kürzlich ausdrücklich den Grundsatze der Freiheit der Religionsübung anerkannt. Möge die Schulverwaltung aus dieser Anerkennung des Königs die nötigen Konsequenzen ziehen, dann wird wieder Frieden bei uns einziehen. (Weisfall bei den Polen und im Zentrum.)

Zur Begründung der Interpellation des Zentrums erhält das Wort

Abg. Stowasi (Z.): Wir haben noch eine besondere Interpellation eingebracht, weil wir meinen, daß die Sache so wichtig ist, daß sie möglichst eingehend besprochen werden muß. Wenn die Kinder gezwungen sind, die Volksschule zu besuchen, so ist diese auch verpflichtet, beim Religionsunterricht die Grundsätze der Kirche zu befolgen. Nach dem Naturrecht hat jedes Volk einen

Anspruch darauf, daß seine Sprache respektiert wird, und jede vernünftige Pädagogik berücksichtigt beim Unterricht die Muttersprache der Schüler. Der Abg. Semler hat ja auch in der Schilderung seiner Reise nach Afrika hervorgehoben, daß in den Regierungsschulen dort der Religionsunterricht in der Muttersprache erteilt wird. Nun, was den Herero recht ist, sollte doch den Polen billig sein. (Sehr richtig! im Zentrum.) Die Militärverwaltung läßt den polnischen Rekruten die Kriegsartikel in polnischer Sprache vorlesen und erklären. Die Petitionskommission des preussischen Abgeordnetenhauses hat eine Petition um Gestattung der Muttersprache beim Religionsunterricht in Vitauen der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen. In Nordschlesien ist es den Lehrern gestattet, den Kindern gegenüber die dänische Muttersprache zu gebrauchen, soweit es zum Verständnis notwendig ist, so sollte man das gleiche auch den polnischen Kindern gegenüber gestatten. Wir sind in Oberschlesien noch besonders benachteiligt, weil man dort den Religionsunterricht nur im ersten Schuljahr in der Muttersprache erteilt. Auf den ober-schlesischen Seminaren wird französischer und englischer Unterricht erteilt. Statt dessen sollte man lieber polnischen Unterricht erteilen, damit die Lehrer später den Religionsunterricht in der polnischen Sprache geben können. Wir müssen verlangen, daß der Religionsunterricht auch in Oberschlesien mindestens auf der Unterstufe in der Muttersprache erteilt wird, damit die Kinder zu Hause mit den Eltern beten können. Es ist uns gelungen, von Oberschlesien den Schulstreik fernzuhalten, die großpolnische Agitation hat dort keinen Boden. (Zustimmung im Zentrum, Widerspruch bei den Polen.) Wenn die Staatsregierung den Wunsch der Bevölkerung nicht erfüllt, so wird sie allerdings die großpolnische Agitation fördern. Darum bitte ich den Reichskanzler, dafür zu sorgen, daß Oberschlesien in dieser Richtung nicht schlechter behandelt wird als andere Landesteile. (Weisfall im Zentrum.)

Staatssekretär Dr. Rieberding:

Die Beschwerde geht zunächst dahin, daß dem Reichsrecht zuwider in die Rechte der Eltern dadurch eingegriffen wird, daß der Religionsunterricht in deutscher Sprache erteilt wird. Hierzu habe ich zu erklären, daß der Reichskanzler verfassungsmäßig nicht befugt ist, im Sinne der Interpellanten bei der preussischen Regierung Schritte zu tun. Artikel 3 der Verfassung garantiert nur, daß die Angehörigen der verschiedenen deutschen Staaten gleich behandelt werden, greift hier also nicht Platz. Auch § 1681 des Bürgerlichen Gesetzbuchs findet seine Grenzen am öffentlichen Recht in jedem Bundesstaat, hier also an dem Schulrecht in Preußen, daher muß der Reichskanzler es ablehnen, auf diesen Punkt weiter einzugehen, und er kann auch nicht gestatten, daß, wenn die Debatte auf diesen Punkt eingeht, ein Mitglied des Bundesrats sich daran beteiligt. (Abgeordneter v. Czarlinski (Polen): „Zur Geschäftsordnung!“)

Vizepräsident Graf Stolberg (im Begriff, das Wort zu erteilen, schwingt die Glocke; der Redner, der noch nicht fertig ist, blüht sich erschaumt um. Große Heiterkeit.)

Dr. Rieberding (fortfahrend): Weiter beschäftigen sich die Interpellanten darüber, daß in die Rechte der Eltern eingegriffen wird, indem ihnen auf Grund des § 1686 des Bürgerlichen Gesetzbuchs die Erziehung ihrer Kinder entzogen wurde und diese in fremde Erziehung übergeführt werden. Diese Maßregel darf zweifellos nicht bloß deshalb verlangt werden, weil ein Kind in der Schule mutwillig oder böswillig oder störrisch ist, sondern auch wegen eines schuldhaften Verhaltens des Vaters. Unter welchen Voraussetzungen ein solches Verhalten vorliegt, das zu prüfen ist nicht Sache der Verwaltung, sondern des unabhängigen Gerichts. (Sehr richtig! rechts.) Wegen die Entscheidungen des Vormundschaftsgerichts kann Beschwerde an die zweite Instanz, gegen diese an den höchsten Gerichtshof eingelegt werden. Meine Ermittlungen haben ergeben, daß die verbündeten Regierungen

mit der ganzen Sache nichts zu tun

haben, das weder vom Kultusminister, noch vom Minister des Innern, geschweige denn vom Justizminister irgend eine Verfügung erlassen ist, daß in dem Sinne vorgegangen wird, wie die Interpellanten es dargelegt haben. Bei sieben Verichten (schweben die Ermittlungen über die Anwendbarkeit der Bestimmungen des § 1686 zurzeit noch. Ein Vericht hat ein Vorgehen auf Grund dieses Paragraphen für nicht zulässig erachtet. Ein Vericht, das in Zabrze, hat es für zulässig erachtet. Hier schweben drei Fälle. Einer davon ist dadurch erledigt, daß das Kind wieder in den Religionsunterricht geschickt wird, an ihm teilnimmt, aber nicht auf Grund des Vorgehens des Vormundschaftsgerichts, sondern nach Erwägung der Eltern. In zwei Fällen sind die Verfügungen auf Ueberführung in die Fürsorgeerziehung erlassen, gegen sie ist Beschwerde erhoben, die zurzeit noch schwebt. Sie werden doch nicht verlangen, daß der Reichskanzler in ein schwebendes Verfahren eingreift. Kabinettsjustiz ist bei uns nicht zulässig. (Weisfall rechts, Lausen links.) Die preussischen Richter sind sich ihrer Unabhängigkeit und ihrer Pflicht bewußt. Das hohe Haus kann daher ruhig abwarten, wie die Entwicklung der Dinge weiter geht. Die preussische Regierung hat nicht die Absicht, irgend eine Maßnahme zu treffen oder einen Schritt zu tun, die sich nicht mit dem Reichsrecht vereinbaren lassen. (Weisfall rechts.)

Auf Antrag des Abg. v. Czarlinski (Polen), der vom Zentrum und der Linken unterstützt wird, tritt das Haus in die Besprechung der Interpellationen ein.

Abg. v. Normann (L.): Namens meiner politischen Freunde erkläre ich, daß wir uns an der Besprechung der beiden Interpellationen nicht beteiligen werden, weil es sich um Angelegenheiten handelt, die der Landesgesetzgebung der Einzelstaaten vorbehalten sind. Die Beschäftigung des Reichstages mit preussischen Angelegenheiten müssen wir als einen Eingriff des Reichs in die Rechte der Einzelstaaten betrachten. (Weisfall rechts.)

Abg. v. Tiedemann (Rp.): Auch wir werden uns an der Besprechung nicht beteiligen, weil wir die Bezugnahme auf die Artikel der Reichsverfassung nicht für berechtigt halten. Wir geben aber der Jüdischen Ausdruck, daß der Reichskanzler in Uebereinstimmung mit der preussischen Regierung und dem Landtag seine Ostmarkenpolitik mit aller Energie und Festigkeit weiter konsequent durchführt. (Weisfall rechts.)

Abg. Wasing (natl.):

Meine politischen Freunde haben wiederholt dargelegt, daß wir mit der seit einer Reihe von Jahren von der preussischen Regierung verfolgten zielbewussten Polenpolitik durchaus einverstanden sind. (Hört! hört!) Wir verlangen, daß die polnischen Einwohner Preußens Abstand nehmen von jeder deutschfeindlichen Agitation. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen und rechts.) Wir sind damit einverstanden, daß die Staatsregierung mit allen zulässigen Mitteln den großpolnischen Bestrebungen entgegentritt, welche teilweise schon aufwühlende Formen angenommen haben. (Lebhafte Unruhe bei den Polen und links. Zurufe: „Scharfmacher!“ — „Der ist ja noch schlimmer als Tiedemann!“) Das Volksschulwesen unterliegt nicht der Kompetenz des Reichs; es könnte nur dann vor das Forum des Reichstages gezogen werden, wenn Reichsgesetze verletzt sind. (Zuruf: Das ist ja gegeben!) Gestatten Sie, daß ich anderer Meinung bin. Die großpolnische Agitation geht so weit, daß die Kinder für deren Zweck mißbraucht werden. (Unruhe, Pfuirufe.) Die deutsche Sprache wird nur auf den Unterstufen verwendet, auf denen die Kinder volles Verständnis dafür haben. (Widerspruch bei den Polen und links.) In der Provinz Posen bestehen gegenwärtig mehr als 1200 Schulen, in denen der Religionsunterricht auf allen Stufen in der polnischen Sprache erteilt wird. Wir verlangen von der preussischen Regierung und den ihr untergebenen Behörden, daß sie mit aller Energie bestrebt sind, den Widerstand der polnischen Eltern zu brechen. Daß

dies nur mit gesetzlichen Mitteln geschehen darf, versteht sich von selbst. Die Interpellanten beschwerten sich darüber, daß rentierte Kinder in Fürsorgeerziehung gegeben worden sind. Es liegt aber noch kein rechtskräftiges Urteil darüber vor, und es kann nicht Aufgabe des Reichstages sein, in schwebende Rechtsfragen sich einzumischen. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen und rechts.) Ich stehe aber nicht an, zu erklären, daß wir die Anordnung der Fürsorgeerziehung gegenüber vielen Tausenden von Kindern für ein geeignetes Mittel, den Schulstreik zu beendigen, nicht halten können. Das Kammergericht hat vor einigen Jahren dahin entschieden, daß, wenn ein Vater das geistige Wohl seines Kindes dadurch gefährdet, daß er nicht für den Schulbesuch seines Kindes Sorge trägt, ihm das Recht der Erziehung seines Kindes genommen werden kann. Wenn ein Vater dauernd gegen die Schulordnung verstößt, wird ein gedeihlicher Religionsunterricht unmöglich gemacht. Die Anwendbarkeit des § 1686 auf Kinder, die auf Anstiften der Eltern ungehorsam in der Schule sind, ist also aus verschiedenen Gründen

zulässig!!

(Stille nach dem Redner links, und bei den Polen. Aufse: Psiu!)

Vizepräsident Graf Stolberg: Ich bitte den Redner nicht zu unterbrechen. Der Ausruf „Psiu!“ ist unzulässig. Ich rufe den Herrn, der ihn ausgeprochen hat, zur Ordnung.

Abg. Korfanty: Ich war es!

Abg. Wasing (fortfahrend): Ob § 1686 anwendbar ist, entscheidet das Gericht, nicht der Reichstag. Deswegen sind meine Freunde nicht in der Lage, die Beschwerden der Interpellanten für begründet zu erachten.

Abg. Bebel (Soj.):

Als ich heute sah, daß an Stelle des Reichskanzlers der Staatssekretär für das Reichsjustizamt erschienen war, war meine erste Frage: Wie kommt Saul unter die Propheten? (Heiterkeit.) Denn ich sagte mir: die Frage, die uns hier beschäftigt, ist eine eminent politische, keine juristische Frage. Die Herren von der Reichsverwaltung meinen allerdings, es handele sich um eine juristische Frage, die noch nicht entschieden sei und für deren Beantwortung der Staatssekretär des Reichsjustizamts die geeignetere Person sei. Wenn ich mir aber dann vergegenwärtige, was insbesondere der letzte Herr Redner in bezug auf die Interpellationen gesagt hat, so bedauere ich um so mehr, daß der Herr Reichskanzler nicht erschienen ist; denn sowohl Herr v. Tiedemann als besonders Herr Wasing haben die ganze Angelegenheit durchaus als eine politische behandelt. Herr Tiedemann hat gesagt, er hoffe, daß der Herr Reichskanzler mit aller Energie und Festigkeit festhalten werde an derjenigen Polenpolitik, die er bisher unter Billigung des preussischen Landtages getrieben habe. Ebenso hat Herr Wasing erklärt, daß er aus denselben Gründen die Maßregeln billige, welche die preussische Regierung in bezug auf den polnischen Religionsunterricht ergriffen habe. Vor allem gewundert hat es mich, daß gerade Herr Wasing hier die Kompetenzfrage angeregt, derselbe Mann, dem von jener Seite (nach rechts), als er die mecklenburgische Verfassungsfrage anknüpfte, erwidert wurde, daß der Reichstag sich nicht in Landesangelegenheiten einzumischen dürfe! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten, links und im Zentrum.) Nein, meine Herren, es handelt sich nicht um eine preussische, sondern um

eine deutsche Angelegenheit.

Es kann für das Deutsche Reich nicht gleichgültig sein, wie diese Dinge in Preußen behandelt werden. Es kann auch für das Deutsche Reich nicht gleichgültig sein, wie in Auslands darüber geurteilt wird. Es handelt sich um die Ehre Deutschlands! (Lebhafte Weisfall bei den Sozialdemokraten.) Interessant war es auch, daß Herr Wasing im Namen seiner Fraktion erklärte, daß sie den § 1686 nicht für ein geeignetes Mittel halte, um diejenigen Zwecke zu erreichen, die man jetzt mit seiner Anwendung erreichen will, und daß Herr Wasing dann dazu überging, des langen und breiten zu erklären, wie richtig die Anwendung des § 1686 sei. Er ging ja sogar so weit, zu erklären, daß er sein Bedenken in der Anwendung dieses Paragraphen sehe. Wenn ein Redner sich in einer kurzen Viertelstunde in derartigen prinzipiellen Widersprüchen bewegt wie heute Herr Wasing, dann muß ich sagen: Stärker kann eine Partei sich nicht blamieren! (Lebhafte Weisfall links.) Freilich — ich werde darauf noch zu sprechen kommen — es kommt ja für die Herren immer nur darauf an, wo die Dinge sich abspielen. Ich werde Herrn Wasing nachweisen — er ist ja mit mir in dem gleichen Alter und hat dieselben Dinge erlebt wie ich — wie er und seine Freunde sich früher zu den gleichen Fragen gestellt haben. Allein das ist ja gerade der Grundsatze des Nationalliberalismus, daß er keine Grundsätze hat und daß er, je nachdem, entgegengesetzt entscheidet. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Herr Wasing hat, wenn ich nicht irre, auch der Kommission für das Bürgerliche Gesetzbuch angehört. Derselbe Herr erklärt, er finde in der Anwendbarkeit des § 1686 durch das Vormundschaftsgericht in Zabrze keinen Widerspruch gegen den Inhalt dieses Paragraphen.

In der Tat läßt sich gar nicht bestreiten, daß der § 1686 in seiner gegenwärtigen Fassung außerordentlich dehnbar ist. Man soll vor solchen Zuständen nicht die Augen verschließen. Es ist notwendig, daß im ersten Augenblick, wo eine solche Klust, ein solcher Gegenstand zwischen der Rechtsauffassung des Volkes und der Praxis der Gerichte aufgedeckt wird, sofort die Aufmerksamkeit des Reichstages darauf gelenkt wird. Die Polen und das Zentrum hatten daher recht, daß sie sofort, wo eine solche bedenkliche Rechtspraxis eingetreten ist, die Aufmerksamkeit hier darauf lenken. Dabei ist es vollständig gleichgültig, ob die preussische Regierung in diesem Augenblick zur Frage der Anwendbarkeit des § 1686 irgendwie Stellung genommen hat. Es genügt vollkommen, daß die Gerichte sich der Sache angenommen, daß sie entsprechende Urteile gefällt haben und daß ein angezogenes Mitglied der nationalliberalen Partei dieses Urteil gebilligt hat. Es ist daher die Gefahr vorhanden, daß die Auffassung des ersten Vormundschaftsrichters sich bis zum höchsten Richter Bahn bricht, nach bekannten Beispielen, die wir in den letzten Jahren erlebt haben. Als der § 1686 (Redner verliest denselben) hier zur Erörterung stand, hat die Sozialdemokratie einen Zusatz beantragt, daß das Vormundschaftsgericht nicht berechtigt sei, das Verhalten des Vaters in religiöser und politischer Hinsicht oder seine Einwirkung auf das Kind in dieser Richtung als einen Mißbrauch seiner Gewalt oder eine Einwirkung auf das Kind in dem Sinne dieses Paragraphen zu erachten. Hätten Sie damals diesen Zusatz, der eine Deklaration des § 1686 geben wollte, angenommen, so wäre die heutige Verhandlung nicht nötig gewesen, und kein Gericht hätte den Paragraphen in Anwendung bringen können. Das beweist einmal wieder, wie außerordentlich bedenklich es ist, wenn man bei solchen Gesetzesbestimmungen den Gerichten vertrauensselig mit einem wahren Vertrauensbuse entgegenkommt. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn man glaubte, die Gerichte würden sich nach der Auffassung derjenigen richten, welche den Paragraphen beschließen haben, sie würden sich nach der Ansicht der Kommission richten, so war das hier ein großer Fehler. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Dann will ich noch auf ein anderes hinweisen. Damals lag bereits eine eigentümliche Auslegung einer Bestimmung des preussischen Landrechts vor. Ein Richter in Hanau hatte einem sozialdemokratischen Arbeiter das Erziehungsrecht genommen, weil sein Kind einem Arbeiterturnverein angehörte, der als sozialdemokratisch bezeichnet wurde. Das zeigte schon damals die Wichtigkeit dieser Bestimmung. Allerdings wurde das Hanauer Urteil durch das Oberlandesgericht aufgehoben. Aber die Sache ist vorgekommen und zeigte, daß der Geist, der dem Urteil des Vormundschaftsgerichts in Zabrze zugrunde liegt, längst im preussischen Staate — alles Schlimme in Deutschland kommt ja aus



**Brechen** — (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten) vorhanden war. Im Jahre 1904 hat das Amtsgericht in Sommerfeld gegen eine Arbeiterin entschieden, sie solle aus dem Zertifikatsverband austreten, oder es müßte ihr die Vormundschaft über ihre Kinder genommen werden. (Lebhafte Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Eine arme Arbeiterin, die ihrem Berufsverbande angehört, um gerade im Interesse der Erziehung ihrer Kinder zu versuchen, durch den Verband ihren Lebensunterhalt zu verbessern, die soll vom Amtsgericht gezwungen werden, aus dem Verbande auszutreten, wenn sie nicht ihr heiligstes Mutterrecht preisgeben will! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Leider hat die Arbeiterin sich einschüchtern lassen, so daß eine Beschwerde gegen den Entscheid nicht eingeleitet ist. Freilich, wenn die Meinung des Reichstages maßgebend wäre, so müßte man glauben, daß die Richter bei der Anwendung des § 1686 sich doch wenigstens die Frage vorlegen sollten, welche Anschauung zum mindesten die Vertreter derjenigen Parteien hätten, die den Paragraphen festsetzten. Damals führte mein Parteigenosse Stadthagen gerade im Hinweis auf das Hanauer Urteil aus: „Wenn solche Mißbräuche vorgekommen sind, so muß man unseren Antrag annehmen, um ein solches Hineinziehen der Politik in die Gerichtssäle, eine solche Unterminierung der ertellichen Gewalt, eine solche Vergiftung der Kindesseele unmöglich zu machen.“ Wie bedenklich die Ablehnung unseres Antrages wirken konnte, ist Ihnen also klar gezeugt worden. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Man hat unseren Antrag aber damals nicht angenommen, und Sie sehen jetzt die Folgen, obwohl der Abg. Geuber damals erklärte, es sei ja begreiflich, daß ein solcher Gerichtsbeschluss den Antragsteller in eine große Erregung und Enttäuschung bringen müsse und diese Enttäuschung sei um so begreiflicher, als man glauben sollte, daß bei uns solche Entscheidungen nicht vorkommen könnten. Der Abg. Bachem fügte dem noch hinzu: Wenn aber wirklich das Befürchtete zutreffen, eine solche Entscheidung vorkommen würde, so hoffe er, daß die oberen Instanzen sie aufheben würden. Das Hanauer Urteil ist damals ja auch in der Tat aufgehoben worden, aber wie lange der Widerstand der Gerichte gegen die Verwaltung vorhalten wird, das wird sich erst zeigen, wenn die Polenpolitik in Preußen ihren vollkommenen Bankrott erlebt hat. Wenn die preussische Regierung zu der Ueberzeugung kommen sollte, daß sie mit allen ihren Mitteln gegen die Polen nicht mehr weiter kommen kann, dann wird sie zum äußersten schreiten; dann werden sich auch die Gerichte ihrem Druke nicht entziehen können, und wir haben keine Garantie, daß dann nicht auch die obersten Gerichtshöfe so entscheiden werden, wie jetzt die unteren Instanzen entschieden haben. (Lebhafte Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Der Abg. Bachem hat seinerzeit als Berichterstatter über das Bürgerliche Gesetzbuch gesagt, daß jeder Paragraph einem Mißbrauch ausgesetzt sein könnte; man müsse damit rechnen, daß im Einzelfalle eine höhere Instanz Remedur schafft. Wir haben gesehen, wohin die unglückselige Verwirrungseligkeit des Zentrums bei der Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuches und geführt hat. Wäre das Bürgerliche Gesetzbuch zehn Jahre früher gekommen als der Kulturkampf noch bestand, dann wäre der Scharfsmund und das Mißtrauen des Herrn Spahn gewiß in anderer Weise zum Ausdruck gekommen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Zur Konfliktzeit, 1866, waren die Liberalen außerordentlich mißtrauisch gegen die Gesetzesauslegungen, die damals stattfanden. Wenn aber heute ein neues Strafgesetzbuch geschaffen werden würde, so würde es unendlich viel schlechter werden, als das alte war. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Reaktion im Innern ist immer weiter vorgeschritten, und alles ist im Rückschritt begriffen.

#### Rückwärts! rückwärts!

Das ist die Lösung, das ist der Geist, der zu den eigentümlichen Auslegungen des § 1686 geführt hat, von denen wir heute gehört haben. Als mein Freund Singer vor 10 Jahren als Mitglied der Berliner Schuldeputation gewählt wurde, durfte er da nicht eintreten, weil der Minister meinte, ein Sozialdemokrat habe dazu nicht die „sittliche Qualifikation“. Aus demselben Grunde durfte mein Freund Kronz nicht als Privatdozent über Chemie und Physik dozieren; auch er hatte nicht die nötige „sittliche Qualifikation!“ (Hört! hört! links.) Jetzt hat Herr Studt sogar einem Turnlehrer die Anstellung verweigert, weil er als Sozialdemokrat nicht die nötige „sittliche Qualifikation“ habe. — Den Seminaristen wird verboten, Subermann oder Hauptmann zu lesen. Herr Hauptmann ist wiederholt Tischgast des Fürsten Wilow gewesen, und einen solchen Mann bezeichnet Herr Studt als **d e n t l i c h** für die Seminaristen! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Alles das ist der Geist, der in der Auslegung des § 1686 zum Ausdruck gekommen ist. Es ist ein trauriges Zeichen für unsere öffentliche Meinung, daß alle diese Dinge in Deutschland vollständig unbeachtet geblieben sind, daß nirgends ein Schrei der Empörung ausgebrochen ist gegenüber einem solchen Kultusminister. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Da braucht man sich nicht zu wundern, daß jetzt der Kultusminister in einer Depesche darauf hingewiesen hat, daß mit allen gesetzlichen Mitteln die Anordnungen der Schulbehörde gegenüber dem Schulstreik durchgeführt werden sollen. Ich habe den polnischen Schullinderstreik geradezu bewundert; er ist großartig! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich wünschte, wir wären in Deutschland eines Tages mal so weit, daß wir für die

#### Trennung der Schule von der Kirche

eintreten könnten. Ich würde eine solche Trennung als einen außerordentlich kulturfördernden Schritt ansehen. Das Deutsche Reich besteht jetzt 83 Jahre. An seiner Wiege haben große Parteien gestanden, in erster Reihe kommt dabei das Zentrum in Betracht. Als vor 24 Jahren das Jesuitengesetz auf der Tagesordnung stand, da haben wir gesagt: Das nützt nichts, auf diesem Wege kommt Ihr nicht zum Ziel! Das einzige Mittel ist, daß die Kirche sich auf ihr eigenes Gebiet zurückzieht. Wenn die Kirchlichgesinnten die nötige Begeisterung für ihren Glauben haben, so werden sie die Kirche auch erhalten; haben sie die Begeisterung aber nicht, so ist es nicht Aufgabe des Staates, sich darum zu kümmern. Wenn wir die Schulpolitik in wahrhaft kulturellem Sinne gehandhabt hätten, so würden wir heute wahrscheinlich großartige Früchte davon geerntet haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Man ist gegen die Polen scharf vorgegangen, und das Ende war, daß die Polen, wie der Reichszankler sich ausdrückte, sich kettenschnurartig vermehrten (Heiterkeit), und heute wissen wir, daß alle Maßregeln gegen die Polen genau das Gegenteil bewirkt haben von dem, was erreicht werden sollte. Diejenigen, die man schwächen wollte, hat man gestärkt, und diejenigen, die man stärken wollte, hat man geschwächt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Man sollte man meinen, der Reichszankler müßte sagen: Ich habe mich getrennt, es war eine solche Politik, die ich eingeschlagen habe. Der Reichszankler spricht aber von einer **R h i n o z e r o s h a u t**, die er sich zeitweilig anlege, und seine Polenpolitik macht fast den Eindruck, daß er mit eisernem Kopf gegen die Wand rennen will. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das „Deutsche Adelsblatt“ hat vor einer Reihe von Jahren geschrieben, daß die Polen glauben, daß Christus in ihrer Sprache gesprochen habe und daß sie mit ihm nur in polnischer Sprache verkehren können. Das ist das schärfste Desaveu, das das „Deutsche Adelsblatt“ den Konserwativen im Abgeordnetenhaus aussprechen kann. Gerade bei der Stellung, die Sie (nach rechts) dem Religionsunterricht zuweisen, die Sie den Religionsunterricht als die vornehmste Grundlage des gesamten Staatswesens hinstellen, müßten Sie, wenn Sie nicht ganz verbohrt wären (Heiterkeit; Zurufe rechts), dahin kommen, daß der Religionsunterricht in der Muttersprache erteilt wird. Ich wollte nur von den Konserwativen im Landtag sprechen. Ich meine, daß diese von ihrem Standpunkt aus den größten Fehler begehen, wenn sie sich dagegen wenden, daß der Religionsunterricht in der Muttersprache erteilt wird. Wir sind der Meinung, daß in kultureller Beziehung die Schule viel mehr leisten könnte und sollte, wenn der gesamte Schulunterricht in der Sprache erteilt würde, die die Kinder vom Mutterleibe an verstehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Gerade die staatserkhaltenden Parteien haben das größte Interesse daran, daß der Unterricht in der Muttersprache erteilt wird. Das war vor 100 Jahren noch etwas ganz Selbstverständliches. Herr von Altenstein hat im Jahre 1822 ausdrücklich darauf hingewiesen, daß der Religionsunterricht in der Muttersprache der Kinder erteilt werden müsse. Das war der Standpunkt der preussischen Kultur vor 80 Jahren. Wenn man aber die sonstigen damaligen Verhältnisse betrachtet, so könnte man meinen, daß Herr v. Studt in das Jahr 1822 gehört und Herr v. Altenstein in das Jahr 1900! (Heiterkeit.) Der reaktionäre Kultusminister v. Müller aus den sechziger Jahren steht in Bezug auf die Schule turnhoch über Herrn v. Studt von 1900. Die Liberalen haben doch damals sicherlich Herrn v. Müller als den reaktionärsten Menschen bezeichnet, aber er war ein Fortschrittsmann gegenüber Herrn v. Studt, mit dem die Nationalliberalen ein Volksschulgesetz gemacht haben. So setzen sich die Herren mit sich selbst in Widerspruch. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die ältesten Mitglieder dieses Hauses, zu denen Herr Büsing und ich gehören, haben in den vier Jahren an jener großen politischen Bewegung teilgenommen, die sich besonders begeistert für die Rückgewinnung von Schleswig-Holstein. Was uns aber am meisten in Erregung brachte, das war damals der infame Versuch der dänischen Regierung, den Deutschen in Schleswig-Holstein die Muttersprache zu nehmen! (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Das letzte damals alles in Flammen, so wenig einverstanden man auch mit der Politik Bismarcks war. Feindlich war die Stimmung, als es sich um die Auffrierung der Ostsee- und Provinzen, um die Unterdrückung der Deutschen in Ungarn, um die Unterdrückung der Italiener in Venedig und der Lombarden durch das damalige Oesterreich handelte. Wie haben unsere Liberalen da getobt! Heute aber, wo die Deutschen die gleiche Gewaltpolitik gegen die Polen einschlagen — ja, Bauer, das ist etwas anderes! (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten und den Polen.) Jetzt ist Ihr Urteil (zu den Nationalliberalen) ein ganz entgegengesetztes. Jetzt heißt es: Je scharfer gegen die Polen vorgegangen wird, desto besser.

Wir haben im Jahre 1870/71 Elsaß-Lothringen erobert. In den Jahren nachher führte mich meine Beschäftigung häufig nach Elsaß-Lothringen, und ich war überrascht, daß nach 20jähriger Zugehörigkeit zu Frankreich das elsassische Volk noch deutsch sprach. Aber daselbst elsassische Volk hat mit wahrer Begeisterung und Liebe an Frankreich geblieben. Das war nur möglich, weil die Franzosen die Eigentümlichkeiten der Elässer stets geschont haben und ihnen nie zu nahe getreten sind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Seit Ende des 17. Jahrhunderts haben die Elässer acht verschiedene französische Regierungssysteme durchgemacht, aber die großen Kultureroberungen, die ihnen die französische Revolution gebracht hat, haben sie nie vergessen. Auf allen Schlachtfeldern der Republik und des Kaiserreiches haben die Elässer und Franzosen gemeinsam gekämpft. Sie haben eine große Zeit gemeinsam erlebt, und das hat die Begeisterung für Frankreich im Elsaß so lange erhalten. Preußen ist aber stets

#### der allerfeindschlechte Germanisator

gewesen! (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Zu den wichtigsten Inponderabilien jeder Nation gehört die Muttersprache. Sehen Sie die kleine Schweiz an: drei Sprachen, deutsch, französisch und italienisch, werden dort gesprochen, und im Berner Nationalrat sind alle drei Sprachen vertreten. Jeder Vertreter der einzelnen Nation redet in seiner Muttersprache. Gemeinsam werden die Gesetze gemacht, und nichts von Feindseligkeit, von Rivalität ist zu merken. Jede Nation hat ihre eigene Schulverfassung, und frei und unabhängig — als Gleiche neben Gleichen — leben sie in voller Harmonie miteinander. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Sind wir wirklich ein großes Kulturvolk, dann ist es eine Schmach und eine Schande, wenn Deutschland es nicht versteht, die gleiche Parität zu gewähren wie die kleine Schweiz. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Dazu gehört kein besonderer Mut; es gilt nur, fremde Nationen nicht nach dem Recht des Eroberers zu behandeln, sondern ihnen die einfachsten Menschenrechte einzuräumen. (Erneuter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Es läge ja nahe für mich, auf die ganze Polenpolitik der preussischen Regierung einzugehen, aber ich will es unterlassen, all die Versuche zu besprechen, von denen jetzt die Rede ist. Schon wird die allgemeine Expropriation aller Polen vorgeschlagen. Schon macht die „Kreuzzeitung“ den Vorschlag, eine Zwangsauswanderung der Polen zu organisieren. Dabei brauchen wir so sehr Menschen, daß wir aus dem Auslande Galizier, Tschechen, Italiener, ja sogar **K u l i s** holen. Aber der Vorschlag der „Kreuzzeitung“ zeigt, daß selbst ihre e hartköpfigen Kreise begreifen, daß es auf dem bisherigen Wege nicht weiter geht.

Glauben Sie auf diesem Wege weiterschreiten zu müssen, so geben Sie ihn; er führt zum Verderben! Wollen Sie aber die Kultur fördern und eine wirkliche Kulturnation sein, dann legen Sie Hand an und schleudern Sie die ganze Polenpolitik in den Dreck. (Stürmische Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Träger (fr. Sp.): Weil eine Anzahl meiner Freunde die Poleninterpellation mit unterzeichnet hat, ist die katolische Presse ganz aus dem Häuschen. Sie spricht von schmachvollem Verhalten, Verlagen in nationalen Fragen und von Liebesdienst gegen die Polen. (Große Heiterkeit links.) Solche Redensarten können bei uns keinen Eindruck machen und sie stammen aus derselben Kumpelkammer, wie das Gerede von der Reichsfeindschaft. (Sehr wahr! links.) Niemand hat das Recht, an unserer patriotischen Gesinnung zu zweifeln, aber die Prüfung der Mittel, mit denen nationale Interessen verfolgt werden sollen, müssen wir uns in jedem einzelnen Falle vorbehalten. Es ist eine alte parlamentarische Courtoisie, Fraktionen, die nicht stark genug sind, um die Verprechung eines Gegenstandes herbeizuführen, die notwendige Anzahl Unterschriften zu stellen, falls man der Meinung ist, daß die Sache zur Sprache gebracht werden muß. Ich gebe auch der Rechten zu, daß die Besprechung der allgemeinen Polenpolitik nicht so recht zu unserer Kompetenz gehört. Wohl aber gehört die Frage zu unserer Kompetenz, ob der § 1686 verlegt ist, zu dem das preussische Fürsorgegesetz nur ein Ausführungs-gesetz ist. Sobald wir aber an eine solche Prüfung herangehen, dann schreit die Regierung und die Rechte immer: „Um Gotteswillen, rührt nicht an der Unabhängigkeit der Richter.“ (Heiterkeit und lebhaft Zustimmung links.) Vor Kabinettsjustiz herrscht bei uns leider keine ängstliche Scheu; (Sehr gut! links.) sobald aber die Volksvertretung eingreifen will, dann heißt es sofort: „Ihr wollt uns zumuten, die Unabhängigkeit der Richter zu bedrohen!“ So sind wir immer die armen Sünder. (Heiterkeit links.) Eine der höchsten Autoritäten, Geheimrat Bland, hat in seinem Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch ausdrücklich anerkannt, daß das Recht des Vaters in religiöser oder politischer Hinsicht oder die Einwirkung des Vaters auf sein Kind bei der Auslegung des § 1686 nicht in Betracht gezogen werden dürfe. (Sehr richtig! links.) Die Vorgänge im Reichstage bei Beratung dieses Paragraphen hat Herr Webel sehr richtig geschildert. In seinem süddeutschen Optimismus meinte damals Herr Weiber, solche Entscheidungen, wie sie befürchtet würden, dürften wohl nicht vorkommen. Aber in Preußen, dem Reiche der unbegrenzten Möglichkeiten, (Große Heiterkeit links) sind sie indirekt vorgekommen. Ein polnischer Vater hat seinen Kindern verboten, in der Religionsstunde deutsche Antworten zu geben, und ein Richter hat sich gefunden, der in seinem Geiste dieses Kind bereits zum Rebellen emporkommen sah und dem dem Mädchen wohl zugetraut hat, daß es als Jungfrau von Orleans sich bereit an die Spitze der polnischen Insurgenten stellen könnte. (Große Heiterkeit links.) Ich will nicht verteidigen, nicht anklagen. Die ganze Frage ist nur: Ist die Diktatur der Schule so groß, so widerstandslos, daß sowohl Kinder wie Eltern ohne Murren sich fügen müssen, oder steht den Eltern nicht das Recht der Kritik zu? Stellen Sie sich vor, daß im November oder Dezember der Schulunterricht ausfällt, weil die Kinder Epalier stehen sollen; es handelt sich vielleicht um die Einholung eines weit entfernt wohnenden Herrschers, (Heiterkeit) und die Kinder sollen bei der

Temperatur in diesen Monaten „Hurra!“ schreien. (Heiterkeit.) Wenn nun ein Vater sagt, dazu gebe er nicht seine Erlaubnis, weil die Kinder sich da erkälten könnten, so dürften nach der stattgehabten Auslegung des § 1686 die Kinder in Zwangsverziehung genommen werden. (Heiterkeit.) Wenn eine solche Strafe festgesetzt wird, so muß doch ein entsprechendes Vergehen der Eltern vorliegen. Vor allem aber müssen wir darauf hinweisen, daß die Beschwerde a u f s i e h e n d e Wirkung hat. Daß die Einbringung der Interpellation angebracht und daß es der Mühe wert war, die Sache von allen Seiten zu beleuchten, das hat der Verlauf der Debatte bewiesen. Wenn ich den Staatssekretär richtig verstanden habe, so hat er erklärt, daß die Anwendung des § 1686 in dieser Frage zu mißbilligen sei, und das genügt uns. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Ant.): Ich spreche nicht für alle meine Parteifreunde (Heiterkeit); die beiden Mitglieder des bayerischen Bauernbundes stehen auf einem anderen Standpunkte. Durch die Heranziehung des § 1686 des Bürgerlichen Gesetzbuches ist eine Form gefunden worden, um die Angelegenheit, für die der Reichstag nicht kompetent ist, hier zur Besprechung zu bringen. Wir bedauern, die Einbringung der Interpellation der Polen ist nicht aus religiösen, sondern aus politischen Gründen erfolgt. Aus religiösen Gründen hätten die Freisinnigen nicht in so großer Anzahl ihre Unterstützung für die Interpellation hergegeben. Wie bedenklich aber die Verhältnisse in den polnischen Landesteilen, besonders in der Provinz Posen sind, ist bekannt; diese Verhältnisse bilden eine Gefahr für ganz Deutschland. Die Frage steht so: Soll die deutsche oder die polnische Sprache triumphieren? (Stürmische Gelächter links.) Jahrtausende beweisen, daß Sie wenig von der Geschichte kennen, die nicht mit Jahrzehnten, sondern mit Jahrhunderten und Jahrtausenden rechnet. Unter den hervorragenden deutschen Männern finden sich solche mit polnischen Namen. (Rufe: Poddie! Poddie!) Ja, auch Herr v. Poddie! gehört dazu. (Stürmische Heiterkeit.) Auch Sie, meine Herren Polen, die Blüte Ihrer Nation, sind Germanisierungsprodukte. Seien Sie also dankbar gegen das deutsche Volk. (Stürmische Zurufe bei den Polen.) Mein teurer Herr Korfanty, Sie sind noch sehr jung und erlauben sich eine Sprache, die sich für Sie nicht eignet. (Abg. Hoffmann (Soz.): Alter schüßt vor Korfanty nicht! Stürmische Heiterkeit. Glöde des Präsidenten.) Der Schulstreik ist eine Vorbereitung zum Aufstand; er zeigt das Bestehen einer großen geheimen Verschwörung. (Schallende Heiterkeit und Zurufe.) Die guten polnischen Elemente wollen wir assimilieren, aber der Gewalt werden wir Gewalt entgegensetzen. (Bravo! bei den Antisemiten.)

Abg. Göttsch (fr. Sp.): Wir billigen den Schulstreik nicht. Aber entstanden ist er auf dem Boden der preussischen Polenpolitik. Lebhafte bedauern müssen wir, daß durch Ueberweisung von Kindern in Fürsorgeerziehung preussische Richter die Gesetze erstens ausgelegt, d. h. gar nicht a u s g e l e g t, sondern ihnen etwas untergelegt haben, woran die Gesetzgeber nicht entfernt gedacht haben. Was will man dadurch erreichen? Glaubt man, 40 000 Kinder in Fürsorgeerziehung überweisen zu können? Die einzige Lösung des Konflikts erblicken meine Freunde in der vollständigen Beseitigung des Religionsunterrichts aus der Staatschule. Die Verquickung von Kirche und Schule durch das neue preussische Schulunterhaltungsgesetz läßt die Verwirklichung dieser Hoffnung freilich entfernt erscheinen. Aber der Gedanke der Notwendigkeit der Beseitigung des Religionsunterrichts, der ausschließlich der Kirche zu überlassen ist, aus der Schule, bricht sich bis in die Reihen des Zentrums und der Rechten hinein Bahn. Gerade der Schulstreik zeigt diese Notwendigkeit aufs deutliche.

Abg. Müllinger (Elsaßler): Abgeordneter Webel hat mit Recht darauf hingewiesen und ich danke ihm dafür, daß die französische Regierung, als das Elsaß französisch war, gegen die deutsche Muttersprache in ähnlicher Weise wie vorgegangen ist. Das war aber kein Hindernis zur Eroberung der Herzen des elsassischen Volkes für Frankreich. In Bezug auf die Interpellation begrüße ich die Kinder, die ihr Recht so mutig verteidigen (Bravo!), ich begrüße die Eltern, die, weil sie ihr Recht nicht erhalten können, auf diese Weise vorgehen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Sorgen Sie für die Erhaltung der polnischen Sprache, damit werden Sie deutsche Herzen erobern.

Abg. Hansen (Däne): In Nordschleswig hat man früher Eltern interniert; die ihre Kinder zur Ausbildung in Pensionen nach Dänemark schickten! (Hört! hört! links.) Wir haben das Recht, unsere Nationalität zu bewahren wie die Deutschen in den russischen Ostseeprovinzen und die Sachsen in Siebenbürgen. Wenn wir aber das tun und unsere Kinder nach dem Gebote handeln: „Ehre Vater und Mutter“, so ist das ein Vergehen! Eine Witwe hatte ihren fünfzehnjährigen Sohn als Lehrling in eine dänische Druckererei geschickt, und es wurde ihr nicht nur das Recht der Erziehung dieses Sohnes genommen, sondern auch das der Erziehung von neun kleineren Kindern. (Plurim links.) Die Entziehung des Elternrechts ist nicht nur unchristlich, sondern auch ungesetzlich.

Ein Vertagungsantrag wird angenommen.

Persönlich bemerkt  
Abg. Korfanty (Pole) dem Abg. Liebermann v. Sonnenberg gegenüber, daß dessen Ausführungen und die „Hamburger Nachrichten“, auf die er sich bezogen hat, die düstern Blüthen deutschen Geistes seien.

Präsident Graf Balkefrem: Das war keine persönliche Bemerkung, sondern eine mehr oder minder sachliche Bemerkung. (Heiterkeit.)

Der Präsident schlägt vor, die nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr abzuhalten und auf die Tagesordnung zu setzen: Die Interpellationen Speid (R.) über die Verwendung von als Futtergerste bezollter Gerste für Brauwerke, sowie über die Ausfuhr von Eisen-erzen aus Schweden, ferner die Beratung der Generalakte von Algiciras.

Abg. Stychel (Pole) bittet, morgen die heutige Beratung an erster Stelle fortzusetzen, da die Polen bei der Debatte nicht zu Worte gekommen seien.

Abg. Singer (Soz.): Ich möchte diesen Antrag unterstützen, um den polnischen Mitgliedern Gelegenheit zu geben, wenigstens durch einen Redner bei der Debatte zu Worte zu kommen.

Präsident Graf Balkefrem: Bis zur Weihnachtspause haben wir nur noch sieben Sitzungen, in denen wir noch manches zu erledigen haben. Heute sind von allen Parteien Redner zu Worte gekommen, auch aus den Teilen des Vaterlandes, wo fremdsprachliche Einwohner leben. Ich glaube, die Sache ist gründlich besprochen. (Sehr richtig! rechts.) Ich bleibe bei meinem Antrage. Auch vom Zentrum, das eine Interpellation eingebracht hat, ist kein zweiter Redner zu Worte gekommen.

Abg. Stychel (Pole): Gegen die Zentrumsfraktion sind auch keine Anklagen erhoben worden, wohl aber gegen uns und gegen die polnische Nation!

Abg. Singer (Soz.): Ich muß dem Abg. Stychel beipflichten, daß weit über den Rahmen der Interpellation hinaus Anklagen und Vorwürfe gegen die polnischen Mitglieder geäußert sind, auf welche ihnen die Antwort zustehen muß.

Abg. Spahn (R.): Ich schlage vor, die Interpellationen über den Schulstreik als dritten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen.

Abg. Stychel (Pole) schließt sich dem an.  
Das Haus beschließt gegen die Stimmen der Rechten und Nationalliberalen demgemäß.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr.  
Schluß 7 Uhr.

## Parlamentarisches.

### Die Nachtragsetats in der Subkommission.

Die Subkommission des Reichstages trat gestern (Mittwoch) vormittag zusammen, um die Nachtragsetatsforderungen für Südwestafrika zu beraten. Herr Spahn trat „oppositionell“ und verlangte, daß am 1. März n. J. die Truppenzahl auf 2500 Mann herab- 1. März nächsten Jahres die Truppenzahl auf 2500 Mann herab- gesetzt werde; Herr Baasche befindet sich fast in „kriegerischer“ Stimmung. Ihm gefällt die ganze Sache nicht, selbst er beinahe



Unterstaatssekretär für die Kolonien geworden wäre. An Stelle des Draufgängers v. Deimling hat sich die Regierung in diesem Jahre einen Jüdischen als Sachverständigen beschreiben: den Gouverneur v. Lindequist, der der Kommission phantastische Zukunftsbilderchen vormalte. Dabei spielten allerdings bedenklich viele „Wenn“ und „Aber“ eine Rolle. 8000 Soldaten müssen noch in der Kolonie bleiben — natürlich, wovon soll die Kolonie leben, wenn die Milchkuh, das Militär, von dannen zieht? Momentan sind, wie der Gouverneur gestand, die wirtschaftlichen Aussichten der Kolonie sehr traurig. Aber „alles wird sich zum besten wenden“, wenn der Reichstag Geld bewilligt; heidenmäßig viel Geld, für Bahnen, Wohnungen usw. Im Norden ruhen „wahrscheinlich“ große Kupferlager im Schoße der Erde — ein Spindkat will die Schätze heben. Kohle hat man an zwei Stellen gefunden, „vermutlich“ sehr gute Kohle und — Surra! — ein Lager hat vor einigen Jahren sogar „einen“ Diamanten gefunden! Seinen Fund hatte er verschwiegen, weil er die Weihen fürchtete. Bereits hat sich ein Mann mit einer baren Million gemeldet, ebenso ein englisches Spindkat, um nach Diamanten zu graben. Nur müsse das Reich Bahnen und andere Verkehrswege bauen, sonst werde aus den schönen Unternehmungen nichts werden. Für den Farmbetrieb ständen 700 000 Quadratkilometer Land zur Benutzung; 7000 Farmer könnten sich schon ansiedeln, später, nach besserer Lösung der Wasserfrage, auf der gleichen Fläche viel mehr. Uebrigens sei die Wasserfrage zum Teil schon gründlich gelöst in — der englischen Kapkolonie, wo schon im Jahre 1904 mit Hilfe der Bohrungen eine tägliche Wassermenge von 425 Millionen Liter gewonnen werden konnte. Wenn wir erst energisch mit Bohrungen losgehen, dann wird wohl alles zu Wasser werden! Aber auch sonst: frohe Zukunft, segensreiche! Luzerne (ein Viehfutter) könne man jährlich sechs- bis achtmal schneiden, sämtliche in Deutschland gebauten Gemüsesorten in Südafrika kultiviert werden; sogar der Weinbau und Obstplantagen würden sich lohnen. „Windrufer Ausbruch“ und „Waterberger Blinchen“! Ein Profit dem Vaterland! Während des Aufstandes haben sich die Strauße enorm vermehrt; ihre Zucht werde ein lukratives Unternehmen werden. Bereits haben sich auch Leute gemeldet, die den Viehexport betreiben und eventuell Konjunkturfabriken anlegen wollen. Nur das liebe Rindvieh fehlt noch, das exportiert werden soll; denn der Krieg und die Rinderpest haben unter den gehörnten Vierfüßlern entsetzlich gehauet. Auch von den Erfolgen mit der Wäpplerrute hat sich der Gouverneur überzeugt; die lomsche Gemeinde dieser Gläubigen ist somit um ein gewichtiges Mitglied reicher geworden. Lindequist's Glauben stützt sich auch darauf, daß ein so altes preussischer Landrat, wie Herr v. Hlar, doch nichts unternehmen werde, was ihm eine Blamage eintragen könnte! Ein preussischer Landrat und sich blamieren! Einfach undenkbar! So was gibt's ja gar nicht! Also: Schöne Dinge können wir in Südafrika erleben, aber — Geld, Geld und nochmals Geld ist notwendig, das war der langen Rede harter Sinn. Das werden ja saftige Rechnungen, die dem Reichstag noch präferiert werden. „Machen wir!“ wird Excellenz Dernburg sagen.

#### Aus der Wahlsprüngskommission.

Zunächst befahl die Kommission mit der Feststellung der Verichte über die Wahl Pauli-Potsdam und Raab-Schweseg-Schmalenbach; die erste ist bekanntlich für gültig, die letztere für ungültig erklärt. — Darauf schritt die Kommission zur Prüfung der Wahl Warbeds (freisinnig) im Wahlkreis Erlangen-Fürth, die am 20. Juli 1905 stattgefunden hat, nachdem die Wahl von 1903 für ungültig erklärt worden war. Es wurden bei der Nachwahl 28 050 Stimmen abgegeben; davon erhielt Warbed 14 426 St., Segny (Sozialdemokrat) 13 624 St. Segny die Wahl ist ein Protest sowie ein Gegenprotest rechtzeitig eingereicht worden. Der Protest behauptet eine Anzahl gesetzlicher Verstöße: Verbot des Anschlags eines Plakates, Abgabe von Auszügen aus den Wählerlisten zum Schleppdienst, Agitation Beamter zugunsten Warbeds, Auflegung von Stimmzetteln für Warbed im Wahllokal, gegenwärtig verbotene Eröffnung der Wahlhandlung usw. — Verstöße, die, soweit sie als erheblich erklärt werden, doch nicht zu einer Ungültigkeitserklärung der Wahl führen würden. Deshalb beschloß die Kommission, die Wahl Warbeds für gültig zu erklären.

Dann gelangte die Kommission zur Prüfung der Ergebnisse der Beweiserhebungen bezüglich der Wahl Scherres (konservativ), Wahlkreis Sangerhausen-Saatzberga, wo Kaufleute mit der Unterstützung des Landrats für Scherre verteilt worden sind! Bei den Vernehmungen habe sich nach Auffassung der Kommissionsmehrheit herausgestellt, daß diese Unterstützung ohne Wissen und Willen des Landrats unter das Flugblatt gekommen ist und daß diese Flugblätter bis auf wenige wieder abgeholt worden sind. — Auch die weiteren Ergebnisse der Beweiserhebung veranlassen die Mehrheit der Kommission, die Wahl Scherres für gültig zu erklären. —

#### Die Petitionskommission des Reichstages

befähigte sich am Mittwoch mit mehreren Petitionen, betreffend die Förderung internationaler Schiedsgerichtsverträge. Nachdem der Regierungskommissar darauf hingewiesen hatte, daß das Deutsche Reich solche Verträge, z. B. mit England, bereits abgeschlossen habe, daß ferner in den Handelsverträgen auf die Erzielung von Streitigkeiten durch ein internationales Schiedsgericht hingewirkt worden sei, Deutschland auch bereits zweimal an das Haager Schiedsgericht appelliert habe, beschloß die Kommission, die Petitionen dem Reichstagskanzler als Material zu überweisen. — Eine Petition fordert, daß dem „Berliner Friedensbureau“ vom Deutschen Reich jährlich 1000 Mark als Subvention überwiesen werden. Die Kommission beschloß: Uebergang zur Tagesordnung. Derselbe Beschluß wurde gefaßt bezüglich einer anderen Petition, welche die Interessen der Staatsgläubiger durch internationale Verträge bzw. Schiedsgerichte zu wahren vorschlug.

Mehrere Petitionen fordern die Beseitigung des Impfungzwanges, eventuelle Abänderung der gesetzlichen Bestimmungen in dem Sinne, daß Eltern, die sich weigern, ihre Kinder impfen zu lassen, wegen desselben Vergehens gegen das Impfgesetz nicht wiederholt bestraft werden dürfen, wie es leider häufig geschieht. —

Abg. Dr. Rugban (fr. Sp.) trat für die Forderung der Retenten ein. Abg. Dr. Mugban (fr. Sp.) hält die Klagen der Impfgegner für unbegründet.

Abg. Thiele (Soz.): Die Freunde der Zwangsimpfung hätten nachzuweisen, daß die Zwangsimpfung einen wirklichen Nutzen bringe. Abg. v. Gerlach (fr. Sp.) vertritt die Ansicht, daß den ärztlichen Gutachten zugunsten der Zwangsimpfung zuzufügen, den aus denselben Kreisen kommenden Erklärungen gegen die Zwangsimpfung aber zu wenig Wert seitens der Regierung beigelegt würde.

Der Regierungskommissar weist auf die Entstehung des Impfgesetzes hin: Zu Anfang der sechziger Jahre seien in Deutschland in zwei Jahren 25 000, im vorigen Jahre nur noch 30 Todesfälle an Pocken vorgekommen. Die Zwangsimpfung sei ein großer Segen für die deutsche Bevölkerung.

Bei der Abstimmung lehnte die Kommission einen vom Abg. Thiele (Soz.) gestellten Antrag, die Petition dem Reichstagskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen, gegen acht Stimmen ab. Ein Antrag Wattenberg (Soz.) auf Ueberweisung zur Erwägung wurde ebenfalls gegen 11 Stimmen abgelehnt. — Mit 13 Stimmen wurde Uebergang zur Tagesordnung beschlossen.

## Soziales.

Wie Renten durch das Reichsversicherungsamt erspart werden. Auffallend ist, wie wiederholt von und betont, daß nach den Ergebnissen der vom Reichsversicherungsamt veröffentlichten Statistik seit Jahren die Zahl der Renteneempfänger, die als vollständig erwerbsunfähig gelten, absolut und prozentual zurückgegangen ist. Es ist darauf im Reichstage seitens der sozialdemokratischen Redner immer hingewiesen worden, daß die Spruchpraxis am Reichsversicherungsamt sich dahin wendet, nur in außer-

ordentlich seltenen Fällen, man könnte behaupten, nur dann, wenn der Arbeiter schon zu einem völligen schweren Siechtum übergegangen ist, die Vollrente zu gewähren. Als abermaliger Beweis hierfür mag folgender Fall, der sich vor einigen Tagen am Reichsversicherungsamt unter dem Vorsitz des bekannten Geheimrates Friedensburg abspielte, dienen:

Der Arbeiter Franz Pormollik erlitt am 20. Februar d. J. in dem Betriebe der Bereinigten Königs- und Laurabütte dadurch einen Unfall, daß er durch Sturz vom Dach sich einen komplizierten Schädelbruch und eine Verletzung des rechten Handgelenks zuzog. Als Unfallfolge wurde von Herrn Sanitätsrat Dr. Hartmann nach monatlicher Behandlung des Verletzten im Krankenhaus festgestellt, daß infolge eines komplizierten Schädelbruchs die Schädeldecke ein Loch in Größe eines Fühnerreifes aufwies. Nach langen Versuchen war es schließlich möglich, eine Deckung der Öffnung durch die äußere Kopfhaut zu erzielen. Das rechte Handgelenk war vollständig versteift und die Hand zu jeder Erwerbstätigkeit unbrauchbar, da die Finger nicht beweglich, nur zwei Finger in mäßigem Grade beugungsfähig waren.

Dieser ärztliche Sachverständige hält den Verletzten sofort nach monatlicher Behandlung im Krankenhaus für 20 Proz. erwerbsfähig. Ein anderer Arzt, der den Verletzten im Krankenhaus behandelt hatte, schildert den Zustand desselben wie folgt:

„Die Verletzung des P. war eine außerordentlich schwere, das Schädeldach war in großer Ausdehnung zertrümmert, scharfe Knochen splitter hatten die harte Hirnhaut zerrissen und waren tief in das Gehirn eingedrungen. Die Knochenstücke wurden wieder regelrecht zusammengefügt, es gelang aber nicht, sie zur Einheilung zu bringen, da sich eine Eiterung einstellte, welche große Partien des Gehirns zerstörte. Infolge von Verschleppung giftiger Keime durch das Blut entstanden schwere eitrige Entzündungen des rechten Handgelenks, denen mehrere Handwurzelknochen und die Strecksehne des Ringfingers zum Opfer fielen. Das Handgelenk wurde deshalb steif und erlangte auch durch die lange fortgesetzte medikamentöse Behandlung keine nennenswerte Beweglichkeit wieder. Ueber der großen Knochenlücke im Schädeldach schloß sich Haut in einer breiten Narbe und verwauchs hierbei direkt mit dem an dieser Stelle von der harten Hirnhaut entblößten Gehirn.“

Der ärztliche Sachverständige kommt schließlich nach ausführlicher Schilderung des Gesamtzustandes des Mannes zu folgendem Ergebnis:

„Daß P. keine Arbeit mehr findet, ist wahrhaftig kein Wunder; wer will den armen Krüppel beschäftigen, der an seiner rechten steifen Hand nur zwei gebrauchsfähige Finger hat, dem das Gehirn aus einer 3 Zentimeter breiten und 7 Zentimeter langen Lücke im Schädeldach bei jedem Senken des Kopfes herausquillt, nachdem ihm ein fast häßlicher Teil des Gehirns mit samt der bedeckenden Gehirnhaut herausgeheitert ist? Glaubt man denn im Ernst, daß P. noch arbeiten könne, weil er herumgehen kann und rote Waden hat? Ein Glück für ihn, daß ihn niemand zur Arbeit annehmen will; das durch längere wenn auch leichtere Beschäftigung angeknagte und durch öfteres Waden geretzte Gehirn würde bald mit epileptischen Anfällen reagieren. Man gönne doch dem armen Menschen das bisherige Gesundheitszustand, was ihm bis jetzt noch geblieben ist, und gewähre ihm die wohlverdiente Vollrente, ehe ihn Nahrungsmangel gänzlich ruiniert. Solange nicht auf operativem Wege eine Besserung in dem Zustande P. geschaffen wird, muß er als vollkommen erwerbsunfähig betrachtet werden.“

Diese bewegte Klage des Arztes über den Zustand des Mannes löste in der bekannten Weise bei dem Herrn Geheimrat Friedensburg nur ein Lächeln aus. Solche Argumente haben auf ihn jeden Eindruck verfehlt und er entschied deshalb auch, daß dem Mann noch für eine längere Zeit nach dem Unfall die Vollrente zu gewähren sei, dann aber nur 80 Proz. Rente genügend seien. Der Antrag des Vertreters vom Arbeiterssekretariat, wenigstens noch einen anderen Gutachter in der Sache zu hören bei der widersprechenden Beurteilung, wurde schlanke abgelehnt. Das ist die Art, in der vor dem Senat des Herrn Friedensburg Arbeiter mit ihren berechtigten Rentenansprüchen abgefertigt werden. Darf man sich dann wundern, wenn die Zahl der Vollrentner zurückgeht, wenn diesem elenden Krüppel zugemutet wird, er besäße noch ein Fünftel der Arbeitsfähigkeit, über die er in gefunden Tagen verfügte?

Das Reichsversicherungsamt, das unter Vorsitz des Präsidenten Voediker mit Recht des Rufes sozialen Empfindens sich rühmen durfte, darf bei solcher antisozialen und dem Zweck des Gesetzes diametral entgegenstehenden Urteilung sich nicht wundern, daß einzelne seiner Senate, allen voran der Friedensburger, in Arbeitereisen bereits als Renten-Oberquellsthanfalten bezeichnet werden. Und von „sozialer Fürsorge“ sprechen gerade am lautesten die Herren, deren Spruchpraxis von den Arbeitern als eine gegen ihre durch schwere Beiträge wohlverworbene Rechte gerichtete mit Recht empfunden wird.

## Gerichts-Zeitung.

### „Dittengezücht.“

Vom Landgericht Deuthen (S.-Schl.) ist am 25. April der Kantbeamte Adalbert Sikora in Grempla wegen Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Schulordnung der Regierung zu Opfern zu einer Geldstrafe verurteilt worden. Er hat als Redakteur des „Polak“ den von einem unbekanntem Verfasser herrührenden Artikel „Dittengezücht“ zum Druck gegeben. Darin wird zur Verhinderung des Systems der Ausrottung der polnischen Sprache aufgefordert — Die Revision des Angeklagten wurde am Dienstag vom Reichsgericht verworfen.

### Ein entarteter Mensch.

Zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe ist am 18. Oktober vom Schwurgericht Oels der Rührerjunge Wilhelm Draga verurteilt worden. Er hat am 10. März 1905 ein 11jähriges Mädchen gewalttätig geschlechtlich gemißbraucht und zwar derart, daß der Tod des Kindes eintrat. — Die Revision des Angeklagten, welcher behauptete, er sei bei Begehung der Tat sinnlos betrunken gewesen und der Staatsanwalt habe die Zeugen durch Kreuzfragen beeinflusst, wurde am Dienstag vom Reichsgericht verworfen.

Genau dasselbe schändliche Verbrechen ohne die tödliche Folge hat nach der vom Kolonialsekretär angegebenen Darstellung der laifertliche Beamte a. D. Schmidt mehrfach in den Kolonien verübt. Er blieb unbefragt, weil — man nicht „feststellen“ konnte, daß die gemißbrauchten Kinder unter 14 Jahren alt waren. Und das Zentrum verschwieg (bis auf den Abg. Noeren) diese Verbrechen und war mit dieser Straflosigkeit eines Beamten, dessen Gehalt es aus der Tasche des Volkes bewilligt hatte, einverstanden.

## Verfassungen.

Zwei große öffentliche Versammlungen hätte dieser Tage die Berliner Jugendorganisation einberufen, die sich einer starken Beteiligung erfreuten. Auch waren ein gut Teil Erwachsener erschienen. In der Versammlung für den nördlichen Stadteil, im „Kolberger Salon“ referierte Dr. Broch, in der für den südlichen Teil, in Habels Brauerei Simon Rahensein über: „Der Kampf der freien Jugendorganisation um Anteilnahme an den Gütern der Kultur“. Recht eingehend würdigten die Redner die erzieherische Tätigkeit des Jugendvereins. Die Jugend soll gehalten werden zum selbständigen Denken und Handeln, um selbst einen Platz an den Kulturgütern erkämpfen zu können. Sie soll begeistert werden für hohe Ideale, um furchtlos und opferfreudig mit jugendlichem Mut und Unerfahrenheit für die wahren Menschenrechte einzutreten. — An der Diskussion beteiligten sich

charakteristischweise nur Jugendliche. Sie schilderten die Mängel ihrer Lohnverhältnisse. Mehrere führten bitter darüber Klage, daß sie nicht nur von den Meistern, sondern leider auch von erwachsenen Arbeitern ihrer Zugehörigkeit zur Jugendorganisation wegen schikaniert werden. Gewöhnlich seien dies ja sogenannte „Nichttaucher“. Ein Beispiel wurde sogar von einem Arbeiter beim Meister denunziert, daß er der Jugendorganisation angehöre. Dadurch habe er viel Schimpereien und sogar Mißhandlungen zu erleiden. Die Versammlungen brachten der freien Jugendorganisation eine weitere stattliche Anzahl Mitglieder.

Verband der Freigelehrten Deutschlands. (Zweigverein Berlin und Vororte.) Versammlung am 6. Dezember, abends 9 1/2 Uhr, Rosenhagenstraße 11/12. Erscheinen unbedingt notwendig.

## Vermischtes.

Eine groteske Elefantenjagd erlebte die Bevölkerung von Cincinnati (Ohio) am Sonnabendnachmittag. Basil, der älteste Elefant im Zoologischen Garten, hatte zur Feier seines 95. Geburtstages ein außerordentlich reiches und schmackhaftes Frühstück erhalten. Während er sich damit beschäftigte, es zu verzehren, sah ihn ein anderer Elefant, der sich offenbar zurückgelehnt fühlte, in den Schwanz, woraus eine Blutvergiftung entstand. Es wurde sofort ein Arzt geholt, und dieser riet zur Amputation des Schwanzes, die auch von einem Tierarzt ausgeführt wurde. Basils Aufmerksamkeit wurde durch Vorhütung eines Haufens Früchte abgelenkt, und seine Unachtsamkeit wurde dann benutzt, um ihn an allen vier Beinen mit Ketten an den Boden zu fesseln. Er ließ sich das auch ruhig gefallen, und nur, als der Arzt mit schnellem Schnitt den Schwanz von der Wurzel trennte, machte Basil seinen Gefühlen durch lautes Krampfen Luft. Das schlimmste kam jedoch erst noch. Mit einem rotglühenden Eisen brannte der Arzt die Wunde aus, und das war zu viel. Mit einem einzigen gewaltigen Ruck riß Basil die Ketten von ihren Haltern und dann wandte er sich gegen seine Feinde, die schleunigst die Flucht ergriffen. Er brach die Mauer nieder und machte sich dann auf in die Stadt, gefolgt von vier anderen Elefanten, die ebenfalls ihre Fesseln zerbrochen hatten. In den Straßen entlang eine Panik, als die Elefanten dort erschienen. Alle Fußgänger flüchteten in die Häuser und viele Pferde jagten vor Furcht unlenkbar, die Straßen hinunter. Nach vierstündiger Verfolgung, an welcher sich Hunderte von Personen beteiligten, wurden die Elefanten glücklich wieder eingefangen.

Der Rhein im Steigen. Der Rhein ist, wie aus Köln gemeldet wird, in fortwährendem Steigen begriffen; seit gestern vormittag ist er wieder um 20 Zentimeter gestiegen, so daß die Rheinhöhe jetzt 2,2 Meter beträgt.

Eine Panik im Theater. Bei der gestrigen Abendvorstellung im Tamedorater Stadttheater entstand durch das Ausfallen mehrerer Kulissen eine große Panik. Mehrere Personen wurden im Gedränge mehr oder minder schwer verletzt. Die Vorstellung mußte abgebrochen werden.

Opfer der Arbeit. Bei der neulichen Explosion im Tunnel unter dem Gestrübe zu New York sind nach den nunmehr beendeten Feststellungen insgesamt 17 Arbeiter getötet oder schwer verletzt worden.

Ein Dammbuch in Arizona. Ein Telegramm aus Clifton (Arizona) meldet, daß durch einen Dammbuch etwa die Hälfte der Stadt zerstört und achtzehn Personen ums Leben gekommen seien.

Aus Wild-West. 300 Herrliche und maskierte Männer besetzten am Sonntag in den frühen Morgenstunden die Fabrikanlagen des Lokomotivfabrikanten in Princeton (Kentucky) und zerstörten sie, um ihrem Protest gegen die Kräfte fühlbaren Ausbruch zu geben. Die Männer, unter denen viele bekannte Farmer und Pflanzler waren, ritten um 2 Uhr morgens in Princeton ein, nahmen alle Polizisten gefangen und entwaffneten sie, durchschnitten die Telefon- und Telegraphendrähte und steckten dann die Truffabriken in Brand. Um den brennenden Gebäudedeckel zogen die Reiter eine Glodabelinie, durch die sie niemand, auch die Feuerwehr nicht, hindurchließen. Nachdem die Flammen sich so weit entwickelt hatten, daß an ein Löschen nicht mehr zu denken war, rückte die Reiter-schar unter Absicherung zahlreicher Gewehr- und Revolvergeschosse ab. Der Feuerwehr gelang es dann, die benachbarten Gebäude vor dem Feuer zu schützen, von den Fabrikanlagen war jedoch nichts mehr zu retten.

Amerikanische Bahnen. Nach statistischen Aufstellungen, die soeben veröffentlicht werden, wird die Zahl der im Jahre 1906 auf den amerikanischen Bahnen beförderten Personen auf 800 Millionen, die Frachtmenge auf 1610 Millionen Tonnen berechnet. Dem steht eine Verlustliste gegenüber, laut welcher im letzten Rechnungsjahr auf den amerikanischen Bahnen 9703 Personen getötet und 86 008 verletzt wurden.

### Witterungsübersicht vom 5. Dezember 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere-höhe mm	Wind-richtung	Windstärke	Temperat. in °C	Stationen	Barometere-höhe mm	Wind-richtung	Windstärke	Temperat. in °C
Swinemünde	752	SEB	3bedest	-1	Haparanda	741	N	2wollig	-22
Hamburg	748	SE	5Regen	4	Petersburg	748	WS	2wolllin	-9
Berlin	754	SE	3bedest	-1	Scilly	763	WS	6bedest	10
Frankfurt a. M.	756	SE	4Regen	5	Aberdeen	742	WS	4heiter	3
München	761	SE	5bedest	3	Paris	756	SE	3bedest	10
Wien	761	SE	2wolllin	2					

### Wetterprognose für Donnerstag, den 6. Dezember 1906.

Ein wenig wärmer, veränderlich, vorwiegend trübe mit Niederschlägen und ziemlich starken westlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 5. Dezember. Elbe bei Ruffsch — 1,00 Meter, bei Dresden — 0,83 Meter, bei Magdeburg + 1,52 Meter. — Unstrut bei Straußfurt — 1,00 Meter. — Oder bei Aglitz + 1,70 Meter. — Rheinhöhe + 2,04 Meter. — Oder bei Brieg + 2,56 Meter. — Oder bei Breslau Unterpegel — 0,48 Meter.

# INSERATE

für die nächste Nummer müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags des vorherigen Tages in unserer Expedition abgegeben werden.

Größere Anzeigen für die Sonntags-Nummer erbiten dagegen schon bis Freitag nachmittag 5 Uhr, da nur in diesem Falle die Aufnahme garantiert werden kann.



# A. WERTHEIM

## HERREN- UND KNABEN-GARDEROBE

Winter-Paletots marengo Cheviots 28 Mk.  
 Loden-Joppen dunkelgrau und oliv gefüttert 6.90 Mk.  
 Beinkleider besonders dauerhafte Qualitäten, Streifenmuster 7.20 Mk.  
 Schlafröcke dunkelgraue Velours mit Tuch und Schnur-Besatz 17 Mk.  
 Phantasie-Westen neue dunkle Muster 5.90 Mk.

Blusen-Anzüge blaue und farbige Stoffe  
 für ca.  $\frac{2-4}{5.20}$   $\frac{5-7}{6.20}$   $\frac{8-10}{7.50}$  Jahre

Knaben-Winter-Joppen grau u. oliv mellert, Lodenstoff, gefüttert, für ca. 9-14 J. 3.85  
 Knaben-Beinkleider schwerer Winter-Cheviot, für ca. 3-9 Jahre 1.75

## HERREN-HÜTE, KRAWATTEN etc.

Herren-Oberhemden mit Pikee-Falten-Einsatz, ungewaschen 3.25, mit Manschetten 3.60 Mk.  
 mit Leinen-Einsatz 3.50, mit Manschetten 4.50 Mk.  
 Herren-Kragen Leinen 4 u. 5fach, moderne Façons 5.40, 8.40 Mk.  
 Herren-Manschetten Leinen 6 Mk., 9.60 Mk.

Herren-Serviteurs glatt 65 Pf., mit Falten 1.25  
 Herren-Serviteurs glatt, lang 50, 75 Pf.  
 Herren-Krawatten Selbstbinder, neue Dessins 65 Pf., 1.25 Mk.  
 Rogatten, neue Dessins und Formen 75 Pf., 1.25 Mk.  
 Schleifen, neue Dessins und Formen 35, 75 Pf.  
 Zylinderhüte moderne Formen 8.75, 11.75 Mk.

Herren-Hüte steife Formen 2.25, 3.75, Haarfilz 4.25, 6.50 Mk.  
 Herren-Hüte weiche Formen 2.50, 3.75, Haarfilz 4.75, 6.50 Mk.  
 Spazierstöcke mit Silber- und Goldeinlage in grosser Auswahl.

## TRIKOTAGEN UND STRÜMPFE

Damenstrümpfe gestrickt, Wolle plattiert, schwarz 70 Pf.  
 Damenstrümpfe Wolle gewebt, engl. Lg., schwarz 75 Pf., 1.30, 1.95 Mk.  
 Damenstrümpfe gestrickt, reine Wolle, schwarz, deutsche Länge 1.10, 1.50 Mk.  
 Herrensocken gewebt, reine Wolle, schwarz od. naturfarbig 75 Pf., 1.20 Mk.  
 Herrensocken gestrickt, mellert, Wolle plattiert 45 Pf.  
 Herrensocken reine Wolle 85 Pf., 1.25 Mk.  
 Grosse Umschlagetücher 3.25, 4.50, 6.50

Kinderstrümpfe 1x1 gestrickt passend für das Alter von Jahren:  
 reine Wolle Ia Qualität  $\frac{1-2}{70}$   $\frac{3-4}{80}$   $\frac{5-6}{95}$  Pf.  $\frac{4-5}{1.10}$   $\frac{6-7}{1.20}$   $\frac{7-8}{1.30}$   $\frac{8-10}{1.40}$   $\frac{10-12}{1.55}$   $\frac{12-15}{1.65}$   $\frac{12-15}{1.75}$   
 Barchent-Damenröcke gestreift mit Volant 1.85, 2.50  
 Trikot-Damenröcke gefüttert 2.25 Mk.  
 Damen-Plaids reine Wolle, in grosser Muster-Auswahl 2.40, 3.60, 5.25  
 seidenweiche Qualitäten 7 Mk., 9.75, 14 Mk.

## SCHUHWAREN

Damen-Knopf- und Schnürstiefel Box-Calf 8.25, 11.50 Mk.  
 Chromleder 8.75, Chevreaux 12 Mk.  
 Damen-Hausschuhe rotes Chagrinleder mit Filzfutter und Absatzfleck 3.50 Mk.  
 Kinder-Rossleder-Schnürstiefel No. 27-30 4.75, No. 31-35 5.25 Mk.  
 Kinder-Hausschuhe rotes Chagrinleder mit Filzfutter und Absatzfleck No. 24-29 2.25, No. 30-35 2.90 Mk.

Knaben-Schnürstiefel Rossleder 6.50, Box-Calf 8 Mk.  
 Herren-Schnürstiefel Rossleder 7.75 Mk.  
 Box-Calf 10.50, 12 Mk., 13.75 Mk.  
 Herren-Schnürstiefel Chevreaux 14.50  
 Herren-Zugstiefel Box-Calf 13.75 Mk.  
 Herren-Zugstiefel Rossleder 7.35 Mk.  
 Filz-Pantoffeln mit Filzsohle für Kinder für Damen für Herren No. 17-30 31-35 36-42 43-46 65 Pf. 70 Pf. 90 Pf. 1.10

Filzschuhe mit Filzsohle für Kinder für Damen für Herren No. 26-30 31-35 36-42 43-46 95 Pf. 1.20 1.40 1.85 1.75  
 Filzschuhe mit Filz- und Ledersohle für Kinder für Damen für Herren No. 26-30 31-35 36-42 43-46 1.30 1.40 1.85 2.75 2.35  
 Filz-Schnallenstiefel mit Filz- und Ledersohle und Absatzfleck für Kinder für Damen für Herren No. 24-29 30-35 36-42 43-46 2 Mk. 2.35 2.85 3.35 Mk.

**Besondere Gelegenheit!**

Harburger Gummischeuhe für Kinder für Damen für Herren No. 27-30 31-35 1.70 2.10 2.35 3.10 3.90  
 Kinder-Box-Calf-Schnürstiefel breite Form 5.35 5.90 Mk.

IM GESCHÄFTSHAUSE LEIPZIGER STRASSE NEUE SPEZIAL-ABTEILUNG FÜR

## AMERIKANISCHE SCHUHWAREN

ALLEINVERKAUF DER FIRMA HAMILTON, BROWN SHOE Co., ST. LOUIS

DAMEN-STIEFEL 14 Mk., 15.50 | HERREN-STIEFEL 17.50 Mk.

## PHOTOGRAPHISCHE ATELIERS

ORIGINAL-AUFNAHMEN UND REPRODUKTIONEN  
 AUFNAHMEN VON 8 BIS 8 UHR. VERGRÖSSERUNGEN NACH JEDEM BILDE.



Zum preussischen Parteitag

nahmen am Dienstag die Genossen von Berlin in sechs großen Versammlungen Stellung, wobei gleichzeitig die Wahl der Delegierten vorgenommen wurde. Zwei Versammlungen beschäftigten sich außerdem noch mit dem Gesetzentwurf betreffend die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, wobei man zu einer einmütigen Ablehnung dieses Entwurfes kam.

Der Verlauf der Versammlungen war im einzelnen folgender:

Erster Wahlkreis.

Der Wahlverein des ersten Kreises versammelte sich in Dräfels Festhale. Ueber das Thema „Der preussische Parteitag“ referierte Genosse Dypel. Er wies darauf hin, daß die Genossen über die Bedeutung der Preusentage sich anlässlich der Diskussionen über das Landtagswahlrecht wohl zur Geringfügigkeit ausgesprochen haben. Um die Organisation zu kräftigen und zweckentsprechend zu gestalten, wird dem Parteitag ein Entwurf vorgelegt, den man in den Jahrlabenden der Berliner Genossen schon vielfach diskutiert hat und den man zur Annahme nur empfehlen kann. Ueber die bisherige Tätigkeit des preussischen Landtags und das Wahlrecht in Preußen wird Genosse Adler-Kiel sprechen. Genosse Dypel machte darauf aufmerksam, wie die Forderung immer lauter erhoben werde, daß die Arbeiterschaft eine Vertretung im Landtage habe, die ihre Interessen wahr. Sicher werden die Wahlrechtsdemonstrationen vom Parteitage eingehend erörtert werden mit Rücksicht auf die Frage: Was muß weiter geschehen, um das Wahlrecht zu erobern? Die Demonstrationen müssen energisch wiederholt oder andere Mittel und Wege ausfindig gemacht werden, um zum Ziele zu gelangen. Sobald die ersten Sozialdemokraten ihren Einzug in den Landtag halten, ist die Agitation für das allgemeine Wahlrecht bedeutend erleichtert, und durch die Aenderung der Wahlkreiseinteilung ist vielfach Aussicht geboten, einen Anfang damit zu machen. Genosse Dypel empfahl, daß bei dem zweiten Punkt der Tagesordnung: Der polnische Schulstreik eingehend gewürdigt werden sollte, wozu Genosse Adler als Kenner der Dänenpolitik Preußens der geeignete Mann wäre, denn mit den Polen würde es gemacht wie mit den Dänen, sie sollen mit Gewalt preussisch werden. Durch eine bestimmte Stellungnahme der Partei lasse sich die Agitation in der polnischen Bevölkerung fördern, und diese Gelegenheit solle man nicht veräumen. — Drittens steht die Lage der Staatsarbeiter in Preußen zur Beratung. Referent Legien wird Gelegenheit haben zu zeigen, wie der Staat seine kleinen Beamten und Angestellten bezahlt und behandelt. Zum 25-jährigen Jubiläum der Sozialreform und im Erinnerungsjahre 1906 wird das besonders interessant sein. — Der vierte Punkt der Tagesordnung heißt: Die Landtagswahl 1908; Berichterstatter Genosse Kronz. Da wird es gelten, Kritik an dem Verhalten der bürgerlichen Parteien zu üben und die eigene Taktik festzulegen. Zu beachten ist die Fortwirkung der Reichstagswahlen auf die Wahlen zum Landtage 1908. Als Ganzes wird der Preusentag eine gute Förderung und Anregung zur Agitation für den Sozialismus bieten. Mit dem Wunsche, daß dazu jeder Genosse beitragen möge, schloß der Redner.

Eine Diskussion wurde nicht beliebt; Anträge lagen nicht vor, somit schritt man zur Wahl der Delegierten. Nach dem Vorschlage der Kreisversammlung wurden die Genossen Sittner, Kay und Woldersky gewählt.

Der Vorsitzende machte noch darauf aufmerksam, daß Mauerstraße 89 eine Parteipostition (Vertreter Zinke) eingerichtet worden sei und daß am Sonntag ein Flugblatt gegen die Ausbeutung durch die Heimarbeit zur Verteilung gelangt.

Zweiter Wahlkreis.

Die Generalversammlung des zweiten Wahlkreises eröfnete zunächst das Andenken der verstorbenen Genossen Staube, Hummel, Wilde und Kolleng. Dann sprach Genosse Werner über den preussischen Parteitag. Alle Wünsche, sagte er, hätten bei Aufstellung der Tagesordnung nicht berücksichtigt werden können. Bei der notwendigen Beschränkung der Verhandlungen auf drei Tage sei es ganz ausgeschlossen, mehr als die vier vorgeschlagenen Punkte zu erledigen, so wichtig auch die Fragen seien, die zurückgestellt werden mußten. Der Redner ging dann auf den Entwurf für die Landesorganisation ein, wobei er besonders betonte, daß es nicht angebracht erseheine, eine durchaus selbständige Organisation für Preußen mit einem eigenen Landesvorstand zu schaffen, und führte hierfür wesentlich die in dem Dienstgattartikel des „Vorwärts“ erörterten Gründe an. Besonders bemerkte der Redner, daß leicht und ganz ohne Zutun der betreffenden Genossen Reibungen zwischen Landesvorstand und Parteivorstand entstehen könnten, daß durch Anstellung beförderter Beamten die Massenverhältnisse unnötig belastet würden und daß infolge einer solchen Organisationsform das Übergewicht der preussischen Genossen sich leicht auf den deutschen Parteitag in einer für die Genossen in den anderen Bundesstaaten unangenehmen Weise geltend machen könnte. Der Redner verlas dann die einzelnen Paragraphen des Entwurfs, gab zu jedem eine kurze Begründung und äußerte zum Schluß, daß, wenn der Entwurf auch kein vollkommenes Werk sei, er doch eine feste Grundlage der Organisation biete. Erweise er sich im Laufe der Zeit als nicht mehr ausreichend und zweckmäßig, so könne man dann ja immer noch andere Bestimmungen treffen.

In der Diskussion äußerte Genosse Dittmer, er verkenne nicht, daß man bei Gründung der Preußenorganisation nicht sofort große Sprünge machen könne, doch sei die Kritik, die besonders auch in der Provinz an dem Entwurf geübt worden wäre, nicht ganz unberechtigt. Erwäge man, welche Vollmachten andere Landesorganisationen hätten, so könnte man wohl auch hier etwas mehr Selbstständigkeit anstreben. Die Erkenntnis, daß arbeitsreiche Beamter nicht nebenbei verwaltet werden könnten, breche sich immer mehr Bahn, und da doch der Parteivorstand stets mehr mit Arbeit überlastet werde, könne man wohl auch einen besonderen Beamten für Preußen anstellen. Reibungen zwischen einem Landesvorstand und dem Parteivorstand würden gewiß keinen größeren Umfang annehmen, als die, die jetzt gelegentlich hier und da vorkämen. Die prozentuale Verteilung werde wohl auch in der Provinz auf starke Opposition stoßen. Der Redner sprach die Hoffnung aus, daß die Berliner Delegierten auf dem Preusentag den Wünschen der Genossen aus der Provinz gewissermaßen entgegenkommen möchten.

Genosse Ratuschek äußerte ebenfalls die Meinung, man müsse mindestens eine Vertrauensperson fest anstellen. Es können nicht alle Arbeiten nebenbei gemacht werden. Schon die Bezirksführer seien mit Arbeit überlastet, wie viel mehr müsse das bei dem Leiter der Preußenorganisation eintreten. Es sei wohl zu wünschen, daß eine starke Organisation geschaffen werde.

Genosse Fährdrich wählte der Landeskommission keine Marschrouten vorgeschrieben haben. Es sei wohl nicht gerade notwendig, einen Beamten anzustellen. Der Redner sprach sich aber für eine starke Organisation aus.

In seinem Schlusswort erwiderte Genosse Werner auf die verschiedenen Einwendungen und Wünsche. Mit der Anstellung von Genossen werde nicht das erreicht, was zu tun notwendig sei. Sie würden, so viel sie auch wirken könnten, nicht instande sein, die Kleinarbeit zu leisten, und hier müsse man auch auf die Stimmung derjenigen Rücksicht nehmen, die diese Arbeit vollführten. Wenn man die Landeskommission nicht überlaste, werde sie auch ohne Anstellung eines Beamten ihre Arbeit bewältigen können. Was notwendig, sei gewiß mit der Organisation in der vorgeschlagenen Form durchzuführen.

Als Delegierte zum preussischen Parteitag wurden, den Vorschlägen der Bezirksführer entsprechend, die Genossen Kötterich, Kabe und Reimann gewählt, und als Ersatzmann Hünze.

Unter Partei- und Vereinsangelegenheiten führte der Vorsitzende Werner aus, der Vorstand habe es für wünschenswert gehalten, dem Genossen Fischer, als dem Abgeordneten des Kreises, nahezu legen, ob er nicht hier vor den Genossen sich über die Verleumdungen äußern wolle, die aus Anlaß der Kerkhäuferschen Angriffe in der gegnerischen Presse wider ihn und die Vorwärtsdrucker erhoben worden und von der „Freisinnigen Zeitung“ für die Jüwede des Wahlkampfes in einem Leitartikel behandelt worden seien. Genosse Fischer ging in längeren Ausführungen auf diese Angriffe ein und behandelte auch die nichtswürdige Verleumdung betreffend Papierabschluß, die so raffiniert abgefaßt sei, daß er nicht einmal gerichtliche Klärung herbeiführen könnte. Am Schluß stellte Genosse Werner durch Abstimmung fest, daß die Versammlung sich einstimmig mit dem Standpunkte und der Abweisung des Genossen Fischer einverstanden erklärte.

Hierauf sprach Genosse Behrend über das Urteil, das in dem Ausschlußverfahren, das gegen ihn eingeleitet worden war, gefällt worden ist, und daß seiner Meinung nach, obwohl er einstimmig von den gegen ihn erhobenen Vorwürfen freigesprochen ist, in der Begründung und in ihrer Veröffentlichung durch die Wiesenthalische „Metallarbeiterzeitung“ ihm schwer in seiner Parteiethik und seiner Tätigkeit als Verbandbeamter schädliche. Er äußerte den Wunsch, daß eine außerordentliche Generalversammlung hierüber entscheiden möge, erklärte sich aber, nachdem Genosse Werner hervorgehoben hatte, daß der Wahlvereinsvorstand selbstverständlich nichts mit der Veröffentlichung des Urteils zu tun habe, damit einverstanden, daß in der nächsten ordentlichen Generalversammlung über die Sache verhandelt werde.

Dritter Wahlkreis.

Der Wahlverein für den dritten Wahlkreis hatte seine Versammlung im großen Saal des Gewerkschaftshauses. Zum preussischen Parteitag sprach Genosse Gehrmann. Von größter Bedeutung sei die Schaffung der Parteiorganisation für Preußen, feste oder lose Organisation für Preußen, das sei die Frage, die zu entscheiden sei. Die Ausarbeiter des Entwurfs hätten sich für die losere Form entschieden. Dagegen seien nun Stimmen laut geworden. So habe Genosse Kronz unter anderem verlangt, daß eine selbständige Organisation für Preußen geschaffen, die ihren eigenen Parteivorstand usw. habe. Wenn man dem folgte, würde das aber ein recht überflüssiger Schritt sein. Redner legte näher dar, daß allerlei Kompetenzstreitigkeiten und Reibungen mit dem Vorstände der deutschen Sozialdemokratie dabei herauskommen könnten. Zwei selbständige Parteivorstände neben einander würden nicht der Agitation förderlich sein; ein solcher Zustand würde vielmehr ein Genüßnis bedeuten. Redner verteilte auf den Leitartikel des „Vorwärts“ „Zur Landesorganisation der preussischen Sozialdemokratie“ und erklärte dessen Darlegungen für zutreffend. Redner empfiehlt er den vorliegenden Entwurf zur Annahme. Dann währigte er noch die übrigen Punkte der Tagesordnung des „Preusentages“ nach ihrer Bedeutung.

Ohne Debatte erklärte sich die Versammlung mit dem Organisationsentwurf einverstanden. — Als Delegierte wurden die Genossen Gottfried Schulz, A. Alboldt und Appich und als Ersatzmann Genosse Eugen Günter gewählt.

Das Referat über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine hielt an Stelle des verhinderten Genossen B. Heine der Genosse v. Elm. Den Regierungsentwurf, dies schon im Reichstage kritisch referierte „Nonstrum“, unterwarf Redner einer vernichtenden Kritik, wobei er seine Erfahrungen, die er als praktischer Gewerkschafter und Politiker gesammelt hat, mit verzeichnete. Besonders hell beleuchtete er die Mängel, die ein Gesetz im Sinne des Entwurfes dazu bieten würde, die Aktionsfähigkeit einer ihm unterstellten Gewerkschaft gerade dann zu unterbinden, wenn eine Aktion größeren Stils unternommen oder durchgeführt werden soll. Scharf wandte sich Redner gegen die Argumentation Kosadowsky's, daß die Landarbeiter des ihnen vorenthaltenen Koalitionsrechtes schon deshalb nicht bedürften, weil bei ihnen von einer Verleumdung keine Rede sein könnte. Tatsächlich seien die Verhältnisse der Landarbeiter selbst in Schleswig, wo sie noch besser seien wie im Osten, die allertraurigsten. — Verschiedene Äußerungen des Grafen Kosadowsky legt Redner dahin aus, daß man mit dem ganzen Gesetz darauf abziele, eine Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung herbeizuführen und Vereine zu fördern, die laamstrumm seien, die auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung ständen und das Nibelbürtum als etwas von Gott Gewolltes anerkannten. Diese wolle man ausbauen und später wolle man ihnen weitere Rechte einräumen: sie sollten vermutlich die projektieren Arbeiterkammern zusammenschließen. Also nicht Arbeiterrecht, sondern Arbeitgeberrecht. Schulz für Streikbrechervereine, das sei die Grundtendenz dieses Gesetzentwurfes. Nun, Ansätze zu solchen „gelben“ Gewerkschaften hätten wir ja schon in Deutschland. In Frankreich und England seien sie schon weiter ausgebaut, in England unter dem Namen „Freie Gewerkschaften“. Diese englischen freien Streikbrechervereine habe man in Hamburg als Streikbrecher kennen gelernt: ein versoffenes und absolut verumpftes Volk Nord und Zotschlag habe man erleidet auf den Schiffen, wo dieses Gefindel einzog. Der oben, überflüssigen und unsinnigen Reglementiererei, die die Regierung beabsichtigt, hält Redner den Wortlaut des amerikanischen Gesetzes gegenüber. Danach wird allen eingetragenen Vereinen die Machtvollkommenheit ausdrücklich beheimigt, Statuten, Regeln, Nebenbestimmungen so und dann zu machen, wie und wann man es für notwendig hält, und diese Bestimmungen zu amendieren, aufzuheben und zu verändern ganz nach Bedarf, sowie nach eigenem Ermessen die Pflichten und Rechte ihrer Beamten, des Wahlmodus, der Dauer der Amtsperioden festzusetzen und Untervereine, Zweigvereine irgendwo in den Vereinigten Staaten zu errichten usw. So müßte auch ein deutsches Gesetz ausfallen, das den Bedürfnissen der Gewerkschaften gerecht werden sollte. — Die im Gesetzentwurf niedergelegte Schadenersatzpflicht kennzeichnet Redner als schlimmste und geradezu ruinöse Bestimmung. Nach Verurteilung der hauptsächlichsten Bestimmungen des Entwurfs, die ein Ausnahmengesetz gegen die um ihr Wohl kämpfende Arbeiterschaft bedenteten, kam Genosse v. Elm zu dem Schluß: Die Arbeiterschaft habe die Verpflichtung, das Zustandekommen dieses Gesetzes auf dieser Grundlage unter allen Umständen zu verhindern. Es bestehe ja auch bereits ein Beschluß, einen allgemeinen Gewerkschaftskongress einzuberufen. Einladungen ergingen auch an die Christlichen und Christ-Donnerstagen. Wenn diese wirklich Arbeiterinteressen vertreten wollten, dann müßten sie hier zusammengehen mit den freien Gewerkschaften. Das eine sehe fest: wenn die Arbeiter gefalloschen stehen, wie feinerzeit gegen über dem Justizhausgesetz, dann werden sie das Schicksal des Gesetzes erleiden. Wie sie aber die Dinge auch gestalten sollten, auf jeden Fall seien die Arbeiter auf die ihnen erwachsenen Gefahren aufmerksam zu machen. Gewiß seien auch papierne Proteste notwendig, aber eine weit größere Wirkung habe die Tat. Und die beste hier darin, daß wir unbestimmt um die Absentate gegen uns die Organisationen in politischer und gewerkschaftlicher Hinsicht weiter ausgestaltet. Das seien unsere Waffen, und je stärker wir würden, je stärker könnten wir den Dingen entgegensehen. (Beifälliger Beifall.)

Nachdem die Genossen G. Schulz und J. Hildebrandt unter dem Beifall der Versammlung im Sinne des Referats gesprochen und zu energischer Arbeit angefeuert hatten, empfahl Genosse Gehrmann folgende Resolution:

„Die Versammlung nimmt Kenntnis von dem Vorgehen der Regierung gegen die Arbeiterschaft unter der Parole: Die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine. Sie ist der Ansicht, daß dieses Gesetz nur zur Anhebung der Arbeiterschaft führt. Sie erkennt es als ihre höchste Pflicht an, alles zu tun, um dieses Gesetz in den Drefus zu stützen.“

Der nächste Punkt der Tagesordnung lautete: „Ausschluß eines Mitgliedes“. Es handelte sich hierbei um den Genossen Dr. Friedberg, d. h. um die Entscheidung darüber, ob es notwendig sei, nach seiner bekannten Erklärung in der letzten Wahlvereinsversammlung das Ausschlußverfahren einzuleiten. Da es schon nach 11 Uhr war, Friedberg aber wegen der prinzipiellen Bedeutung des Falles (Ausschluß wegen der Bestimmung) eine gründliche Aussprache für notwendig erachtete, so wurde nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte mit großer Majorität die Vertagung beschlossen. Eine besondere Versammlung soll sich mit der Sache beschäftigen.

Vierter Wahlkreis.

In der Generalversammlung des Wahlkreises für den vierten Kreis referierte Genosse Mann über den Preusentag, und führte u. a. ungefähr folgendes aus: Der Antrag 25 des ersten Preusentages verpflichtete die Berliner Genossen, ein Organisationsstatut auszuarbeiten, und dieser Verpflichtung haben sich die Berliner Genossen in Verbindung mit dem Parteivorstande entledigt, indem sie den ja wohl allen bekannten Entwurf vorlegten. Redner verliest sodann den Entwurf und erläutert einige wichtige Paragraphen desselben. Die vorgeschlagene proportionale Vertretung habe bei einigen Genossen der ländlichen Kreise die Befürchtung geweckt, daß der Parteitag nur eine Vertretung der städtischen Genossen werden würde. Diese Befürchtung sei jedoch hinfällig, man müsse sich aber doch auch immer vergegenwärtigen, daß nicht die Wahlkreise, sondern die Genossen vertreten werden sollten. Es sei deshalb eine Sache der Gerechtigkeit, unter in der Theorie stets anerkanntes Prinzip der Proportionalvertretung in die Wirklichkeit umzusetzen.

In der Diskussion wurde vom Genossen Leo Ostrowski gewünscht, daß bei Punkt 2 der Tagesordnung nicht nur allgemein über das Wahlrecht gesprochen werden solle, sondern daß der Referent verpflichtet werden müsse, geeignete Mittel und Wege zur Beseitigung dieser Ungerechtigkeit in Vorschlag zu bringen. Der Parteitag werde ja wohl, davon sei er überzeugt, auch den richtigen Weg finden.

Der inzwischen schriftlich eingegangene Antrag auf Abänderung des Punktes 2 der Tagesordnung wird sodann nach kurzer Debatte angenommen und folgende Fassung für denselben vorgeschlagen: „Die bisherige Tätigkeit des Landtages, das Landtagswahlrecht in Preußen, und wie beseitigen wir dasselbe.“

Sodann referierte Genosse Georg Davidsohn über den neuen Gesetzentwurf, die „Rechtsfähigkeit der Berufsvereine“ betreffend. Unter allgemeinem Beifall der Versammlung geißelt Redner dieses neueste Produkt arbeitfeindlicher Scharfmacherei und sozialpolitischer Unfähigkeit. Redner schließt seinen einseitigen Vortrag mit dem Hinweis darauf, daß nicht nur das Lebensinteresse des Proletariats die Beseitigung dieser Vorlage erheische, sondern auch die Pflichten der internationalen Solidarität diese gebieten. In dem Augenblicke, wo die herrschenden Klassen in England ein beherrschendes Anrecht beseitigen, können die deutschen Arbeiter sich einen derartigen Hohnschlag nicht gefallen lassen.

Das inzwischen eingelaufene Resultat der Delegiertenwahl war folgendes: Abgegebene Stimmen 516, ungültig 13. Von den 16 Vorgesprochenen wurden die Genossen Eugen Brückner, Hagedorn und Paul Dittfen gewählt.

Fünfter Wahlkreis.

Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins fand am Dienstag im „Alten Schützenhaus“ statt. Der Besuch war nur mäßig. Zunächst widmete der Vorsitzende Zucht den verstorbenen Mitgliedern Blankenburg, Hausmann und Feuerstein sowie dem Genossen Dreesbach warm empfundene Worte des Nachrufs, worauf das Andenken der Verbliebenen durch Erheben von den Siben geübt wurde. Sodann erfolgte die Bestätigung von 147 neu aufgenommenen Mitgliedern.

Hierauf referierte Wels über die Tagesordnung des bevorstehenden zweiten preussischen Parteitages. Redner wies auf die Bedeutung und den würdigen Verlauf des vorigen Preusentages hin und gab der Gewissheit Ausdruck, daß auch die diesmalige „rote Nationalversammlung“ Preußens eine eminente agitatorische Wirkung nicht nur auf die Arbeiter, sondern auch auf die Unterbeamten im preussischen Staatsdienst ausüben werde. Ein besonders wichtiger Gegenstand der kommenden Erörterungen des zweiten Preusentages sei ja zweifellos die Frage der preussischen Landesparteiorganisation. Der Organisationsentwurf sei ja bereits bekannt, er werde auch wohl im großen und ganzen die Zustimmung der Delegierten finden, da er sich zur Hauptsache nur darauf beschränkt, den preussischen Genossen einen angemessenen Einfluß lediglich in agitatorischer und propagandistischer Hinsicht der speziell preussischen Angelegenheiten zu sichern unter voller Wahrung der Direktivfunktionen des Parteivorstandes. In richtiger Würdigung aller in Betracht kommenden Umstände müsse deshalb auch der im „Vorwärts“ publizierte Vorschlag des Genossen Leo Kronz als ein unglücklicher und folglich unannehmbare bezeichnet werden. Jedenfalls werde der preussische Landesparteitag das richtige treffen, um durch einen verbesserten Ausbau der politischen Organisation die Agitationskraft und die Schlagfertigkeit der Partei wesentlich zu stärken. (Beifall.)

Ohne Debatte wurden sodann Wels, Schrage und Wötter als Delegierte zum Preusentag gewählt.

Unter „Parteiangelegenheiten“ bemängelte Sieber, daß sich seiner Ansicht nach der „Vorwärts“ eigentlich viel zu eingehend mit dem neuen Buchdruckerarif beschäftigt habe. Das sei durchaus nicht nötig gewesen, denn einmal wäre die Tariffrage lediglich eine gewerkschaftliche und keine politische Angelegenheit, dann aber auch würde der „Vorwärts“ wohl gerade am allerwenigsten von Buchdruckern gelesen, so daß der schöne Raum des Blattes nutzlos für die Buchdrucker verschwendet worden sei.

Wels bemerkte darauf, die Kritik des Tarifvertrages der Buchdrucker durch den „Vorwärts“ sei schon im allgemeinen Arbeiterinteresse notwendig gewesen. Er begründete dies mit dem Hinweis auf verschiedene Bestimmungen des Vertrages und die Art, wie derselbe zustande gekommen ist. Hebrigens wisse doch jeder Genosse, daß der „Vorwärts“ als Tageszeitung nicht nur ausschließlich politische Dinge erörtern könne. Sonst werde doch immer getobt, daß die Redaktion gerade die gewerkschaftlichen Angelegenheiten angeblich zu Inapp behandle, und jetzt mit einmal solle sie beim Buchdruckerarif wieder des Guten zu viel getan haben!

Piemann weist darauf hin, daß sich doch die Berliner Buchdrucker zuerst fast einmütig auf den Standpunkt des „Vorwärts“ gestellt hätten, mithin wäre der Raum des Blattes doch wohl nicht so nutzlos für die Buchdrucker verbannt worden. Dann aber sei es nach dem Verlauf des Mannheimer Parteitages so unangebracht wie nur möglich, sich so zu äußern, als gingen die gewerkschaftlichen Angelegenheiten die Partei nichts an. Im Gegenteil sage er: Die Partei hat sich um die Gewerkschaften, und die Gewerkschaften haben sich um die Partei zu kümmern. Beide sind auf einander angewiesen. Das lehre jetzt auch wieder der Gesetzentwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine.

Sieber erwiderte darauf: Wenn der „Vorwärts“ Zeit und Raum hatte, den Buchdruckerarif so eingehend zu kritisieren, dann wäre eine ähnliche Kritik beim derzeitigen Abschluß des Buchbindertarif's mindestens ebenso angebracht gewesen. Denn letzterer fessle die Buchbinder ebenfalls auf fünf lange Jahre und enthalte zweifellos noch schlechtere Bestimmungen wie der Buchdruckerarif. Da aber habe der „Vorwärts“ keinen Ton gesagt!



Wels machte hierauf dem Vorredner unter allgemeiner Zustimmung der Versammlung klar, daß die beiden Tarifabschlüsse der Buchdrucker und Buchbinder gar nicht mit einander zu vergleichen seien. Der Tarifabschluß der Buchbinder sei nach einem langen, hartnäckigen und kostspieligen Streit zustande gekommen, infolgedessen habe sich die Verhandlung gewissermaßen in einer Zwangslage befunden. Eine Kritik des Vertrages hätte deshalb geradezu eine Verhöhnung der Buchbinder gleichkommen müssen, und derartige werde man doch dem „Vorwärts“ nicht zumuten wollen. Bei den Buchdruckern lag die Sache dagegen so, daß dieselben ohne Kampf einen Vertrag akzeptierten, der unter energischer Ausübung ihrer gewerkschaftlichen Nachmittel jedenfalls günstiger hätte ausfallen können. Unter solchen Umständen war es einfach Pflicht des „Vorwärts“, mit seiner Kritik einzusehen.

Wasner machte sodann darauf aufmerksam, daß laut Bericht eines Monatsblattes die Genossin Lily Braun einen Zyklus von Vorträgen über „Probleme der modernen Frauenbewegung“ gehalten habe, worüber der „Vorwärts“ auffallenweise keinen Bericht gebracht hat. Zum Schein, als seien dafür wohl wieder „besondere Gründe“ maßgebend gewesen, sonst hätte der „Vorwärts“ von jenen Vorträgen doch ebenfalls Notiz nehmen müssen. Er erwartete, daß sich die Redaktionsmission nach den etwaigen Gründen erkundige.

Nachdem noch mehrere andere Angelegenheiten zur Sprache gebracht worden waren, ermahnte der Vorsitzende sowohl die Anwesenden als auch die Abwesenden noch besonders, sich recht zahlreich zu der am Sonntag stattfindenden Flugblattverteilung einzufinden. Hietauf wurde die bereits statt gezeichnete Versammlung geschlossen.

#### Sechster Wahlkreis.

Die Versammlung tagte in den Germania-Sälen. Nach Eröffnung derselben gedachte Genosse Freythal der verstorbenen Genossen Dreesbach. Die Versammlung ehrte das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Sigen.

Hierauf machte Freythal Mitteilung von dem Ergebnis der Stichwahl im dritten Berliner Landtagswahlkreis. Er betonte dabei, der Ausfall dieser Wahl, bei der unsere Partei unter den denkbar ungünstigsten Verhältnissen zu kämpfen hatte, habe dennoch gezeigt, daß die Partei im Wahlkreis einen Fortschritt seit der Hauptwahl gemacht habe. — Genosse Ledebour sprach in demselben Sinne. Wir könnten mit dem Resultat der Wahlbewegung zufrieden sein, denn unsere Parteigenossen seien mit der größten Energie in die Wahlbewegung eingetreten, obgleich sie wußten, daß ein Sieg nicht zu erwarten war. Während ein erheblicher Teil der freisinnigen Wahlmänner der Wahl ferngeblieben sei, hätten sich unsere Wahlmänner nahezu vollzählig an der Wahl beteiligt. Das sei ein Beweis der politischen Reife unserer Genossen. Die Hauptwahlen zum preussischen Landtag hätten ja schon gezeigt, daß die Freisinnigen für uns nicht händnisfähig seien und daß diejenigen Genossen die Situation richtig beurteilt haben, welche sagten, wir müssen aus eigener Kraft in den Landtag einzudringen versuchen. Nach den bisherigen Erfahrungen könnten wir mit ziemlicher Sicherheit annehmen, daß wenn wir in gewohnter Weise weiter arbeiten, wir bei der nächsten Wahl mindestens zwei Berliner und vielleicht noch einige andere Kreise erobern werden.

Nunmehr kam die Versammlung zur festgesetzten Tagesordnung: „Der preussische Parteitag“.

Freythal besprach den Entwurf des Organisationsstatuts. Die Bearbeiter des Entwurfs hätten sich von dem Gedanken leiten lassen, daß es nicht angängig sei, für Preußen eine Organisation zu schaffen, welche der Parteiorganisation der anderen Bundesstaaten gleich sei, denn die Parteigenossen in Preußen bilden einen so großen Teil der deutschen Partei, daß der Parteivorstand nahezu ganz ausgeschaltet werden würde, wenn sich die Genossen Preußens ebenso organisieren würden, wie die Genossen in anderen Bundesstaaten. Würden sich die Genossen in Preußen eine strikte Landeszentralisation geben, so würde die Organisation der deutschen Gesamtpartei dadurch dezentralisiert, sie würde zu einem föderativen System werden und damit die Vorzüge der einheitlichen Zentralisation verlieren. Aus diesem Grunde hielten es die Bearbeiter des Entwurfs für angebracht, eine möglichst lose Form der Organisation für Preußen zu empfehlen. Auf diese Weise werde das Zusammenarbeiten der Gesamtpartei am besten gefördert. Es sei nicht angebracht, in das Tätigkeitsgebiet des deutschen Parteitag einzugreifen. Der preussische Parteitag solle sich deshalb auf die besonderen preussischen Angelegenheiten beschränken, was ja auch in der aufgestellten Tagesordnung des preussischen Parteitag zum Ausdruck komme. — Der Redner verlas einen vom Genossen Halfter gestellten Antrag. Derselbe will die Delegierten zum preussischen Parteitag verpflichten, dahin zu wirken, daß dieser Parteitag einen Beschluß fassen, welcher den nächsten deutschen Parteitag veranlaßt, den die Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen betreffenden Beschluß des Mainzer Parteitag aufzuheben, weil die Erfahrungen im dritten Berliner Landtagswahlkreis gezeigt hätten, daß die Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen eine unverantwortliche Kraftverschwendung sei. — Freythal bemerkte hierzu: Das sei schon ein Antrag, der in das Gebiet des deutschen Parteitag eingreife. Es sei kein gesunder Zustand, wenn man die Delegierten dazu verpflichten würde, den preussischen Parteitag zu bewegen, daß er die Aufhebung eines Beschlusses des deutschen Parteitag verlangt. Aus diesem Grunde möge die Versammlung den Antrag Halfter ablehnen.

Zur Diskussion meldete sich niemand. Der Antrag Halfter wurde fast einstimmig abgelehnt. Als Delegierte wählte die Versammlung die von den Bezirksleitern vorgeschlagenen Genossen Brunner, Hönisch und Freythal.

Nunmehr folgte die Versammlung die Debatte über den Parteitag in Mannheim, die seinerzeit verlagert worden ist und wegen der Landtagswahl erst jetzt wieder aufgenommen werden konnte. — Die Debatte drehte sich lediglich um die Gewerkschaftsfrage.

Biesenhal vertrat die Ansicht, der Gedanke der Zentralisation komme in den Gewerkschaften nicht in zweckentsprechender Weise zur Durchführung. Wenn die Zentralisation den Interessen aller ihr angehörenden Mitglieder gerecht werden wolle, dann müsse sie so eingerichtet und gegliedert sein, daß in ihr jede Berufsgruppe die Angelegenheiten des betreffenden Berufes selbst besorge, namentlich auch über Lohnbewegungen, die nur den eigenen Beruf betreffen, zu entscheiden habe. Nur dann könnten die demokratischen Grundzüge in der Gewerkschaft zur Geltung kommen, wenn bei strenger Zentralisation die Möglichkeit gegeben sei, daß die Fach- und Berufsinteressen gewahrt werden.

Theodor Fischer bekannte sich zu demselben Standpunkt. Man möge die Berliner Gewerkschaften ihre Angelegenheiten selber regeln lassen. Parteitag und Parteivorstand brauchten sich nicht damit zu befassen. Hauptsächlich würden wir nicht das Schauspiel erleben, daß der nächste Parteitag den Genossen, die sich bei den Verbänden noch nicht angeschlossen haben, die Zugehörigkeit zur Partei abspricht. Wenn von den Parteigenossen verlangt werde, daß sie gewerkschaftlich nur den Zentralverbänden angehören dürfen, dann müsse von diesen auch gefordert werden, daß sie sich rückhaltlos zur Sozialdemokratie bekennen. Wenn die Verbände halten, was sie der Partei in Mannheim versprochen haben, dann werde die Zeit kommen, wo sich die Lokalkomitees den Verbänden anschließen können. Ehe diese Garantie nicht gegeben werden kann, würden die Lokalkomitees ihren Standpunkt nicht verlassen.

Bernide glaubt, es werde dem Parteivorstand nicht möglich sein, innerhalb eines Jahres eine Einigung zwischen den Lokalkomitees und den Verbänden herbeizuführen. In längeren Ausführungen polemisierte der Redner gegen die lokalistischen Anschauungen. Wie auf politischem, so sei auch auf gewerkschaftlichem Gebiete die Einheit der Organisation notwendig. Der nächste Parteitag müsse sich also entschließen, die Handlung vorzunehmen, zu der er schon heute berechtigt wäre, aber er wolle sich auf den Standpunkt des Genossen

Lebedour stellen und überhaupt nicht festsetzen, welche gewerkschaftliche Organisation für die Parteigenossen maßgebend sei.

Krendse beantragte den Schluß der Debatte mit der Begründung: Hier sei nun über die Gewerkschaftsfrage von gewerkschaftlichen Führern so viel gesprochen, daß sich die Mitglieder der Gewerkschaften, die doch über die Gewerkschaftsfrage zu entscheiden haben, ein Urteil bilden könnten. — Nachdem Liebert gegen den Antrag gesprochen hatte, wurde derselbe mit sehr großer Mehrheit angenommen. Damit war die Tagesordnung erledigt. — Freythal schloß die Versammlung, indem er die Genossen ersuchte, aus diesen Debatten die Lehre zu ziehen, Parteigenossen, die gewerkschaftlich anderer Meinung sind, nicht abzustößen, sondern sie zu überzeugen und zu sich heranzuziehen.

## Partei-Angelegenheiten.

Sechster Wahlkreis (Gesundbrunnen). Sonntag, den 9. d. Mts., findet abends 8 Uhr bei Silberstein, Badstraße 8 (Eingang Behmstraße), eine Versammlung für Männer und Frauen statt, in welcher der Stadtverordnete Genosse Schubert sprechen wird über das Thema: „Aus Städt's Reich“. Nach der Versammlung gefelliges Beisammensein mit Tanz.

## Berliner Nachrichten.

### Von der Berliner Fürsorgeerziehung.

Ueber die Ausführung der Fürsorgeerziehung im Stadtkreis Berlin bringt der neueste Bericht der Waisen-Deputation wieder die üblichen Mitteilungen. Im Etatsjahr 1905/06, das der Bericht behandelt, wurden 633 Fürsorgezöglinge überwiesen, das ist seit Bestehen des Fürsorgeerziehungsgegesetzes die höchste Zahl, die im Zeitraum eines einzigen Jahres „erreicht“ wurde. Bis zum Schluß des Etatsjahres, d. h. bis zum 31. März 1906, war die Zahl der Fürsorgezöglinge des Stadtkreises Berlin nun bereits auf 2931 gestiegen (einschl. 388 Zöglinge, die vor Erlaß des Fürsorgeerziehungsgegesetzes auf Grund des damaligen Zwangs-erziehungsgegesetzes überwiesen worden waren).

Die Unterbringung der Zöglinge hat, so berichtet der Bericht, keine Schwierigkeiten bereitet. Wo waren sie untergebracht? Aus den 2931 Zöglingen, von denen übrigens 1924 männlich und nur 1007 weiblich waren, sind zunächst auszufordern: 185 Zöglinge, die bereits aus der Fürsorgeerziehung wenigstens widerruflich entlassen waren, und 64, die zunächst der eigenen Familie widerruflich überwiesen worden waren; auszuordern sind ferner: 211 entlassene Zöglinge, 36 im Gefängnis sitzende, 63 im Krankenhaus befindliche. Es bleiben dann 2372 Zöglinge, die in Pflegestellen untergebracht waren. Auch von diesen gehen noch 417 ab, die sich bereits in der Lehre befanden, und 524, die im Dienst- oder Arbeitsverhältnis standen; denn der Lehrherr oder sonstige Arbeitgeber gewährt ja selber die Pflege. Hiernach waren für die übrigen Zöglinge nur noch 1431 Pflegestellen erforderlich. Von diesen Zöglingen befanden sich 11 in den beiden Waisenhäusern der Stadt Berlin, 246 in den Berliner Erziehungshäusern zu Dichtenberg und zu Kleinbeeren, 931 in privaten Anstalten, 243 in Familienpflege. Hier fällt der bedeutende Anteil der Privatanstalten auf. Wenn die Waisenverwaltung bei einer so beträchtlichen Zahl von Fürsorgezöglingen die Anstalts-erziehung als notwendig erkennt, so ist nicht einzusehen, warum die Stadtgemeinde nicht an eine Vermehrung ihrer eigenen Anstalten herangeht. In der eigenen Anstalt Dichtenberg waren 217 männliche Zöglinge untergebracht, in der eigenen Anstalt Kleinbeeren befanden sich 29 weibliche Zöglinge. In Privatanstalten dagegen wurden 469 männliche und 462 weibliche Zöglinge verpflegt. Warum zögert die Gemeindeverwaltung, durch Vermehrung ihrer Anstalten sich unabhängig zu machen von jenen privaten Anstalten, in denen ein engherzig-kirchlicher Geist die Erziehung beherrscht? Der Bericht schweigt sich übrigens über die Privatanstalten so vollständig aus, daß er nicht einmal ihre Namen nennt. Am Ende sind etliche darunter, von denen die Waisenverwaltung selber meint, daß sie keinen Staat mit ihnen machen kann?

Dieser Staat kann sie leider nicht mal mit den eigenen Anstalten Dichtenberg und Kleinbeeren machen. Besonders aus Dichtenberg sind Dinge bekannt geworden, die der Waisenverwaltung wirklich nicht zur Ehre gereichten. Als ein wichtiges Erziehungsmittel wird in Dichtenberg immer noch der Stoß betrachtet, obwohl dort keine schulpflichtigen Knaben mehr verpflegt werden, sondern nur noch Zöglinge, die im 15. bis 21. Lebensjahr stehen. Um die Sinnlosigkeit dieser fürsorgenden Brügelpädagogik voll würdigen zu können, muß man in dem Bericht die Mitteilungen über die ärztliche Behandlung der Dichtenberger Zöglinge nachlesen. Der Anstaltsarzt weist in seinem Referat hin auf die nervösen und psychischen Störungen, die sich bei einer nicht geringen Zahl von Zöglingen finden und teils auf natürliche Anlage, teils auf den Einfluß ihrer früheren Umgebung zurückzuführen sind. Krankhafte Veränderungen dieser Art, die bei den Zöglingen auftreten oder schon vorhanden sind, können dem Erzieher verborgen bleiben, weil es sich nicht immer um einen ausgebildeten Krankheitszustand handelt; der Arzt aber erkennt sie. „Unter den Zöglingen befindet sich“, sagt der Bericht des Anstaltsarztes, „ein in Zahlen nur schwer ausdrücklicher Prozentsatz degenerativer und psychopathischer, d. h. in ihrem Geistes- und Gemütsleben nicht vollwertiger oder ausgeglichener Individuen.“ Was der Arzt tut, um solche Zöglinge vor prügelnden Pädagogen zu schützen, darüber bringt der Bericht nur Andeutungen. Für die degenerativen und psychopathischen Zöglinge „können die entsprechenden Maßnahmen bis jetzt nur von Fall zu Fall getroffen werden“. Bis zu einer allgemeinen Kapitulation der Erzieher vor der Einsicht des Arztes ist man eben in Dichtenberg noch nicht vorgeschritten. Der Bericht weist aber hin auf das, „was in dieser Hinsicht seit einiger Zeit in Angriff genommen worden ist und worin auch die Grundzüge einer weiteren Ausgestaltung liegen“. So sei im letzten Jahr auf Anordnung der Behörde vom Anstaltsarzt begonnen worden, für das Erziehungspersonal eine Reihe gemeinsamer Vorträge zu halten; ihr Zweck sei der, „bei den Lehrern und Erziehern eine gewisse Einsicht in die nervenärztlichen Erfahrungen und Folgerungen bei ihren Zöglingen zu erwecken“. Die Unterbringung der Zöglinge bei der Aufnahme erstreckt sich außer auf ihren körperlichen Zustand auch auf etwa vorhandene psychische Veränderungen. Die erspriechliche Bewertung der Unterbringungsresultate ist aber, so sagt der Bericht des Arztes, abhängig von einer Kenntnis des Vorlebens der Zöglinge und „von der ärztlichen Mitwirkung bei der weiteren Ge-

### haltung der Fürsorgeerziehung“.

Diese „ärztliche Mitwirkung“ ist in den Erziehungsanstalten der Stadt Berlin und besonders in der Anstalt Dichtenberg in der Tat nicht zu entbehren. Möchte sie dort zu einer völligen Neugestaltung der Erziehungsmethode, zu einem gänzligen Verzicht auf die bisherige Gewaltpädagogik führen. Die Anstalten unserer Stadt sollten hierin zum Vorbild und Muster werden für all die Privatanstalten, in denen fast viermal so viel Berliner Fürsorgezöglinge stecken, wie in den eigenen Erziehungshäusern. Ueber die Zustände, die in diesen privaten Anstalten herrschen, sowie über den erzieherischen und gesundheitlichen Befund der ziemlich tausend Zöglinge, die darin untergebracht sind, wird in dem Bericht, wie schon erwähnt, kein Sterbenswörtchen gesagt.

### Schulhygiene in der Pflichtfortbildungsschule.

Die Bestrebungen, der lernenden Jugend Schutz vor den Schädigungen zu gewähren, die der Schulunterricht ihr bringen kann, dürfen sich nicht auf Elementarschulen und höhere Schulen beschränken. Es versteht sich von selber, daß sie sich auch auf die Fortbildungsschulen erstrecken müssen. In Berlin besteht die allgemeine Verpflichtung zum Besuch einer Fortbildungsschule erst seit dem vorigen Jahr. Jetzt beginnen hier die Schulhygieniker, auch dieser Schulkategorie mehr Aufmerksamkeit zu schenken.

Einen Vortrag, der die Schulhygieniker über den Gegenstand nach seiner unterrichtlichen Seite hin informiert, hielt der Direktor der 9. Pflichtfortbildungsschule, Herr Haumann, in einer gemeinsamen Sitzung des Berliner Vereins für Schulgesundheitspflege und der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Gesundheitspflege. Haumann behandelte eingehend die Organisation der Berliner Pflichtfortbildungsschule; sie dürfte unseren Lesern bekannt sein, so daß wir auf Wiederholung dieses Teiles seines Vortrages verzichten können. Ueber die Frage, welchen Einfluß die Anforderungen, die an die Leistungsfähigkeit der Fortbildungsschüler gestellt werden, auf ihre Gesundheit ausüben, sprach H. sehr viel weniger ausführlich. Dieses Gebiet der Schulgesundheitspflege ist eben bisher nur spärlich bearbeitet worden. Eigentlich muß man sich darüber wundern; denn gerade der Abendunterricht, den in den Fortbildungsschulen die jungen, in der Entwicklung stehenden Leute noch nach anstrengendem Tagewerk über sich ergehen lassen müssen, hätte den Schulhygienikern längst ein Anlag sein sollen, während ihre Stimme zu erheben.

Die Schwierigkeiten, den Unterricht der Pflichtfortbildungsschule in eine möglichst günstige Zeit zu legen, wurden von dem Vortragenden geschildert. Er erklärte es für dringend nötig, die Schüler nicht erst so spät am Abend zu unterrichten, da sie erschöpft zum Unterricht kommen. Aber gegen einen Beginn des Unterrichts schon am Nachmittag werde von vielen Arbeitgebern Einspruch erhoben. In dieser Hinsicht seien die Arbeitgeber verhöhnt durch das schlechte Beispiel der Pflichtfortbildungsschulen und ähnlicher Anstalten, die in den späten Abendstunden (die Fortbildungsschule der Kaufmannschaft sogar erst 8—10 Uhr abends) unterrichten. In der Pflichtfortbildungsschule soll um 7 Uhr, in „Ausnahmefällen“ um 8 Uhr geschlossen werden. H. behauptete, daß die „Ausnahmen“ nötig seien. Zu den betrübendsten Erfahrungen, die er gemacht habe, gehört das, daß in seiner Pflichtfortbildungsschule 3. B. Kaufburschen ihm mitteilen mußten, sie hätten ihre Stelle verloren, weil der Arbeitgeber sie nicht so zeitig zum Unterricht gehen lassen möge. Solche Schwierigkeiten sind von Bedeutung auch für die Frage, ob die Schwere der Stundenanzahl auf mehrere Tage verteilt werden soll oder nicht. H. hält es für unbedenklich, lieber an einem Tage vier Stunden hintereinander zu geben. Da der Unterricht der Pflichtfortbildungsschule sich eng an den Beruf anlehne und daher mehr als der Unterricht der Volksschule den Belastungsdruck des Schülers wecke und pflege, so sei nicht zu fürchten, daß vier Unterrichtsstunden zu sehr ermüden. Bei ungeteiltem, vierstündigem Unterricht werde am Schulweg gespart. Der Fehler dabei ist nur der, daß bei ungeteiltem Unterricht die Schüler noch zügiger als jezt zur Schule kommen müssen, und eben das wollen ja die Herren Arbeitgeber nicht. H. selber meint, daß man für sie in der ersten Zeit einige Nachsicht haben müsse. Er hofft aber, daß später, wenn die Pflichtfortbildungsschule erst voll ausgebaut sein wird, die gewerblichen Verhältnisse sich der Schule anpassen werden.

In der Diskussion wurde unter anderem vom Gemeindefunktor Dr. Meyer auf die Notwendigkeit eigener Schulhäuser für die Fortbildungsschulen hingewiesen. Heute sind die Fortbildungsschüler zu Gast in Gemeindefunkthäusern und benutzen Tische und Bänke, die für Kinder bestimmt sind. Von anderer Seite wurde gefordert, die schulärztliche Aufsicht auf die Fortbildungsschulen auszuweiten. Das sei doppelt nötig, da kranke Kinder oft einem ungeeigneten Beruf zugeführt werden. Die Frage nach der Disziplin in den Pflichtfortbildungsschulen wurde von dem Vortragenden dahin beantwortet, in seiner Schule seien bei circa 2400 Schülern nur ganz vereinzelte Störungen vorgekommen. Letztes Disziplinarmittel sei das polizeiliche Strafmandat, doch werde in der Regel die bloße Ermahnung genügen. Seit April dieses Jahres seien an seiner Schule nur fünf Strafmandate gegen Schüler nötig geworden, aber gegen lässige Arbeitgeber — etwa 100.

Wachung verdient schließlich noch eine Mitteilung H's über die Pflichtfortbildungsschule für Mädchen. Dichtenberg habe in diesem Sommer an die Vorarbeiten zur Lösung auch dieser Aufgabe gehen wollen. Durch seinen Tod sei eine Verzögerung eingetreten; doch werde, wenn die Gemeindebehörden die Pflichtfortbildungsschule für Mädchen beschließen, zu Ostern 1908 die Eröffnung möglich sein. Wir fürchten, daß dann der Tanz mit den Arbeitgebern von neuem anheben wird.

Die eben stattgehabte Landtagswahl im dritten Berliner Landtagswahlkreis war die erste, die auf Grund des neu geschlossenen Wahlreglements stattgefunden hat. Die Veränderungen gegen den bisherigen Zustand bestanden im wesentlichen darin, daß die Urwähler nicht wie bisher zur festgesetzten Stunde zu Beginn der Wahlhandlung sämtlich im Wahllokale anwesend sein und bis zum Schluß da verbleiben mußten, sondern während der festgesetzten Wahlzeit ihr Wahlrecht ausüben konnten. Die Abgeordnetenwahl selbst fand der großen Zahl der Wahlmänner entsprechend auch nicht wie bisher in einem einzigen Lokale statt, sondern getrennt in mehreren, in fünf. Stichwahlen der Wahlmänner sowohl wie die Stichwahl bei der Abgeordnetenwahl erfolgte nicht unmittelbar im Anschluß an die beendete Hauptwahl, sondern an einem besonders festgesetzten Termin. Was nun die Wahlmännerwahl anbelangt, so will man die Erfahrung gemacht haben, daß die bei der jetzt vollzogenen Wahl festgesetzte Zeit für die zweite und erste Abteilung zu reichlich bemessen gewesen sei und es soll nach dieser Richtung hin bei der nächsten Wahl eine Veränderung getroffen werden. Diese Wahlvorstände hätten vor lauter Langeweile manchmal nicht gewußt, wie sie die Zeit totschlagen sollten. Soweit die dritte Abteilung in Frage kommt, haben wir gefunden, daß die Wahlzeit keineswegs als „eine für die Wahlbeteiligung möglichst günstige“ bezeichnet werden kann, wie es das Wahlreglement verlangt. Der Wahlschluß um 7 Uhr abends schließt den vorderein eine große Anzahl von Arbeiterwählern von ihrem Wahlrecht aus. Man konnte und nicht mit dem Einwand, daß in einer Anzahl von Wahllokale alle Erschienenen ihr Wahlrecht ausüben konnten. Es sind in verschiedenen anderen Wahllokale eine ganze Anzahl Wähler durch den Siedenurschluß um ihr Wahlrecht gekommen. Der Wahlschluß muß auf eine erhebliche spätere



Zeit als um 7 Uhr festgelegt werden, damit die Arbeiterwähler, die in großer Entfernung von ihrer Wohnstätte arbeiten, noch rechtzeitig nach Arbeitsort nach ihrem Wahllokal kommen können.

Die nächste Landtagswahl im Jahre 1908 wird sich für Berlin und Vororte auf Grund einer Neueinteilung der Wahlkreise vollziehen. Das braucht natürlich ein Blatt, wie das „Deutsche Blatt“, das leider auch noch in zahlreichen Arbeiterfamilien gelesen wird, nicht zu wissen.

In einer Besprechung über den Wahlausfall im dritten Landtagswahlkreis schreibt das „Deutsche Blatt“:

„Der Freisinn hat den Kreis, der ihm noch vor wenigen Jahren vollkommen sicher war, trotz des bestehenden Landtagswahlrechts nur mit Mühe und Not behauptet, und es erscheint keineswegs ausgeschlossen, daß die Sozialdemokratie bei der allgemeinen Erneuerung des Abgeordneten-Hauses im Jahre 1908 in Berlin III zum Siege gelangt, zumal wenn dann wieder wie diesmal am Wahltag schlechtes Wetter herrschen sollte. Bekanntlich hat am 27. November „aus Bitterungsgründen“ eine ansehnliche Zahl freisinniger Wahlmänner die von ihnen übernommene Pflicht nicht erfüllt: ein trauriges Zeichen der politischen Teilnahmslosigkeit in diesen Kreisen!“

In Wirklichkeit wird im Jahre 1908 der dritte Berliner Landtagswahlkreis in der heutigen totalen Abgrenzung verschwunden sein und es ist deshalb unnötig, über den Ausfall der Wahl im dritten Berliner Landtagswahlkreis im Jahre 1908 zu urteilen. Das hat aber das „Deutsche Blatt“ nicht weiter an; es weiß, daß es seinen Lesern solche „keine Zeitungen“ bieten kann. Bekanntlich ist Berlin nach dem neuen Wahlgesez in zwölf Landtagswahlkreise eingeteilt, die je einen Abgeordneten zu wählen haben. Diese neue Einteilung deckt sich nicht im geringsten mit der heutigen.

Mag aber die Einteilung eine veränderte und für uns nicht einmal eine ungünstige sein, mögen auch die Formen, in der sich die nächsten Landtagswahlen vollziehen, einige Erleichterungen bringen, alles das ändert nichts an der Tatsache, daß auch diese kommenden Wahlen zum Junterparlament auf der Basis des Dreiklassenwahlrechts vollzogen werden. Für uns erweist daraus lediglich die Aufgabe, die Landtagswahl 1908 zu einer intensiven Bewegung gegen das elende Dreiklassenwahlrecht zu gestalten.

### Die Berliner Einkommenspyramide.

Die Steuerdeputation des Magistrats hat ihren Bericht über das Steuerjahr 1905/06 erstattet. Die Mitteilungen, die er enthält, werfen wieder manches Schlaglicht auf die sozialen Zustände Berlins. Sehr reich sind vor allem wieder die Angaben über die Abkämpfung der einkommensteuerpflichtigen Bevölkerung. Sie zeigen den bekannten Gegensatz: auf der einen Seite eine gewaltige Schaar von Unbemittelten, die mit geringen und oft geradezu erbärmlichen Einkommen wirtschaften müssen — auf der anderen Seite eine kleine Zahl von wohlhabenden und reichbegüterten Leuten, denen alljährlich ein Einkommen zur Verfügung steht, das für zehn, für hundert, ja für tausend und mehr Arbeiterfamilien ausreichen würde.

Für das Steuerjahr 1905/06 hatte die Personenstandsaufnahme, die alljährlich zum Zwecke der Besteuerung ausgeführt wird, 1 947 634 Personen ergeben. (Die Aufnahme für 1905/06 fand im Oktober 1904 statt.) Darunter waren 213 693 Militärpersonen und 1 236 289 Zivilpersonen. Unter den Zivilpersonen waren 1 077 678, die als Haushaltungsvorstände oder als eventuell einzeln zu Besteuernde für die Einkommensschätzung in Betracht kamen, während die übrigen 548 591 als nicht persönlich zu besteuernde Angehörige usw. ausgenommen wurden. Bei der Schätzung ergab sich, daß schließlich nur für 562 685 Haushaltungsvorstände oder einzeln zu Besteuernde das Jahreseinkommen von mehr als 900 M. vorausgesetzt werden konnte, mit dem die Heranziehung zur Einkommensteuer beginnt.

Schon die Unterscheidung in Einkommen von 900 bis 3000 M. und Einkommen von mehr als 3000 M. ergibt ein Verhältnis, das lehrreich ist und drastisch wirkt. Von den 562 685 Einkommensjahrgängern hatten 505 241 weniger als 3000 M. Einkommen und nur 57 008 über 3000 M. Einkommen. Die Einkommen von weniger als 3000 M. stufen sich in der Weise ab, daß die Einkommensstufen 900 bis 1050 M. und 1050 bis 1200 M. die beträchtliche Zahl von 159 016 und 117 907 Steuerpflichtigen aufwies, aber schon in den Stufen 1200 bis 1350 M. und 1350 bis 1500 M. nur noch 59 611 und 41 987 Steuerpflichtige waren. Gehen wir durch die folgenden Stufen hinaus, so sinkt die Zahl der Steuerpflichtigen ungefähr in demselben Tempo weiter. In der Stufe 2700 bis 3000 M. finden sich dann nur noch 11 984 Steuerpflichtige.

Die Gruppe der 57 008 Steuerpflichtigen, die ein Jahreseinkommen von mehr als 3000 M. hatten, bildet den oberen Teil der Einkommenspyramide. 12 315 von ihnen versteuerten mehr als 10 000 M. Jahreseinkommen, 1715 von diesen erkreuten sich eines Einkommens von mehr als 50 000 M. pro Jahr, und von diesen wieder hatten 684 im Jahre über 100 000 M. Einkommen. Unter ihnen waren 41, die jährlich über eine halbe Million einnahmen durften, und bei 15 davon scheffelte es so, daß sie es auf mehr als eine ganze Million Jahreseinkommen brachten. Diese 15 mit ihren Millionen „Lohn“ bilden den Gipfel der Einkommenspyramide. Die oberste Spitze repräsentiert ein Mann, der ein Jahreseinkommen von sogar mehr als drei Millionen vertheuert.

So ist die Verteilung des Einkommens. Die Verteilung der Arbeit, durch die diese Einkommen erworben wurden, ist bekanntlich umgekehrt. Die oberen Schichten tragen zur Schaffung des Wohlstandes wenig oder nichts bei — und alle Mühe und Arbeit, die ihn erzeugt, ruht auf den unteren Schichten. Tausende könnten von dem Leben, was einer „verdient“ — und zwar nur deshalb „verdient“, weil Tausende für ihn arbeiten!

**Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag, den 6. Dezember, nachmittags 5 Uhr, zunächst in gemeinschaftlicher Sitzung mit dem Magistrat:** Wahl von 27 Mitgliedern und 15 Mitgliedervertretern für die Einkommensteuerberufungskommission. Demnach: Die Akten, betr. die Wahl des Bildhauers Dupont, Solmsfr. 33, und des praktischen Arztes Dr. Jaan, Algenroderstr. 22, zu Stadtverordneten. — Berichterstatter über die Vorlagen, betr. den Abschluß eines Zuschußabkommens zu dem Vertrage zwischen der Stadtgemeinde Berlin und der Aktiengesellschaft Berliner Elektrizitätswerke vom 14. März/1. April 1909 — und die Beschaffung eiserner Abden für verschiedene projektirte Druckrohrleitungen. — Vorlagen betr. die Revision der Manuale des Magistratsdepositionen für 1908, — die Annahme einer Stiftung des verstorbenen Ehrenbürgers Haas zugunsten der Beamten und Arbeiter der städtischen Wasserwerke, — die Ueberführung der für die Erweiterung der Erfindungshalle im Treptower Park verfügbaren Bauplätze, — die bei dem Untersuchungsamt der Stadt Berlin für Nahrungsmittel, Genußmittel und Gebrauchsgüter zu nächst einzurichtenden Stellen — und die anderweitige Festsetzung der Besoldungsverhältnisse des Lehrpersonals an den Gemeindegymnasien. — Berichterstatter über die Vorbereitung der Neuwahl von zwei unbesetzten Stadträten eingeleiteten Ausschusses.

Die Genehmigung der Errichtung einer Fleischvernicklungs- und Verwertungsanstalt durch die Stadt Berlin auf städtischen Gelände bei Mühlmühl ist rechtskräftig geworden, da innerhalb der gesetzlichen Frist von keinem der Abwesenden Widerspruch gegen die diesbezügliche Entscheidung des Kreisaußenbüros für den Kreis Oberbarnim erhoben ist. Der Berliner Magistrat hat allerdings wegen

einiger für die Errichtung der Anstalt aufgestellten Bedingungen bei dem Handelsminister Nachdruck eingelegt, doch berührt dieser die grundsätzliche Frage der Genehmigung nicht.

**Berliner Kasperlein für Ostbahn.** Im Monat November nächstigen im Männerzahl 20 126 Personen, wovon 8005 badeten, im Frauenzahl 4385 Personen, wovon 1211 badeten.

**Zarischerhöhen für Automobil-Domibusse** sucht die Omnibusgesellschaft von den Ausschüssen der Behörden und dann sogenannte Zehnplennig-Zeilstreifen einzurichten. Begründet wird dieses Verlangen mit der Rentabilität und es heißt, daß der Polizeipräsident diesem Ersuchen entsprechen soll. Diese Durchbrechung des Zehnplennigtarifes durch die Omnibusgesellschaft kommt natürlich auch der Großen Berliner zu statten, da diese bekanntlich ebenfalls Automobilbetrieb für bestimmte Strecken plant. Das Publikum ist, wie immer, der leidende weis zahlende Teil.

Der erste Schnee hat sich gestern in Berlin eingestellt. Der gestern nacht erfolgte Temperatursturz hatte aus dem ununterbrochenen Sprühregen der letzten Tage seine Eisfeste gemacht, die sich jedoch wenig dauerhaft zeigten und auf dem Pflaster bald zerrannen. Erst um die zehnte Vormittagsstunde setzte ein lustiges Schneegestöber mit großen Kloden ein, wie es nötig ist, um dem Straßenbild den rechten winterlich-winterlichen Anstrich zu geben. Die Jugend auf dem Schulwege begrüßte den neuen Schnee mit gebührender Freude. In den Berliner Straßen hatte sich die weiße Dede freilich bald in jene schmutzige braune Masse verwandelt, die der Berliner mit „Patsch“ bezeichnet.

**Zwischen Berlin und Trebbin 2** verkehren vom 10. Dezember neue Frähpersonenzüge 2.—4. Klasse: Ab Berlin (Anhalter Bahnhof) 6.15, in Trebbin an 8.02. Ab Trebbin 8.28, ab Thymow 6.34, ab Padowigfelde 6.42, ab Großbeeren 6.50, ab Teltow 6.57, ab Groß-Lichterfelde (Süd) 7.03, ab Groß-Lichterfelde (N) 7.08, in Berlin (Anhalter Bahnhof) 7.20 an.

Eine schwere Katastrophe im Eisenbahnverkehr, bei der drei Personen den Tod fanden und mehrere verletzt wurden, hat sich gestern vormittag zwischen den Stationen Schlesiener Bahnhof und Warschauer Brücke zugetragen. Ein Eisenbahnzug fuhr in eine Kolonne von Streckenarbeitern hinein und richtete furchtbares Unglück an. Drei der Leute waren so entsetzlich verkrümelt worden, daß sie kurz darauf verstarben. Eine Anzahl weiterer Arbeiter war mit leichten Verletzungen davongekommen. Unter der Aufsicht eines Rotenführers hatte die Kolonne auf dem Bergleise Bahnhofsweilen umgewandelt. Die Hauptaufgabe des Rotenführers war es, die arbeitenden Leute aufmerksam zu machen, sobald ein Zug auf dem betreffenden Gleise nahte. Dies geschah durch das übliche Hornsignal. Als kurz vor 1/12 Uhr der fällige Fernzug von Schneidemühl nahte, gab der Rotenführer nach seinen Behauptungen auch das Warnungssignal. Ob dies nun zu spät gechehen ist oder ob die Schuld an irgend etwas anderem lag, wird die gerichtliche Untersuchung ergeben. Die Maschine befand sich plötzlich dicht bei den Arbeitern und nur teilweise gelang es den Leuten, sich durch einen Seitensprung zu retten. Drei hatten das Unglück, von der Maschine erfaßt und unter die Räder geschleudert zu werden. Die Bedauernswerten waren vollständig zermalmt worden und obwohl sofort ärztliche Hilfe zur Stelle war, konnten die drei nicht mehr gerettet werden. Auch mehrere Krankenwagen, die zum Transport der Verunglückten in ein Krankenhaus beordert waren, mußten unrichtigter Sache wieder abfahren. Von den leichter Verletzten hatte der Arbeiter Gierke aus der Simon Dachsstr. 28/29 einen Mittelhandbruch erlitten. Er erhielt die ersten Notverbände auf der Unfallstation am Berlin Weg. Einige seiner Kollegen hatten durch Stöße von der Maschine Quetschwunden davongetragen. Gegen 12 Uhr erschien eine Untersuchungskommission an der Unfallstätte und nahm eine genaue Befichtigung vor. Bei seiner Vernehmung verblieb der Rotenführer dabei, daß er das Warnungssignal ordnungsgemäß gegeben.

Zu dem Unglück am Schlesiener Bahnhof wird uns weiter berichtet: Die Namen der Toten sind: Otto Bauer, Heinrich Wischki und Heinrich Gerlach. Bauer war erst 18 Jahre alt und unverheiratet, Wischki zählte 31 Jahre und war verheiratet. Er wohnte mit seiner Familie in der Kadisstr. 4. Bauer wohnte bei seinen Eltern in der Wendenstr. 2. Gerlach stand im 20. Lebensjahre und wohnte in der Ritzhauerstr. 15. Der am schwersten verletzte Arbeiter ist der 37jährige Gustav Schmidt. Er hatte vor den Buffern der Maschine einen wuchtigen Stoß gegen den Kopf erhalten und wurde in ein Krankenhaus gebracht. Die Ursache der bedauernswerten Katastrophe ist, wie jetzt festgestellt, darauf zurückzuführen, daß durch mehrere Lokomotiven, die in unmittelbarer Nähe der Leute standen, ein dicker Dunst verbreitet wurde, der sich auch über die Gleise hinweg zog. Dem Rotenführer war es infolgedessen erst im letzten Augenblick möglich, das Signal zu geben. Im ganzen waren 27 Arbeiter in den Gleisen beschäftigt. Der Zug trug die Nummer 312.

Von einem herabstürzenden Balken niedergeschlagen und lebensgefährlich verletzt wurde gestern nachmittag die Krankenpflegerin Anna Weidner, die in dem Augusta Victoria-Deim tätig war. Fräulein W. war mit zwei anderen Schwestern durch die Leipzigerstraße gegangen und als sie an dem Neubaugrundstück Nr. 72 vorüberging, stürzte plötzlich ein Balken von oben herab und traf die W. mit solcher Wucht gegen den Kopf, daß sie benommenlos zusammenbrach. Den beiden Begleiterinnen war es gelungen, sich durch einen Seitensprung zu retten. Die Verunglückte wurde nach der Unfallstation in der Kronenstraße gebracht, wo der Arzt einen schweren Schädelbruch feststellte. In äußerst bedenklichem Zustand fand die Vermiste im Krankenhaus Woodil Aufnahme.

Über 2000 Hilfsarbeiter werden zur Bewältigung des Päckerverkehrs in den Weihnachtsferien auf dem Paketpostamt und den Bahnpostämtern eingestellt werden. Die Zahl der Meldungen für den Anstellungsdienst war so bedeutend, daß die Liste der Einzelstellen bereits Mitte November abgeschlossen werden konnte. Wie an den Meldestellen durch Anschlag bekannt gegeben ist, können Bewerbungen jetzt keine Berücksichtigung mehr finden.

Zum Zwecke einer geordneten Durchführung des Paketbestellendienstes in den Tagen vor dem Weihnachtsfest wird das gesamte Personal aus den Paketannahmestellen der einzelnen Postämter zur Verstärkung des Verkehrspersonals des Paketpostamts herangezogen werden. Die abkommandierten Beamten verbleiben bis zum zweiten Feiertage in dem Päckereibüro. Vom 28. Dezember ab, an welchem Tage erfahrungsgemäß bereits der Neujahrsbriefverkehr durch Aufgabe von Rastensendungen einsetzt, wird eine Verstärkung des Personals des Briefpostamts vorgenommen. Vom 30. Dezember ab werden auf den Briefpostämtern Anstufstellen eingestellt.

Die Densigoffäre hat nun ihr Ende gefunden. Gestern Morgen um 4/8 Uhr wurde Henning auf dem Gefängnishof der Strafanzalt Blüthenze durch den Scherichters Jiesch auf Berlin hingerichtet. Geradoze grauenhaft liest es sich, wenn bürgerliche Blätter über die Einzelheiten in breiter Weise berichten. So schreibt die „S. am Mittag“:

„... der vorgestern von Moabit nach Blüthenze überführt wurde, zeigte bis zu seinem Todegange seine Ruhe und legte kein Geräusch ab. Er verbrachte die letzte Nacht in großer Unruhe, spielte den wilden Mann und war für den Trost des Geistlichen unzugänglich. Nur mit Mühe gelang es, ihn zum Richtplatz zu bringen, wohin ihn die Gefängnisbeamten förmlich schleifen mußten. Als der Erste Staatsanwalt von Potsdam, Rendelsohn, das Urteil verlas, blide Henning umher, als wenn er nicht wachte, was ihn zur Nichtkür gebrach hatte. Der Hinrichtung wohnten Landgerichtsdirektor Wachsmid, die Landgerichtsräte Dr. Karfel und Dr. Offensund und Gerichtsschreiber Krumm bei. Außer dem Volkseingebot von 12 Mann betrug die Zahl der Anwesenden, unter der sich eine Reihe höherer

Offiziere befand, etwa dreißig. Die Exekution dauerte genau zwei Minuten.

Von anderer Seite wird noch gemeldet: Gestern nachmittag gegen 4 Uhr wurde Henning die Mitteilung gemacht, daß heute früh das Urteil vollzogen werden soll. Henning war im Augenblick furchtbar niedergeschlagen, aber sehr schnell sah er sich und begann sofort ein neues Geheiß um Wiederaufnahme des Verfahrens zu schreiben. Der Gerichtshof trat am Abend noch zusammen, um über das Geheiß zu entscheiden, und nach eingehender Beratung wurde um 8 Uhr abends das Geheiß abgelehnt — bis zu seinem letzten Augenblicke leugnete Henning und sträubte sich gegen die Vollstreckung; erst als das Urteil verlesen und er zum Richtplatz geführt wurde, verließ ihn die Kraft, und ganz getroffen mußten ihn die Gehäusen auf die Richtbank legen.“

Der „Lokalanzeiger“ ist sogar in der „glücklichen“ Lage, sich von einem Augenzeugen über die Hinrichtung berichten zu lassen. Wir beiden haben nicht ob seines Geschmacks!

Durch einen schändlichen Unfug ist Dienstag abend der Schulknecht Arnold Thiele aus der Prinzenallee 25 um sein Augenlicht gebracht worden. Als er durch die Steinendorferstraße ging, schleuderten ihm plötzlich zwei halbwüchsige Burken ungeladeten Koll ins Gesicht. Schwerer verletzt wurde der bedauernswerte Knabe nach der Unfallstation gebracht, doch war inzwischen das rechte Auge bereits ausgefahren. Th. fand später in der königlichen Klinik Aufnahme. Auch das linke Auge hat unter dem bestehenden Koll beratig gelitten, daß es wohl kaum gerettet werden kann.

Das Malhalla-Variététheater am Weinbergsweg, dessen geschäftliche Leitung seit 1. Dezember wieder in die Hände des Metropoltheaters übergegangen sein soll, während die künstlerische Leitung in der Hand des Direktors Saitmacher verbleibt, hat wieder ein abwechslungsreiches Programm für den Monat Dezember zusammengestellt. In auch auf dem Gebiete der Akrobatik und Gymnastik des Guten etwas zu viel getan, so bleiben immerhin eine Anzahl recht hübscher Darbietungen übrig, die dem Besucher einige angenehme Stunden bereiten. In den besseren Programmnummern gehören in erster Linie die Polisschakter, eine oberbayerische Sänger- und Tänzergesellschaft, die durch ihre heimatlichen Lieder und Tänze das Publikum zu starkem Applaus veranlassen, besonders der zweite Teil des Programms enthält fof durchgängig gute Leistungen. „Im Reiche der Wogen“, ein phantastisches Idyll auf dem Meeresgrunde, wechselt ab mit einem Gesangsquartett, das vier als Studenten gekleidete Damen inszenieren. Als gewandte musikalische Exzentriker produzierten sich die Astley-Compagnie mit ihren mehr als sonderbaren „Instrumenten“. Geradezu Vorzügliches leistete die Familie Lorch mit ihren israelischen Spielen. Die zwölf Personen starke Gesellschaft zeigte in jeder einzelnen Produktion eine Gewandtheit, die in der Tat an die Leistungen erstklassiger Kräfte auf diesem Gebiete ohne Uebertreibung heranreichte.

Zum Katalog der Bibliothek der Korporation der Kaufmannschaft in Berlin ist jedoch ein neuer Nachtrag erschienen. Er umfaßt alle Neuerwerbungen vom Juli bis November und kann in der Besohalle während der Dienststunden von 9 Uhr morgens bis 10 Uhr abends unentgeltlich in Empfang genommen werden.

**Feuerwehrbericht.** Gestern früh um 3 Uhr kam in der Königsbergerstr. 5 Feuer aus. Es brannte dort die Einrichtung eines Ladens für Hülfskonserven. Die Feuerwehr mußte längere Zeit kräftig Wasser geben, um die Gefahr zu beseitigen. In der Steinendorferstraße 113 brannte ein wertvolles Automobil, Benzin und anderes in einer Motorwagenfabrik. Am Scheinleuch 6 war nachts aus einer unklaren Leitung Gas ausgeströmt. Die Feuerwehr beseitigte die Gefahr. Am Urbanhafen war ein Pferd über die hohe Kaimauer ins Wasser gestürzt. Der Feuerwehr gelang es mit vieler Mühe, das Tier wieder auf's Trockene zu befördern. Im ersten Stock des Duergebäudes in der Klosterstr. 40 brannte eine Wohnung und in der Schwebelstr. 9 in einer Topfgerätereiverstalt Berg u. a. Ferner hatte die Feuerwehr in der Nähnstr. 2/3 zu tun, wo in einer Wohnung Feuer ausgebrochen war. Außerdem liefen noch Feuermeldungen aus der Wohnmannstr. 13, Stallschreiberstr. 58, Langestraße 13, Stargarderstr. 13 und anderen Stellen ein.

## Vorort-Nachrichten.

### Charlottenburg.

Einen burschifosen Ausfall gegen die Sozialdemokratie unternimmt in ihrer Mittwochnummer das Charlottenburger Freisinnorgan, die „Neue Zeit“. Anlaß hierzu bietet ihr, daß im „Sozialdemokratischen Volksbause“, in der Rosinenstraße, am Montag eine Pflückerverammlung stattgefunden hat. Die Einladungen zu dieser Versammlung enthielten, wie genanntes Blatt mitteilt, Bemerkungen wie „Juden, Jüdinnen und Juden ist der Eintritt verboten“; „Wanderer, hier liegt ein Jude, Wanderer sei heiter und geh weiter“; „Kauft nicht bei Juden“ usw. Hieran knüpft das Blatt folgende Bemerkungen: „Es ist charakteristisch, daß die Sozialdemokraten, die ja in der letzten Zeit in ihren Blättern gleichfalls antisemitische Pflücker oft genug geübt, Leuten, die sich derartige Gemeinheiten zuschulden kommen lassen, das Gestrecht gewähren. Der Leiter der sozialdemokratischen Partei Herr Singer und die übrigen zahlreichen sozialdemokratischen Agitatoren jüdischer Herkunft müssen an diesen „Genossen“ ihre helle Freude haben, besonders auch der sozialdemokratische Stadtverordnete Dirsch, der als „Eigentümer“ des Volksbause eingetragen ist.“

Wir können uns denken, daß dem konservativ-freisinnigen Blatt die Schreibeische sozialdemokratische Blätter nicht gefällt. Inbes, nur eine politisch indifferente Schreiberfelle wird den Mut finden zu behaupten, die Sozialdemokratie bediene sich antisemitischer Pflücker. Wenn weiter ein in sozialdemokratischem Eigentum befindliches Etablissement aus anderen Parteien zur Verfügung steht, so ist das nur eine Befolgung des Grundgesetzes, den die Sozialdemokratie an alle bürgerliche Saalbesitzer bisher gestellt hat. Wenn der Besitzer des Volksbause den Antisemiten den Saal verweigert hätte, so könnte das Freisinnorgan — und zwar mit vollem Rechte — den Sozialdemokraten den Vorwurf der Intoleranz machen. Unsere Stellung zu den Pflückerblättern dürfte auch dem „eblen“ Freisinnblatt bekannt sein; zu Dungen von Kalen haben wir die Arbeiter davor gewarnt, ihre Zeit für die blödsinnigen und theatralischen Ausführungen Pflücker zu verwenden. Aus diesem Unstund schon mühte, wenn ein solches Blatt noch eine Spur von Wahrheitsliebe und politischem Anstand besäße, es eine solche niedrige Pflücker unterlassen. Wenn sich, wie das Blatt berichtet, trotz unserer Warnung Sozialdemokraten in jener Versammlung eingefunden, ja sogar an der Diskussion teilgenommen haben, so ändert das selbstverständlich an unserer Stellung zu dem Pflückerunmel nichts.

### Rigbort.

Bei der heutigen Stadtverordnetenwahl erhielt der sozialdemokratische Kandidat 115 Stimmen, während der bürgerliche Gegner mit 183 Stimmen den Sieg davontrug.

### Weihensee.

Die Gemeindevertretung sagte in ihrer letzten Sitzung einen für die Arbeiterkass höchst wichtigen Beschluß. Der bisherige erste Vorsitzende des Gewerbevereins Dr. Pape ist mit großer Mehrheit mit dem 1. Januar 1907 seines Amtes entbun. Seine an der ihr Recht suchenden Arbeiterkass geübte Gerichtspraxis schien selbst den bürgerlichen Vertretern bedenklich. In einer heftigen Auseinandersetzung zwischen Dr. Pape und dem Gemeindevorsteher Dr. Wolf kam es alsdann bei Gelegenheit der Anstellung eines Gemeindevorges. Als Dezernent der Armenverwaltung wollte ersterer von der Anstellung nichts wissen, da die jetzige erste Hilfe vollst genüge, er sehe die Anstellung eines Gemeindevorges als Hindernis für den Ausbau des Armenwesens an. Der Gemeinde-



vorsteher trat dieser Anschauung entgegen und betonte, daß, wenn sein jüngerer Kollege die Erfahrungen hinter sich haben würde, die er als Armenverwalter gesammelt, so würde er zu einer anderen Anschauung kommen. Herr Dr. Pape glaubte seinem Vorgesetzten gegenüber am Schluß seiner Entgegnung den Ausdruck: „Alter schützt vor Torheit nicht!“ anwenden zu müssen. Natürlich hatte hiermit die Gemütsfreiheit ihr Ende erreicht und Herr Schöffe Seberin verlangte die Zurücknahme dieser Worte und appellierte an das Anstandsgefühl eines Vorgesetzten gegenüber. Herr Dr. Pape empfand indes wenig Reue, dies zu tun, er antwortete, über Anstand lasse er sich keine Vorschriften machen, selbst nicht von einem Schöffen. Im übrigen wurde der Antrag, an Stelle der nur nebenamtlich beschäftigten Schul-, Armen- und Vertrauensräte vom 1. April 1907 ab einen vereinigten Gemeinderat mit längerer Praxis und Pensionsberechtigung anzustellen, angenommen. Das Anfangsgehalt wird auf 5000 M. bei einer dreimaligen Steigerung um je 500 M. festgesetzt, die Probezeit währt ein Jahr, und Privatpraxis ist ausgeschlossen. — Die Polizeiergebnisse sind um Gewährung einer Teuerungszulage eingekommen, es wurde jedoch beschlossen, ihnen eine ständige Gehaltszulage von 100 M. jährlich zu bewilligen. Des weiteren wurde beschlossen, die Mietentschädigungen der Restoren von 540 auf 600 M., und die der Lehrer von 475 auf 525 M. zu erhöhen. Den Wohnungsgeldzuschuß der Oberlehrer der Realschule zu erhöhen, lehnte die Gemeindevertretung ab, jedoch soll den verheirateten Oberlehrern eine Driduzulage von jährlich 140 M. gewährt werden. — In diesem Jahre vorgenommenen Baumanplantagen haben den festgesetzten Betrag im Etat um 3810 M. überschritten; die Summe wurde nachbewilligt. Die Wahl einer Kommission zur Beschlußfassung über die Einsetzung eines Arbeiterauslaufes und eventuelle Festsetzung der Bestimmungen über die Tätigkeit desselben, wurde von der Tagesordnung abgelehnt, da merkwürdigerweise in letzter Stunde die Gemeindeglieder den Antrag gestellt haben, von einem solchen Arbeiterauslauf nichts zu wissen zu wollen. Diese Stellungnahme der Arbeiterschaft in den Gemeindebetrieben steht wohl einzig da und trifft wohl auch die von einigen Genossen ausgesprochene Vermutung zu, daß sie von irgend einer Seite beeinflusst worden sind.

Das Opfer einer Leuchtgasvergiftung wurde das 19jährige Dienstmädchen Verta Schumann, das bei dem Gärtnereibesitzer J. in der Feldmannstraße in Westensee in Stellung war. Die Sch. hatte den Auftrag, einen Kronleuchter zu putzen und drehte dabei infolge Unkenntnis der Einrichtung mehrere Gasähne auf. Durch die austretenden Gase wurde das Mädchen betäubt und brach besinnungslos zusammen. So wurde sie bald darauf von Herrn J. aufgefunden. Ein hinzugerufener Arzt veranlaßte die Ueberführung der Erkrankten, die noch schwache Lebenszeichen von sich gab, nach dem Krankenhaus Friedrichshagen, wo die Sch. in fast hoffnungslosem Zustande darniederliegt.

### Friedrichshagen.

Ein gemeinsinniger Todesfall beschäftigt seit gestern die Polizeibehörden von Köpenick und Friedrichshagen. Der Schmelzer Hermann Schulz, der in der Fabrik von Krüger u. Co., Berlin-Köpenick, beschäftigt war, wurde gestern abend, als er zu seinen Angehörigen, die in Friedrichshagen wohnen, heimkehrte, plötzlich bewußtlos. Nach etwa einer Stunde war er tot. Der Arzt, welcher hinzugezogen worden war, stellte fest, daß der Tod durch Vergiftung herbeigeführt worden war. Bei einer Auspumpung des Magens fand er die giftigen Stoffe vor. Auf welche Weise nun das Gift dem Sch. beigebracht worden ist, konnte nicht festgestellt werden. Für die Annahme, daß es Sch. selbst zu sich genommen, liegt nicht der geringste Anhalt vor. Auffällig erscheint es, daß sich Sch. gestern wie gewöhnlich von daheim entfernte in der Absicht, seine Arbeitstätte aufzusuchen. Dort wurde er jedoch während des ganzen Tages nicht gesehen.

### Pankow.

Die Gemeindevertretung bewilligte einstimmig die schon von und erwähnte Gehaltserhöhung der Beamten und Arbeiter sowie die Ferien für die Arbeiter. Der finanzielle Effekt stellt sich auf circa 65000 M., davon entfallen auf die Lehrer 33000 M., auf die Beamten 22000 M. und auf die Gemeindeglieder 9000 M. — Ein Ortsstatut betreffend die Gewährung von Reisefostenentschädigung an Gemeindevorsteher und Beamten wird angenommen. Einem Gesuch des Gemeindefürsprechers um Erhöhung des Zuschusses zur Gemeindefiatonin wird stattgegeben, der Zuschuß, welcher bisher 1200 M. betrug, wird auf 2700 M. festgesetzt. — Ein hiesiger Lehrer, welchem zwei Kinder kurz hintereinander starben, äußerte das Verlangen, die Kinder in einer gemeinsamen Gruft zu beerdigen. Die Friedhofsverwaltung gab dem Verlangen nach und verlangte den Preis für zwei Grabstellen. Diese selbstverständliche Forderung weigert sich der Herr zu erfüllen, trotzdem er dazu pekuniär sehr wohl in der Lage ist. Es ist nun von der Gemeinde die Klage erhoben worden. Gewöhnliche Sterbliche müssen bekanntlich im voraus bezahlen oder fallen der Armenverwaltung zur Last.

### Waldorf a. d. Ostbahn.

In gutbesuchter Mitgliederversammlung des Wahlvereins referierte Genosse Spieder m. a. n. über: „Die Wirkung der Zollgesetz“. Seine Ausführungen wurden mit lebhaftem Beifall ent-

gegengenommen. An Stelle des verzogenen Genossen Weiß wurde Genosse Barisch zum Kandidaten der Gemeindevertretung aufgestellt.

Zu dem am 2. Dezember stattgefundenen Kalenderverbreitung hatten sich nur eine ganz geringe Anzahl Genossen eingefunden, trotzdem die Organisation bereits 130 Mitglieder am Orte zählt. Daß unter solchen Umständen es der Leitung des Wahlvereins unmöglich ist, den an sie gestellten Aufgaben gerecht zu werden, mühte namentlich den Genossen einleuchtend sein, die sonst nur immer kritischer können. Der Vorstand ersucht deshalb die Genossen, im Zukunft mehr als bisher bei den zu leistenden Partiarbeiten zur Stelle zu sein.

### Nieder-Schönhausen.

Zu der heute nachmittag 8 Uhr vom Trauerhause in Mühlensied stattgefundenen Beerdigung des am Freitag verunglückten Genossen Wilhelm Jden, werden die Genossen um rege Teilnahme ersucht. Abmarsch der Nieder-Schönhauser Genossen mittags 1/2 Uhr von Bratvogel, Nordend aus.

### Nowawes-Neuendorf.

Von einem erfreulichen Aufschwung berichtet die Nowawes-Neuendorfer Genossenschaftsbewegung. Der Geschäftsbericht des Konsumvereins für das abgelaufene Geschäftsjahr zeigt, daß sich die Mitgliederzahl von 610 auf 695 in diesem Jahre gehoben hat; dementsprechend ist auch der Umsatz gestiegen, so daß derselbe 177584 M. im abgelaufenen Jahre gegen 154933 M. im vorhergegangenen betrug, mithin ist ein Mehr von 22650 M. zu verzeichnen. Der durchschnittliche Bezug an Waren aus den Verkaufsstellen betrug pro Mitglied 262 M. Der Umsatz bei der Großverkaufsgesellschaft bezifferte sich auf 73699 M., das sind rund 50 Proz. des Gesamtumsatzes. Von der Genossenschaftsmolkerei Lehnin sind im vorigen Jahre für 30514 M. Butter bezogen, wovon für über 10000 M. an befreundete Vereine abgegeben wurden. Der Reingewinn beträgt 10504 M.; es sollen laut Beschluß der am Montag stattgefundenen Generalversammlung den Mitgliedern 6 Proz. Rückvergütung gewährt werden, wovon jedes Mitglied 1 M. an den Reservefonds zu zahlen hat. In der Generalversammlung wurden die Genossen Eger und Sabrowski als Aufsichtsratsmitglieder und Genosse Jeller als Kontrolleur gewählt. Ferner wurde beschlossen, die Vorstandsmittelglieder nach Ablauf ihrer Amtszeit mit vierteljährlicher Kündigung anzustellen. Nach Beirathen soll eine außerordentliche Generalversammlung des Konsumvereins einberufen werden, der ein Antrag des Vorstandes und Aufsichtsrates auf Errichtung einer eigenen Molkerei vorgelegt werden wird. Die Mitglieder werden deshalb ersucht, diesem Projekt das nötige Interesse entgegen zu bringen, um eine baldige Verwirklichung dieses Unternehmens zu erreichen.

**Berliner Marktpreise.** Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Marktkauf-Direktion. (Großhandel.) Rindfleisch Ia 68-73 pr. 100 Pfd., Ia 62-67, IIIa 56-61, IVa 50-55, Kalbfleisch, Doppelschinder 115-125, Ia 86-93, IIa 74-84, IIIa 60-72, holl. 54-58, Hammelfleisch Ia 70-78, IIa 54-67, Schweinefleisch 56-65, Keilmilch Ia pr. Pfd. 0,60-0,75, IIa 0,40-0,58, Rotmilch Ia 0,40-0,50, IIa 0,35-0,38, do. Käse 0,40-0,55, Danmild 0,35-0,55, do. Käse 0,60-0,65, Wildschweine 0,44, Ferkel 0,00-0,00, Hahn per Stück 3,00-3,10, do. Hahn und Ia 1,00-2,00, Kaninchen pr. Stück 0,40-0,90, Wildenten pr. Stück 1,40-1,50, Reibhühner, junge Ia 0,90-1,00, junge IIa 0,00-0,00, alte 0,80, junge kleine 0,00-0,00, Hühner, alte pr. Stück 1,50-2,30, alte IIa 1,00-1,40, junge pr. Stück 0,60-1,70, Lauben pr. Stück 0,30-0,60, ital. 0,75, Gänse, junge pr. Stück 1,50-2,30, Hamburger, junge pr. Stk. 2,90-3,10, Gänse, Oberbrüher, pr. Pfd. 0,40-0,58, do. Ia pr. Stk. 3,00-3,50, IIa 2,00-2,80, Heste pr. 100 Pfd. 85, groß 0,66, Jander mittel 0,00, Schie 0,00, mittel 0,00, kleine 1,21-1,25, Blei, kleine 0,58, Hafe, groß 0,00, mittel 93-107, klein 0,00, umf. 0,00, Wägen 0,00, Karren, 2er 0,00, do. 30er 0,00, do. 100er 0,00, do. 50-60er 64-68, 40er 0,00, Barje 41, Karrenwagen 0,00, Weisfische 0,00, Weiss 0,00, Bunte Fische 32-37, Amerikan. Lachs Ia neuer pr. 100 Pfd. 110-130, do. IIa neuer 90-100, do. IIIa neuer 75, Sprotten, Kieler, Ball 0,75-1,25, Danziger, Ball 0,60-0,80, Nudeln, pommerische Ia, pr. Schock 3-6, do. pommerische IIa 2-4, Kieler, Silage Ia 4-6, do. mittel der Rüte 2-3, Hamb. Silage 4-5, halbe Rüte 1,50-2, Wädlings, pr. Ball Kieler 3,50-5,00, Strahlender 4-5, Hafe, groß pr. Pfd. 1,10-1,30, mittelgroß 0,80-1,00, klein 0,50-0,80, Deringe pr. Schock 4-5, Schafwolle Rüte 4-5, do 1/2 Rüte 2-3,00, Stablan, p. 100 Pfd. 20-25, Zellbitt 0,00, Erdbeeren, 1902er pr. Anker 95, 1904er 95, 1906er 93, 1906er 73, Schottische Vollerlinge 1905 0,00, large 40-44, full 38-38, med. 35-42, deutsche 37-44, Deringe, neue Rotes, pr. 1/2, Lo. 60-120, Sardinen, russ. Röh 1,50-1,60, Beutheringe, Bähle (4 Riter) 1,50-1,75, Remungen, Schock 11, kleine 5-6, Riesen 14, Dummern, kleine, pr. Pfd. 0,00, Rübbe, pr. Schock, große 0,00, mittel 0,00, kleine 0,00, unsort. 0,00, Galziger, groß 0,00, mittel 0,00, Vier, Rand, pr. Schock 4,00-4,60, Butter pr. 100 Pfd. Ia 123-125, IIa 115-123, IIIa 110-114, abfallende 95-105, Saure Gurken Schock 3,50-4,00, Pfeffergurken 3,50-4,00, Kartoffeln pr. 100 Pfd. 0,00, magnum bonum 2,00-2,10, Daberische 2,00-2,10, Rosen 0,00, weiße 1,75-2,00, Salzkartoffeln 4,00-6,00, Spinat pr. 100 Pfd. 6,00-8,00, Karotten pr. Schockbund 2,50-3,00, Sellerie, Böhle, pr. Schock 3,00-5,00, do. pommerische 4,00-5,00, Zwiebeln große, pr. 100 Pfd. 3,00-3,50, do. kleine 2,00-2,50, do. hiesige (Berl.) 0,00, Charlotten 60-70, Peterfille, grün, Schockbund 1,25-1,50, Kohlrabi pr. Schock 0,50-1,00, Reilig, daupr., pr. Schock 2,40-4,80, Knoblauch pr. Schockbund 0,80-1, Salat, pr. Schock 0,00-0,00, do. Escarole, pr. Mandel 1,00-1,50, do. Endivien 1,50-2, Rotrüben pr. 100 Pfd. 2,50-3,50, Teufelrüben pr. 100 Pfd. 8-10, Weiße Rüben, große

2-2,50, kleine 5-6, Rote Rüben, 50-2, Blumenkohl holl. pr. Kopf 0,18-0,20, do. ital. Kopf 0,10-0,18, Birkkohl pr. Schock 3,00-6,00, Rotkohl p. Schock 3,00-8,00, Weißkohl Schock 2,00-3,00, Rosenkohl p. 100 Pfd. 15-16, Grünkohl pr. 100 Pfd. 3-4, Schnittlauch 12 Töpfe 4-4,50, Kohlrüben, Schock 2-3, Kürbis 5-8, Birnen, pr. 100 Pfd. hiesige 7-20, böhmische 8-20, Apfel, pr. 100 Pfd., hiesige 8-20, Graupensteiner 0,00, Äpfel in Kästern 17-20, Rüte 32-80, Amerik. 17-26, Preiselbeeren, Schwedische 0,00, Gebirgs 30-33, Ballnüsse pr. 100 Pfd. 16-20, do. rumänische 23-30, do. franz. Cornes 29-32, Paranüsse 60-65, Nüsse lange 42-48, runde 32-35, Zitronen, Weisna, 300 Stück 8,00-12,00, 200 Stück 7,00-10,00, 200 Stück 10-12, 420 Stück kleine 5-8, 500 Stück kleine 5-8.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Friedrichstr. 16, Aufgang 4, eine Treppe (Gandrichstraße) Besondere, Durchgang aus Lindenstr. 101), wochentäglich von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gestern 7 Uhr Sonnabend beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Nachsatz und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

**Hypothek 1.** Die Vollmacht dürfte gerichtlich oder notariell beglaubigt sein. Der Kostenpunkt beträgt etwa 10 bis 20 M. Das einfachste ist, Sie lassen sich von Ihrem Gläubiger bezw. dessen Anwalt eine Urkunde ausstellen und unterschreiben nachher diese Urkunde vor einem Notar oder vor dem Gericht und senden die Urkunde mit dem Beglaubigungserwerb zurück. — **H. R. 1000.** Senden Sie sich an die Gewerkschaftskommission, Engel-Ufer 15. — **H. R. 11.** Wenn Sie noch im September Ihren Verzug der Berliner Steuerdeputation angemeldet haben, so würde ein Antrag auf Wiederherstellung der angeforderten Steuer von Erfolg sein. — **H. R. 50.** Das ist zulässig. Gewöhnlich geschieht es in der Form einer Erhöhung der an den Ehegatten gezahlten Unterstützung. — **H. R. 100.** Nein, nur eine und zwar die höhere Rente wird gezahlt. — **Kiel.** Wenn Ihre Braut jünger als 21 Jahre ist, bedürfen Sie der Erlaubnis des Vaters oder, wenn dieser gestorben ist, der Mutter Ihrer Braut. Ist Ihre Braut älter, so bedarf es keiner Genehmigung. Bezüglich der Anzeige folgen Sie am besten dem Rat Ihrer Braut. — **H. R. 1006.** Nein. — **H. R. 63.** Ihr Stiefvater dürfte auf Herausgabe gegen die Tochter klagen. Für den Todesfall würde sowohl die Darlehensforderung Ihrer Mutter, die Versicherungssumme zum Nachlass gehören. Vorausgesetzt ist bei dieser Antwort, daß nicht etwa der Stiefvater die Versicherungssumme ausdrücklich auf die Tochter überschrieben hat. — **H. R. 71.** Nein. — **H. R. 9.** Der Anspruch des Mädchens auf Ihr Kind und ebenso der Anspruch auf Zahlung von Alimenten ist durchaus gerechtfertigt. Vielleicht verfahren Sie sich trotz allem Vorgefallenen mit dem Mädchen. — **H. 51.** Sie müssen den Antrag auf Ertrag der verloren gegangenen Karten an die Polizeibehörde richten, hierbei ist der Verlust glaubhaft zu machen.

**H. R. 28.** Ohne eine besondere Eintragung mit dem Wirt sind Sie zur Zahlung der Rente bis zum ersten April nächsten Jahres verpflichtet. Dem Wirt steht das Einbehaltungsrecht zu. — **H. R. 68.** 1. Wegen der Befristung des Unvermögens Gerichts kosten zu tragen, wendet sich Ihre Braut an den Gemeindevorstand von Wilmersdorf. 2. Für die Klage ist das Amtsgericht Charlottenburg zuständig. 3. Stellensmittlergebühr ist nicht in Abzug zu bringen. Handelt es sich aber etwa um Abzug des sogenannten Richters, so wäre die Klage erfolglos. — **H. R. 22.** Uns nicht crimmlich. — **H. R. 575.** Sie können sich an den Magistrat wenden. Unseres Wissens ist aber der Darlehensfonds auf Jahre hinaus belegt. — **H. R. 5.** 1. u. 2. Treten Sie mit der Bank innerhalb der Geschäftszeit in Verbindung. Die Sätze sind je nachdem die Kündigungfrist eintreten wollen. 3. Eine solche gibt es nicht. — **H. 100.** Ein Anspruch auf Rückzahlung aber nicht gegenüber der Kaufmannschaft, sondern gegenüber der Ortskrankenkasse des Bauwerkes steht Ihnen zu. Wenn kann nur Mitglied einer Zwangsliste sein. Soweit erhaltlich, gehörten Sie zur Kaufmannschaft und nicht zur Bauwerke. — **H. R. 311 067.** Dispensation vom Religionsunterricht ist leider nicht möglich. Dagegen, daß der Pflanzpflanz so wichtiges Zeug redet, können Sie bei der Schuldeputation befehlen. An dem Konfirmationsunterricht brauchen Sie Ihr Kind nicht teilnehmen zu lassen. — **H. R. 6.** Bei eigenhändig geschriebenen Testamenten muß eine bestimmte Form beobachtet werden. Auf den letzten Seiten des dem „Arbeiterrecht“ beigelegten Jahres finden Sie ein Beispiel und Anleitung zur Anfertigung eines solchen Testaments. Das Buch liegt in den öffentlichen Verkaufsstellen aus. — **Treitsch 180.** 1. Ja. 2. 80. — **H. R. 65.** In erster Reihe dürfte die Mutter eintreten. — **H. R. 119.** Nein; der Wirt konnte bis spätestens am 3. Oktober zum 1. Januar nächsten Jahres hat er die Frist verstrichen, so kann er nichts mehr machen. — **H. R. 5.** 1. Der Antrag auf Betreuerelemente ist in Berlin an das Polizeipräsidium, in der Provinz am zweckmäßigsten an den Landrat zu stellen. Reineswegs ist Ortsarmut erforderlich. Bedürftigkeit genügt. 2. Ja. — **H. R. 32.** Richten Sie an die Eisenbahndirektion unter Beifügung des Alzeits und Darstellung des Sachverhalts einen Antrag auf Rückzahlung des Geldes. Verpflichtet ist die Direktion zur Erstattung nicht. — **H. R. 100.** Das ist unmöglich. — **H. R. Rixdorf.** Ihre Schwester soll zunächst die Polizeibehörde erfragen, die Herrschaft zu veranlassen, sie wieder anzunehmen und soll nach fruchtlosem Versuch dann beim Amtsgericht schließlich den vollen Lohn einlangen. — **H. R. Rixdorf.** 1. und 2. Wenn die Erben einig sind, bedarf es keiner gerichtlichen Intervention, es wird dann einem über dessen Wahl Sie einig sind, Vollmacht erteilt. Werden Sie nicht einig, so würden Sie den kostspieligen Weg der gerichtlichen Erteilung beschreiten müssen. 3. Ja. — **H. R. 56.** Nein. — **H. R. 54.** Zu dem elektrotechnischen Beruf kann geraten werden. Ob Ihr Sohn sich dazu eignet und in welcher Weise er am praktischsten vorzubereiten ist, teilt Ihnen am sachgemäßesten der Rektor der Schule, sowie der Leiter einer der beiden städtischen Handwerkerhöfen mit. — **H. Schulz.** Ja. — **H. R. 222.** An das Reichsgerichtsbüro oder an den Abgabenden Staben. — **H. R. 100.** Wiederholen Sie Ihre Frage unter genauer Angabe des Geburtsortes, damit Ihnen mitgeteilt werden kann, wie viel Karten zum mindesten erforderlich sind. — **H. R. 3.** 1. Ja. 2. Eine Beschlagnahme wäre möglich. — **H. G.** Nein.

	<b>Gold- und Silberwaren.</b>	<b>Nickelwaren.</b>	<b>Optische Artikel.</b>
<b>Julius Busse</b> BERLIN C. 13 Grünstr. 3/4 O. und Leipzigerstr. 77. Reich illustrierter Katalog gratis u. franko.			
<b>Uhren aller Art.</b>		<b>Bronzwaren.</b>	<b>Photograph. Apparate.</b>

		
<b>BERLIN SO. Köpenickerstr. 121, Eckhaus. Beste Herren- und Knaben-Garderoben der Gegenwart. BERLIN SO. Köpenickerstr. 121, Eckhaus.</b>		
Alle Größen, auch für korpulente Herren, in reichster Auswahl vorrätig. Für jedes bei mir gekaufte Kleidungsstück übernehme ich volle Garantie. Feste Preise. Werkstätten im Hause-Ankleidezimmer in jeder Abteilung. Großes Stofflager für Maßarbeit. Der gute Ruf meiner Firma bürgt für gewissenhafte und billige Bedienung. Besichtigung ohne Kaufzwang gestattet.		

Vor Weihnachten Ziehung 14. und 15. Dezember. Keine Ziehungs-Verlegung.

<b>1. Breslauer Pferde-Lotterie Lose à 1 M.</b>	11 Lose 10 M. Porto u. Liste 30 Pf.	5079 Gewinne im Werte von <b>50000 M.</b>	Haupt-Gewinn <b>10000 M.</b>
ampflicht und versendet Lotteriebanc <b>R. Arndt, Breslau V.</b> In Berlin zu haben bei <b>H. C. Kröger, Friedrichstr. 250.</b>			
Em. Meyer Jr., Stralauerstr. 54. Paul Steinberg & Co., Rosenthalerstr. 11-12. F. Schwedtfeger, Friedrichstr. 149. A. Silbermann, Friedrichstr. 153. S. Silbermann, Friedrichstr. 89b. Croner & Co., Passage. Karl Gehrlé, Brunnenstr. 168. E. Lange, Potsdamerstr. 131. Aug. Keller, Molkenmarkt 14. 31691*			

Verantwortl. Redakteur: Carl Wermuth, Berlin-Rixdorf. Für den Inzeratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Societäts Buchdruckerei u. Verlagshaus Paul Singer & Co., Berlin SW.



Aus Industrie und Handel.

Die Rombacher.

Die Rombacher Hütte, die im Vorjahre 12 Proz. Dividende...

Lebensmittelpreise im November.

In allen Markorten steht der Roggenpreis gegenwärtig unter dem Oktoberpreis...

Die Schwärtsbewegung am Schweinemarkt hatte schon im Oktober eingeleitet...

In den wichtigsten Märkten kosteten 50 Kilogramm Schweine...

Table with 3 columns: City, 1904, 1905, 1906. Lists prices for Berlin, Breslau, Hamburg, Frankfurt a. M., Stuttgart, Köln a. Rh.

In einigen großen Städten zeigt der Schweinefleischpreis im Monat...

Table with 3 columns: City, 1904, 1905, 1906. Lists prices for Berlin, Danzig, Dresden, Chemnitz, Leipzig, Stuttgart, München.

Bei den anderen Viehsorten haben die Preise im November...

Schlecht bekommen ist der russische Eisenindustrie-Aktiengesellschaft...

Der Ausschuss des Deutschen Handelstages nahm in seiner am 3. und 4. Dezember stattgefundenen Sitzung...

Der Ausschuss des Deutschen Handelstages spricht sein lebhaftes Bedauern darüber aus...

Wichtig ist im Kleinhandel mit Weizen...

Hinsichtlich der im Verkehr mit Weizen bestehenden Missstände beschloß der Ausschuss...

Deutschland ein Industrie-land? Eine kaum glaubliche Nachricht kommt aus Dortmund...

Kohlenversorgung einiger Großstädte. In der Zeit von Januar bis einschließlich Oktober...

Table with 3 columns: City, Steinkohlen u. Koks in Tonnen, Braunkohlen, Summa. Lists data for Berlin u. Vororte, München, Nürnberg, Dresden, Leipzig.

Der große Verbrauch Berlins ist in der Hauptsache auf die starken Ausfuhr durch Industrie...

Zum Panama Gurts-Libval. Die „Neue Bremen“, die bis jetzt ein beschriebenes Stillstehen über die Nachenschaften...

Vorbereitungen zur Anleihe.

Aus Paris wird dem „Ausloje Slowo“ telegraphisch: „Nach aus Petersburg eingetroffenen Nachrichten wird dieser Tage...

Advertisement for Baer Sohn featuring a man in a winter coat and hat. Text includes 'Winter-Joppen', 'Winter-Hosen', 'Pelz-Joppen', 'Herren-Hüte' and 'Spezialhaus größtes Massstabes'.

Advertisement for Singer Nähmaschinen. Includes 'Singer Nähmaschinen', 'Das Unwesen', 'Teppiche', 'Teilnehmer', 'Louis Gordan', 'August Mielert', 'Dänische Kapitän-Kautabak'.

Advertisement for Steppdecken Spezialhaus. Features 'Emil Lefèvre', 'Berlin Süd. Seit 1882', 'nur Oranienstr. 158', 'Gelegenheitskauf!', 'Schlafdecken', 'Weihnachts-Extraliste und Katalog'.



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Donnerstag, den 6. Dezember. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Cyrenhaus.** Der Freischütz. Schauspielhaus. Das Gladiateur. Deutsches. Der Kaufmann von Venedig.  
Westen. Der Schmetterling. Vorabend. Die Regimentsstochter. Anfang 8 Uhr.  
**Schiller O.** (Ballner-Theater.) Doppelfestabend.  
**Schiller N.** (Friedrich Wilhelm-Röblich-Theater). Mathias Gollinger.  
Neues Schauspielhaus. Die Hochzeitsfackel.  
Kleines. Ein idealer Gatte. Festung. Der heimliche König. Berliner. Helott.  
Neues. Die Fandattler. Komische Oper. Die Bohème. Residenz. Triplette.  
Zentral. Tausend und eine Nacht. Varietehaus. Duellanten. Deutsch-Amerikanisches. Im wilden Westen. Der Hauptmann v. Köpenick.  
Thalia. Eine lustige Doppelrolle. Luise. Des Meeres und der Liebe Wellen.  
Bernhard Rose früher Carl Weiss. Die neue Welt.  
Trianon. Der Hausfreund. Walhalla. Spezialitäten. Apollo. Spezialitäten. Metropol. Der Teufel lacht dazu. Kaffee. Die beiden Champagnol. Spezialitäten. Folies Caprice. Debüt Fleischmann. Spezialitäten. Vaudeville. Spezialitäten. Reichshallen. Stehender Sänger. Wintergarten. Spezialitäten. Urania. Zaubertrage 18/19. Im Theater abends 8 Uhr: Stützen. Im Hofsaal 8 Uhr: Der Stamm der Würmer. 8 Uhr: Staatenbildung bei niederen Tieren.

### Ferdinand Bonn

### Berliner Theater.

Gastspiel Lucie Viëra.

### Liselott.

Freitag Gastspiel Lucie Viëra: Liselott.

### Theater des Westens

Station Zoolog. Garten, Kanstr. 12. Abends 7 1/2 Uhr:

### Der Schmetterling.

Freitag 7 1/2 Uhr: Der Schmetterling. Abends 8 Uhr: Der Stamm der Würmer.

### Neues Schauspielhaus

Donnerstag, den 6. Dezember:

### Die Hochzeitsfackel.

Anfang 8 Uhr. Morgen: Die Hochzeitsfackel.

### Neues Theater.

Anfang 8 Uhr.

### Die Condottieri.

Freitag und folgende Tage: Die Condottieri.

### Kleines Theater.

Sum 131. Male: Ein idealer Gatte.

### Komische Oper.

Heute abends 8 Uhr: Die Bohème.

### Lortzing-Theater

Bellicianenstr. 7/8. Donnerstag, den 6. Dezember, abends 7 1/2 Uhr:

### Die Regimentsstochter.

Abonnements gültig. Freitag: Der Waffenschmied.

### Bernhard Rose-Theater

Große Braunschweigerstr. 132. Die neue Welt.

### W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Oll. Brunnstr. 16. Benefiz für den Kapellmeister Fritz Kiefer. Zum ersten Male: Im Edelgrund und tiefen Wald oder: Das Buschli's. Volksstück mit Gesang in 4 Akten. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Ball.

### Urania

Wissenschaftliches Theater. Heute im Theater abends 8 Uhr:

### Sizilien.

Im Hofsaal 6 Uhr: Der Stamm der Würmer. 8 Uhr: Staatenbildung bei niederen Tieren.

### Lustspielhaus.

Täglich 8 Uhr: Sufarenfieber.

### Zentral-Theater.

(Operette.) Heute abends 8 Uhr: Tausend und eine Nacht.

### Luisen-Theater

Reichenbergerstr. 31. Gastspiel von Frau Arndt-Sorenz vom ital. Schauspielhaus zu Berlin. Zum ersten Male: Des Meeres und der Liebe Wellen.

### Residenz-Theater.

Direktion Richard Alexander. Heute Donnerstag Anfang 8 Uhr: Triplette.

### Deutsch-Amerikanisches Theater.

Zum 108. Male: „Im wilden Westen“ und der große Lachert.

### Metropol-Theater

Große Jahresrevue in 7 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Hollaender. Dirigent Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.

### Massary. Wolff. Bender.

Giampietro. Josephi. Anf. 8 Uhr. Rauchen überall gestattet. Sonntag, 9. Dez., nachm. 3 Uhr: Ermäßigte Preise.

### Auf in's Metropol.

### Apollo Theater

Die neueste Attraktion des Varietés: Athletik-Klub.

### Stadt-Theater Moabit

All-Moabit 47/49. Gastspiel Bernhard Rose-Theater. Das Käthchen von Heilbronn.

### Folies Caprice

Linienstr. 132. Ecke Friedrichstraße. Dir. Felix Berg. Heute: Debüt Fleischmann!

### Passage-Theater.

Täglich abends 8 Uhr: Berlin paß' auf!

### Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Ballner-Theater). Donnerstag, abends 8 Uhr: Doppelfestabend.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh.-Th.). Donnerstag, abends 8 Uhr: Mathias Gollinger.

### Palast-Theater. Prater-Theater.

Burgstraße 24. Kastanien-Allee 7/9. Massen-Vorstellungen von erstklassigen Spezialitäten vom 1. bis 31. Dezember 1906 — arrangiert von der 183/13\* Internationalen Artisten-Loge. E. V. Berlin. Anfang der Vorstellungen: Sonntags 7 1/2 Uhr, wochentl. 8 Uhr.

### Zirkus Schumann

Heute Donnerstag, den 6. d. M., abends präz. 7 1/2 Uhr: Elite-Abend. Gala-Programm. u. a.: Die jugendliche Schreitlerin bei Dora Schumann.

### Wil. H. Kull? das Phänomen.

Berner: Zum erstenmal in Europa: Moki-Indianer-Truppe. Unter anderem: Der Adlerfang, Schlangentänze usw.

### Kasino-Theater

Lothringstr. 37. Täglich 8 Uhr: Corradini Berlin's Liebling. Barsikow x Ellmann Duo. Das: Großer Lachert.

### Tag in Monte Carlo.

Früher's Allerlei-Theater. Schönhauser Allee 148. Jeden Sonntag und Donnerstag: Konzert, Theater, Spezialitäten.

### Sanssouci.

Kottbusser Straße 4a. Direktion Wilhelm Reimer. Jeden Sonntag, Montag, Donnerstag: Hoffmann's Norddeutsch. Sänger und Tanzkränzen.

### Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger. Anfang Sonntag 8, Sonntag 7 Uhr.

### Colosseum

Dresdenerstr. 97. Das urkomische Dezember-Programm. Neu! Im Kongressaal: Neu! D' Wondschindbrüder. Seine Wiener Schrammeln und sechs erstklassige Gesangskräfte.

### Trianon-Theater.

Anfang 8 Uhr. Der Hausfreund. Sonntagnachm.: Ihr zweiter Mann.

### Preie Volksbühne

Kumoristisches Winterfest. Sonnabend, 12. Januar 1907, 8 1/2 Uhr, im großen Saale der Brauerei Friedrichshain 230/8

### Von Jena bis Köpenick

Festzug x Originaltänze x Solovorträge x Einakter. Die Teilnehmer werden gebeten, in einem originellen, den verschiedenen denkwürdigen Zeitabschnitten des Jahrhunderts entsprechenden Kostüme zu erscheinen. Festmarken und Gastkarten vom 15. Dezember ab in allen Zahlstellen.

Sonntag, den 9. Dezember, Neues Schauspielhaus, 6/7. Abteilung: Berliner Theater, 13/14. Abteilung:

### Der Sturm.

5. Serie: Sonntag, 30. Dezember: Bernhard Shaw Die Häuser des Herrn Sartorius. Komödie in 3 Akten.

### Ora et labora und Abrechnung.

4. Serie: Sonntag, 16. Dezember: Seribe Das Glas Wasser. Lustspiel in 5 Akten.

### Bierbaum-Lilienron.

20. Kunstabend im Rathaus, Freitag, den 4. Januar, 8 1/2 Uhr. Der Vorstand. I. Vert.: G. Winkler.

### Buggenhagen

Moritzplatz. Donnerstag, d. 6. Dez.: Gustav Gottschalk's Benefiz und Ball.

### Prachtsäle des Westens

Epiphanystr. 3. Carl Stechert. Heute Theater-Aufführung. Jugend. Schauspiel von Max Halbe. Anf. 8 1/2 Uhr. Entree 40 Pf. Nach der Vorstellung: Familienkränzen.

### Guslav Behrens Theater, Berlin O., Frankfurter Allee 85.

Das vollständig neue Dezember-Programm. Neu! Der Hauptmann v. Köpenick Neu! großer Lachert. 22 Nummern. Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntags 5 1/2 Uhr.

### Welt-Ausstellungs-Biograph (St. Louis)

Theater lebender Photographien mit abwechselndem Abnormitäten-Programm. Verbindung mit größter Film-Fabrik Frankreichs, daher täglich neueste Bilder. Den ganzen Tag Vorstellung. Otto Pritzkow, Münzstr. 16.

### Album- und Lederwaren-Fabrik Oskar Gundau

Oranienstr. 30 Ecke Adalbertstr. Gr. Lager aller Arten Lederwaren und Schmucksachen zu billigen Preisen. 3182L

### !!! Wurst !!!

Randwieselerbierwerk 0,60. Braunsch. Kalbsleberwurst 1,-. Thüringer Rehwurst 0,55. Weißhirsche Rehwurst 0,75. Pommer'sche Schmalwurst 1,15. Golltein. Schmalw. Dauerw. 1,35. Dell. Schinken i. g. (2-3 Pfd.) 1,30. Schinken i. g. (1-2 Pfd.) 1,10. meißelbacher 1 ganz mager 1,25. Pommer'sche Gänsebrüste Ia 1,50. Randsped. hief. Schlacht, leit 0,80.

### Joh. Striepling, Fleischwaren-Großhandlung.

Köpenickerstr. 150/51. 2. Invalidenstr. 147 (Bergr.). 3. Brunnenstr. 196 (Nof. Tor). 4. Friedrichstraße 21 (a. d. Halle). 5. Kottbusser-Damm 43 (Herrenplatz).

### „Armin-Hallen“

Kommandantenstr. 20. Der große und der kleine Saal sind noch an einigen Sonntagen, Sonntagen und Silvester frei.

### Zentral-Verband der Töpfer Deutschlands.

Filiale Berlin. Am 2. Dezember verstarb nach kurzem Krankenlager im Alter von 33 Jahren unser Kollege Max Mohns.

### Arbeiter-Raucher-Bund

Berlins und Umgegend. Hiermit zur Nachricht, daß das Bundesmitglied Heinrich Kernhöf aus dem Klub „Blauer Dampf“ am 4. Dezember verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Freitag, den 7. Dezember, nachmittags 3 Uhr, am Kreuzberg-Kirchhof, daher täglich neueste Bilder. Den ganzen Tag Vorstellung. Otto Pritzkow, Münzstr. 16.

### Verband der Tapezieer.

(Filiale Berlin.) Am Sonntag, den 2. Dezember, verstarb unser Mitglied Oskar Larse. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Freitag, den 7. Dezember, nachmittags 3 Uhr, auf dem Finow-Kirchhof in Köpenick, Hermannstraße, statt. Zahlreiche Beteiligung erwartet. Die Ortöverwaltung.

### Robert Schulte

im Alter von 50 Jahren. Dies zeigt tiefbetrübt amie trauernde Gattin Elise Schulte, geb. Kohn, Lübeckstr. 20. Die Beerdigung findet Freitag nachmittags 3 Uhr von der Kirche des neuen St. Johannis-Kirchhof (Jungfernheide) aus statt. 15

### Danksagung.

Für die herzliche Teilnahme beim Begräbnis meiner lieben Frau Emma Weiser geb. Köpcke, an den Verwandten und Bekannten mein innigsten Dank. 745 Herrmann Strietzel und Töchter.

### Dr. Simmel, Prins.

Spezialarzt für Haut- und Harnleiden. 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 94. Offertiere in nur frischer Ware: Hasen große schwarz für nur... 22. 30 große wilde Kaninchen... 00 Mehl-Hasen von... 43 Gänse 1825 60 u. 65 Pf. in tieferer Klasse. Wegner, 50, Mariannenstr.

### Docherentable Existenz.

Wegen Todesfall 20 Jahre in ein Hand befindl. Reichthum-Großhandlung (Kasselerstraße), meist in Weißbier-Privatbieren, 4 gute Pferd 5 Wagen, circa 100 000 Pfund, zum 1/2 Inventarwert zu verkaufen. Das fernere nicht erforderlich. Käufer wie angelehnt. Kein Besatz, kein Kaffee, erfordert circa 8000 Pf. Nur Selbst resp. ab. Kauf. o. Monhaupt Postenstr. 10. 277/20

### A. B. Koch

Kohlen-Groß-Handlung Berlin O. 34, Brombergstr. 15 Preise für nur 1a Marken ab 10 von 10 Str. an: (3197) Prima 1a Goldsteine (besten Marken) pr. Str. 85 1a Diamant (110 bis 130 Stk.) 90 1a Rife u. Kf. 95 1a Anthrazit-Cade. 2,20 Gold, Steinkohlen usw. zu 1 billigsten Tagespreisen. Anlieferer frei Koffer je nach Quantum pr. 10-15 Pf. mehr. — Bei Origin. Waggons und größeren Abg. verlangen Sie meine Preisliste.



# Fliesenleger!

Donnerstag, den 6. Dezember, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr:  
**Versammlung der Sektion der Fliesenleger  
 des Maurerverbandes.**

im Gewerkschaftshaus Engel-Ufer 15, Saal 7.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Kollegen Max Anton über: Die Verkürzung der Arbeitszeit. 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches. 4. Verschiedenes.  
 Mitgliedsbuch legitimiert.  
 Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen sämtlicher Kollegen notwendig.  
 Der Sektionsvorstand.

## Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.  
 Sektion der Gips- und Zementbranche.  
 Freitag, den 7. Dezember, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 1:

**Mitglieder-Versammlung  
 der Gruppe der Mabitpuger.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag über: „In- und ausländische Politik“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — (Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht.)  
 Des interessanten Themas wegen ersuchen wir die Kollegen, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.  
 Der Gruppenvorstand.

## General-Versammlung

die am Freitag, den 14. Dezember 1906, abends 8 Uhr, im „Rheinschloß“, Friedenau, Rheinstr. 60, stattfindet.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Geschäftsbericht des Vorstandes. 2. Bericht des Aufsichtsrates. 3. Beschlussfassung über die Bilanz, Verteilung des Reingewinnes, Entlastung des Vorstandes. 4. Antrag des Aufsichtsrates: „Zurücklegung der Zahlung einer regelmäßigen Entschädigung für Zeitverlust an den Geschäftsführer.“ 5. Erwahlung zum Aufsichtsrat. 6. Anträge der Mitglieder.  
 Laut § 34 unseres Statuts müssen diese so zeitig gestellt werden, daß sie drei Tage vor der Generalversammlung in vorchriftsmäßiger Weise publiziert werden können.  
 Friedenau, 1. Dezember 1906.  
 Konsumverein Friedenau und Umgegend.  
 Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.  
 Der Aufsichtsrat: R. Langhaus.

Alle Freunde nebst Familie und Bekannte lade ich hiermit zu der am  
**Sonntag, den 9. Dezember 1906**  
 stattfindenden  
**Einweihung**  
 meiner neu erbauten **Restoration** nebst Saal freundlichst ein.  
**Ernst Lier**  
 Miersdorf bei Zenthen.

# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Zimmer 34, Amt IV, 3353. Verwaltungsstelle Berlin: Engel-Ufer 15. Haupt-Bureau: Zimmer 1-5, Amt IV, 9679.

Sonntag, den 9. Dezember 1906, vormittags 10 Uhr:

## General-Versammlung

in der „Neuen Welt“, Hasenheide 108/114.  
 Fortsetzung der nicht erledigten Tagesordnung vom 18. November 1906:  
 1. **Kassenbericht vom 3. Quartal und Bericht der Revisoren.**  
 2. **Neuwahl der Revisoren.** 3. **An die Verwaltung gelangte Anträge.**  
 Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!  
 Zahlreichen Besuch erwartet  
 Die Ortsverwaltung.

## Moabit! Moabit!

Donnerstag, den 6. Dezember, abends 6 Uhr, im „Moabiter Gewerkschaftshaus“, Wielestr. 24:  
**Öffentliche Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten v. Elm über: „Kapitalistische Herrenmoral und proletarisches Wollen.“  
 2. Diskussion.  
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
 Der Einberufer.

## Graumanns Festsäle

Bühne! Naunynstr. 27 3 Kegelsbahnen  
 Sonnabende u. Sonntage im Dezember, zu **Weihnachtsbescherungen**, desgl. auch Silvester und Neujahr noch frei.  
 736L\*  
 G. Graumann, Amt 4 No. 7324.

## Englischer Garten, Alexanderstr. 27c.

Am **ersten Weihnachtsfeiertag** ist mein oberer großer Saal und Nebendäume frei geworden.  
 31952  
 Max Quaiser, Gastwirt.

## Zähne 2 Mark

von **2 Mark** auch Teilzahlung! Sprechstunden 9-7.  
**Deutsch-Amerikanische Zahn-Klinik**  
 Prinzenstraße 45.

## Orts-Krankenkasse der Maler

und verwandten Gewerbe.  
 Die Wahlen der Delegierten für die Jahre 1907/1908 finden an den nachstehend bezeichneten Tagen und Orten statt:  
 a) Für die Arbeitnehmer im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 8, am Montag, den 10. Dezember 1906. Es sind zu wählen: abends 8<sup>1/2</sup>-9<sup>1/2</sup> Uhr durch die Kassenmitglieder 170 Vertreter.  
 b) Für die Arbeitgeber im Kassenlokal, Spandauerstr. 5, am Montag, 10. Dezember 1906, nachmittags 4 Uhr. Es sind zu wählen 85 Vertreter.  
 Der Vorstand.

## Orts-Krankenkasse der Drechler und verwandten Gewerbe.

Montag, den 17. Dezember 1906, abends von 7<sup>1/2</sup>-9<sup>1/2</sup> Uhr:  
**Wahl-Versammlungen**  
 im Dresdener Garten, Dresdenerstr. 45.  
 I.  
 Versammlung sämtlicher großjähriger Mitglieder der Kasse nach § 49 des Statuts behufs Wahl von 173 Vertretern derselben pro 1907.  
 II.  
 Eine Versammlung sämtlicher Arbeitgeber der Kasse, welche Beiträge für die Mitglieder aus eigenen Mitteln zahlen, findet am **Montag, den 17. Dezember 1906, abends 8-9 Uhr im Dresdener Garten, Dresdenerstr. 45**, statt, behufs Wahl von 82 Vertretern derselben pro 1907.  
 Für die Mitglieder legitimiert das Kassenbuch, für Arbeitgeber die letzte Quittung der Kasse über bezahlte Beiträge.  
 1075

Montag, den 10. Dezember 1906, abends 7<sup>1/2</sup>-9<sup>1/2</sup> Uhr, findet im **Dresdener Garten, Dresdenerstr. 45**, eine Versammlung sämtlicher großjähriger Mitglieder der Kasse behufs Auffstellung von Kandidaten zur Vertreterwahl pro 1907 statt.  
 Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht  
 Der Vorstand.  
 N. N.: Gustav Tiedt, Hasenheide 49.

## Weiß- u. Rotwein 58 Pf.

Garantiert völlig — schmerzlose — Behandlung. — Gebisse 12 Jahre — Garantie. —  
 Ed. de Waal & Sohn, Koblenz 58.



# Kaufhaus Max Mannheim

Ecke Königsberger Strasse • Frankfurter Allee 109-110 • Ecke Königsberger Strasse

## Große Vorteile bei Weihnachts-Einkäufen!

Zugabe von

## Gratis Photographie-Bons

bis 15. Dezember

Bei Einkäufen von:

**5 Mark**  
 1/4 Dutzend Visit-  
 oder  
 Prinzess-Format

**10 Mark**  
 1/2 Dutzend Visit-  
 oder  
 Prinzess-Format

**15 Mark**  
 1/4 Dutzend Kabinet  
 oder  
 Griseldis-Format

**20 Mark**  
 1/2 Dutzend Kabinet  
 oder  
 Griseldis-Format

Diese Photographie-Bons berechtigen auch zu Kinder-Aufnahmen.

## Gratis Pracht-Kalender 1907 Gratis

Hauptkatalog gratis und franko.

Sonntag, den 9. Dezember geöffnet von 8-10 und 12-2 Uhr, Sonntag, den 16. und 23. Dezember von 12-8 Uhr.

## Große Weihnachts-Ausstellung

vom 8. Dezember ab in der zweiten Etage.



10% Donnerstag  
Freitag  
Sonnabend: 10%

**Doppelte Rabattmarken**

in allen Abteilungen

**H. Greifenhagen Nchf.**  
Brunnenstraße 17-18  
Veteranenstraße 1-2

10% Mit Ausnahme einzelner Artikel. 10%

**Damen-Konfektion**  
direkt aus der Fabrik.  
Kein Laden.  
Nach beendeter Engros-Saison  
auch Einzel-Verkauf  
**enorm billig**

Jackets  
Paletots  
Havelocks  
Capes  
Kostüme  
Kostüm-Röcke  
Mädchen-Paletots  
Pelz-Stolas

**Robert Baumgarten**  
Hausvogtei-Platz 11, 2. Etage  
(an der Jerusalemstraße).

Bei Vorzeigung d. Inserates an der Kasse werden 5 Proz. Rabatt vergütet.  
Auch Sonntags geöffnet.



**Steppdecken**  
billig direkt in der Fabrik  
72. Wallstr. 72.  
wo auch alle Steppdecken aufgearbeitet werden. **Beruhard Strohmändel**, Berlin Ka. Kultur-Katalog gratis.

**Arbeiter-Athleten-Bund Deutschlands.**  
(Ortsgruppe Berlin.)  
**I. Stiftungs-Fest**  
am Sonnabend, den 8. Dezember, präzise 9 Uhr,  
in Louis Kellers Festsälen, Koppenstr. 29.  
Auftreten von Spezialitäten I. Ranges.  
Um zahlreiches Erscheinen wird geboten.  
Der Vorstand.

**Lassen Sie sich nicht**  
durch ungläubliche Reklame verleiten und kaufen Sie keine billige Zither, die keine Stimmung hält. Ein solches Instrument ist etwas fürs Auge, aber wertlos.

**Wollen Sie wirklich Freude haben, dann kaufen Sie sich die echte**  
**Menzenhauer Gitarzither**  
mit unterlegbaren Noten, welche jedermann sofort spielen kann. **Ueber 1 Million im Gebrauch.**  
Preis M. 20,00 u. M. 25,00.  
Versand franko mit schriftlicher Garantie für 1 Jahr.

**Zu haben in jedem besseren Musikhaus oder direkt bei**  
**Menzenhauer & Schmidt, Berlin, Spittelmarkt 15.**  
Bei Einsendung dieses Inserates erhält jeder Käufer einer Gitarzither 12 Noten gratis.

**Damen-Konfektion-Spezialhaus**  
**Scheidemann & Cassel**  
Gegr. 1886.  
Kommandantenstraße 70-71  
zwischen South- u. Neue Grünstr.  
2 Min. vom Spittelmarkt.

**Räumungs-Verkauf**  
zu bedeutend ermäßigten Preisen.

Eskimo-Jackets und Paletots  
**6-18 M.**  
Astrachan-Boleros und Paletots  
**7-24 M.**  
Abendmäntel und Capes  
**6-20 M.**  
Prima Tuch- u. englische Kostüme  
**12-40 M.**  
Kostüm-Röcke, Fußfrei und lang  
**1.85-15 M.**  
**Blusen** in Wolle, Samt- u. Seide  
**1,25-12 M.**  
Unerreicht größte Auswahl selbst für ganz starke Damen.

**Phänomen-Zigaretten**

Phänomen-Zigaretten sind aus echten türkischen Tabaken hergestellt  
Phänomen-Zigaretten sind garantiert Handarbeit  
Phänomen-Zigaretten sind nach ägyptischer Art hergestellt  
Phänomen-Zigaretten übertreffen Importen  
Phänomen-Zigaretten sind überall zu haben  
Stück 2, 3, 4 und 5 Pfg.

Türk. Tabak- und Zigaretten-Fabrik „**Namkori**“

**Kleine Anzeigen**

Jedes Wort 10 Pfennig.  
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worde mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

**ANZEIGEN**  
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 5 Uhr angenommen.

**Verkäufe.**

**Deckbett, Unterbett, Kissen** mit flattrigem Anlett 10,50, Plandelbe Andreadstraße achtunddreißig 20428\*

**Wairoja-gelacktes Deckbett, Unterbett, zwei Kissen** 18,00, Andreadstraße achtunddreißig, Plandelbe.

**Bauerdeckbett, Unterbett, zwei Kissen** 27,00, Große Laten 1,00, Leihhaus Andreadstraße achtunddreißig, Gießliche nach Bedarf.

**Großer Kissen Japaner- und Perser-Teppiche, 2 Meter lang, 2,35, 3,65, 5,55, Bettvorleger, Stück 9,38, 0,84, 1,25, 1,55, 2,15, 2,65, 2,95 usw., nur so lange Vorrat.** 20041\*

**Fabrikmutter, echte Plüschteppiche, unbedeutende Bedeckler, 15 Prozent Rabatt, nur kurze Zeit.** Weihenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, zweites Haus von der Koppenstraße. 20022\*

**Fabrikmutter, Plüschdecken** mit feinen Stüchlein, reiche Muster, 10 Prozent Rabatt, 6,85, 7,50, 8,85, 9,50 usw. 20023\*

**Tuchportieren, Fabrikmutter, mit Querhang, reich gefärbt, 7,35, 7,85, 8,90, 9,50 usw.** 20024\*

**Tüllvorhänge, Kellermutter, nur kurze Zeit, 1,85, 2,25, 2,85, 3,65, 4,35 usw.** 20025\*

**Teppdecken, feine Gelegenheit, 2,85, 3,50, 4,35, 5,50, 6,50, 7,85 usw.** Weihenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, zweites Haus von der Koppenstraße. 21026\*

**Wardinenband Große Frankfurterstraße 9, parterre** 17

**Teppiche mit Farbenfeldern** Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. 71

**Teppdecken, schönste praktische Weichenbergs-Gelegenheit, spottbillig und reich, direkt Fabrik, Große Frankfurterstraße 60, I. kein Laden, Sonntags geöffnet.** 21028\*

**Musikwerke, Sprechmaschinen, Leitzählungen, Invalidenstraße 20, Elstherstraße 40.** 19368\*

**Monatsanlege und Winterpaletots** von 5,00, Toppen von 4,50, Hosen von 1,50, Gedrucktänge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für torpente Figuren. Neue Garderobe zu kaumend billigen Preisen, aus Handarbeiten verfertigte Sachen kauft man am billigsten bei **Kag, Kulafstraße 14.** 1598\*

**Wollschleiferei** liefert gediegene Wohnungsbequemlichkeiten äußerst billig. Bunte Stüchen, Reiche Arbeit. Beschäftigung meines kausend großen Lagers erbeten. **Haus Holzengrund, zur Keller und Hinterräume, Darnat, Tischlermeister, Dresdenerstraße 124, zwischen Oranienplatz und Kottbuser Tor.** 17682\*

**Manchester-Kleidung!** Manchester ist in guter Qualität das beste und nobelle Zeug für Arbeiterkleidung. Es ist in Meterware als auch in fertigen Hosen, Westen, Joppen, auch in Knabenhosen und Knabenanzügen zu haben. Gewarnt wird vor billigen Qualitäten, dieselben werden blank und unansehnlich, wer aber Preise anlegt, erhält vorzügliche Qualitäten bei **Hermann Schilling, Turmstraße 58, 65.** 19673\*

**Bekannt billigste Bezugsquelle für Möbel, Spiegel, Sofas, Truhen, Bettstellen, reiche Karitäten.** Nur **Hermann Dittmann, Grünertweg 81.**

**Gehobene Herrenanzüge, Herrenpaletots** aus feinsten Stoffen 18 bis 33,00, Hosen 7-12,00 verkauft täglich. **Sonntag, Deutsches Verlehdhaus, Vagerstraße 63, I.**

**Krawattenstoffe, großartige Auswahl, Wallnertheaterstraße 30.** 27716\*

**Kinderräder, Kinderbettstellen, Puppenwagen, zurechtgelegte, spottbillig.** Sommer, Wienerstraße 51.

**Möbelangebot.** Am Anhalter Bahnhofs, Ködenerstraße 25, Anhalter Innenbahnhof, direkt Hochbohrstation Röderstraße, stehen verschiedene Einrichtungen zum Verkauf. Darunter befinden sich hochmoderne Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, auch einzelne Salonpartituren, Kaminöfen, Bibliotheken, Ankleidekabinen, Kuchenschrank, Bronzekrone, Leigermöbel, Schreibische 28,00, Ruhebetten mit prachtvoller Divandee 22,50, wunderschöne Säulenträume 30,00, hochlegante Salonleppiche schon 14,00 bis zu allergrößten Saalteppichen, allerbeste Zimmerteppiche 8,00, reichgefilzte Ueberegarinen, Spagettiflores, Tüllgardinen, Steppdecken, Salonbilder, Standuhren, prachtvolle Tischleppiche 5,00, verschiedene Gelegenheiten. **Hebernahme vollständiger Warenlager, Tischdecken, Kontorarmen, Kacheln zum schnellen Verkauf und Verfertigung.** Otto Kiedes Anhalter Bahnhofs.

**Teppiche (Lehrerstücke) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brann, Gadecher Markt 4, Behnhofstraße.** 26814\*

**Bederbetten, Stand 10,50, große 16,00, Gardinen, Wäsche, Decken, Winterpaletots, Uhren, Goldschmuck spottbillig Pfandleihhaus Kottbuserplatz 7.** 21238\*

**Restaurant, gut gehend, verlässlich, sofort zu übernehmen.** **Ridori, Richardstraße 9.** 4116\*

**Gasheizapparate! Gasbratöfen! 7,00, Jweilochgasofen 3,00, Gasplättchen, Gasbrennapparat! Gaslampen 14, Gasgaslampen! 9,00.** **Wohlfahrt, Wallnertheaterstraße 32.**

**Winterpaletots, Monatsanzüge, wenig getragen, von 5 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe und erster Bezugsquelle 30 Prozent billiger wie im Laden, direkt vom Schneidermeister Paul Kottbuser, nur Kottbuserstraße 10. Habe keine Fikalen.**

**Gehobene Herrenanzüge aus feinsten Stoffen 9-12 Mark.** Verkauf Sonnabend und Sonntag. **Verlehdhaus Germania, Unter den Linden 21. Keine Fikalen.** 19928\*

**Bederbetten 11,00, zweischläfrig 15,00, Möbel, Dresdenerstraße 38.**

**Winterpaletots, Winteranzüge, Winterhosen, Pfandleihhaus, Weidenweg 58.**

**Winterpaletots, Gedrucktänge, Damenanzüge, Spottpreise, Weidenweg 58.** 18320

**Winterpaletots, elegant, 12,00 und 18,00 Mark. Betten billig, Gubenerstraße 3, Plandelbe.** 435\*

**Damenhosen, verfallene, goldene, 10,00 an, Herrenhosen, Wickenauswahl, Ketten, Ringe, Armabänder, spottbillig Leihhaus Neue Schönhauserstraße 11.**

**Particellat preiswert zu verkaufen.** **Röhers unter R. W. 49, Bormarkt, Salzweidenerstraße 8.** 778

**Kanarienvogel, Selbstzucht, billig, Krause, Reichenbergerstraße 106.**

**Pianino 120,00, goldgrübert (Garantischelm) Turmstraße 8, I.**

**Schlafflo 20,00, wie neu, Wallnertheaterstraße 23, Tapetier.** 18414

**Beachtung!** Bringe Freunden, Bekannten und meiner werden Nachbarschaft mein Konfession-Geschäft in Erinnerung. In Bekanntheit große Ausverkauf in Westhafen; außerdem empfehle ich mein Zigarrengeschäft, wie Rum, Cognac, Schaumwein, Punch, Orag, Glühwein, alles in guter Qualität. **Albert Baron, Kappellenallee 43.** 402

**Bederbetten, schön breite, Stand 20 Mark, 5 Zimmer wenig gebrauchte Möbel sofort zu verkaufen Dresdenerstraße 38, vorn II links.** 18417\*

**Wanze! Güte! feinstgeschlachtet, äußerst billige Preise, sind zu verkaufen Sommerstraße 21, Bettfedern-Verkauf, Paul Hoff.** 18415\*

**Kinderräder, Kinderbettstellen, Puppenwagen, zurechtgelegte, spottbillig.** Schneider, Kottbuserstraße 172. 845\*

**Wäsche! Vergüte bis 15 Mark, wer Teilzahlung läuft oder nachweist. Sämtliche Systeme, Drahter, Kottbuserstraße 90.** 435\*

**Menzenhauer - Zither 8,00, Strabel, Brunnenstraße 100.** 496\*

**Teppiche mit feinen Webereien, solange Vorrat, sehr für die Hälfte.** **Teppichhaus Joseph, Kottbuserstraße 2, am Tor.** 21128\*

**Plüschdecken in diversen Größen und Farben mit feinen Druckstellen spottbillig.** **Teppichhaus Joseph, Kottbuserstraße 2, am Tor.** 21138\*

**Gardinenreize, von 1 bis 3 Fenstern, sowie angehängt, spottbillig.** **Gardinenhaus Joseph, Kottbuserstraße 2, am Tor.** 21148\*

**Fäuststoffe in Tate, Cocos, Plüsch, Reste spottbillig.** **Teppichhaus Joseph, Kottbuserstraße 2, am Tor.** 21158\*

**Große Divandee 4,85, Karan, doppelte 7,50, prima Plüsch 25,00.** **Teppichhaus Emil Lejebore, nur Oranienstraße 158.** 20828\*

**Möbel - Lagerreicher, Brunnenstraße 188, stehen zum schlechten Verkauf: Schreibisch, Aufbaumöbel, Bancelofa, Tischschlofa, Kuchenschrank 28,-, Teppiche, Gardinen, Gostonen, Truhen, Garderobenspiegel, Ruhebett 25,00, Wäschepind, Spiegel, Spiegelbild, Tisch, Kommoden, bunte Kuchenschilde, Bilder, alles spottbillig.** 20868\*

**Verschiedenes.**

**Einweihung!** Alle Genossen und Freunde lade zu dem am Donnerstag, den 6. d. Mts., stattfindenden Einweihung meines Lokals und meines circa 100 Personen fassenden Vereinszimmers ergeben ein. Speisen und Getränke empfiehlt in bekannter Güte **Robert Hehrig, Weidenweg 68, früher 27.** 4121\*

**Wollfänger-Gesellschaft** Schmelzer, Ondrich, Salz, Rantaustraße 41.

**Warentausch** Bessel, Göttemerstraße 14. 927\*

**Wandleibe, Fingerringe 68, täglich 8-8, Sonntags bis 2.** 19082\*

**Ridori, Drucke, Festliche, Anekdote 113, Restaurant, Garten, Vereinszimmer, Partifokal (500 Personen). Sonntags Ball.** 4114\*

**Kuchenschleifer von Frau Kofosch, Charlottenburg, Goethestraße 84, I.**

**Imoni!** Jementausgaben, zahnärztliches Institut, Chausseestraße 2 B, 601 II. 2704\*

**Saal Sonnabends frei, Beckenbergerstraße 14.** 478\*

**Wäsche wird sauber gewaschen, Feilen getrocknet, Abholung Sonnabends.** **Emil Ranck, Köpenick, Rüggeheimerstraße 40.** 1635

**Hand-Schieber von Rudolf Ehling, Köpenick, Kaiser Wilhelmstraße 14, Tröden im Freien, Abholung Sonnabends.** Preise: drei Handtücher 0,10, 4 Taschentücher 0,10, Leibwäsche der Stadt 0,10. 1786

**Bastler sucht Teilnehmer.** 2000 Mark, Werkzeug, gute Arbeit vorhanden. Offerten unter O. 5, Expedition dieser Zeitung. 1795

**Wohnungen.**  
**Hochmoderne Kleinwohnungen** billig Kottbuserstraße 17, am Paul Gerhardtplatz. 20908\*

**Schlafstellen.**  
**Sofort Schlafstelle Frau Suppus, Friedrichsbergerstraße 17.** 1509

**Stellengesuche.**  
**Blinder Stülchler** bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurechtgeleitet. **H. Blüher, Wandlstraße 27.** 14688

**Stellenangebote.**  
**Klavierpieler** verlangt **Wig** Elstherstraße 59. 413\*

**Chromo - Lithographen, Federmanier, verlangt Hugo Frommholz, Rathenowerstraße 58.** 18411\*

**Tüchtige Bohrer** verlangt **Piano-Mechaniker Reichendergerstraße 63a.**

**Für die Abteilung** Sägelischen sowie Treibri aus einem Stück (siehe eventuell per sofort tüchtigen Meister. **Geinrich Lenz, Ritterstraße 45.** 1656\*

**Automobilschule!** Chausseure werden gemeinschaftlich praktisch und theoretisch ausgebildet unter polizeilich geprüfter Leitung. **Kottbuser Stellen nachweis.** **Kursus 50,00 bis zur Verteilung eines polizeilichen Fahrscheines.** **Berliner Chausseur-Schule, Schöneberger Ufer 5/B.** 21268\*

**Flotte Kugel** verlangt **Spiegel-Fabrik, Schmidtstraße 24/25.** 1775

**Tüchtige Bohrer** verlangt **Ridori, Deibelstraße 61, Ostend.** 4116

**Tüchtige Gärtler** auf europäische Instrumente, **Louis Voennstein, Biegelstraße 28.** 2707

**Klavierpieler** verlangt **Urbanstraße 7, Lokal.** 1515

**Plärrerin** verlangt, dauernd, **Bauer, Weidenweg 49.** 497

**Achtung! Achtung! Klavierarbeiter!**  
Lieber die Pianofabrik **Bell & Co., Andreadstr. 32** und **Grüner Weg 79**, die unter der Firma **Neugebauer Nachf.** Arbeitsmühle sucht, ist nach 14wöchigem Streik die **Sperre dauernd** verhängt. 141/16\*  
Zugung streng fernhalten.  
Vereinigung der Musikinstrumentenarbeiter.

**Achtung! Marmorarbeiter! Berlin II.**  
Die Steinarbeiter der Firma **Deutsche Steinindustrie** stehen im Solidaritätsstreik. Bitte jedes Arbeitsangebot streng zurückzulehnen. Dies gilt auch für Hilfsarbeiter. 1931\*  
**Der Vorstand, J. U.: Durrer.**

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Begen Streit und Differenzen sind gesperrt:  
Für Tischler: **Wenkels Nachf. Schutz, Gaul, Zielinski und Grabowski, Mariendorf, am Teltowkanal.**  
**Seuling, Pfander 92b.**  
Für Drechsler: **Matte, Kranitz 52.**  
Für Verputz- u. Knopfarbeiter: **Grinot, Dresdenerstraße, Lebach & Comp., Reinickendorf, Tegeler Weg.**  
Für Kammacher, Verputz- und Knopfarbeiter: **Alle Betriebe Berlin und Vororte!** Arbeitskräfte werden nur vom Arbeitsnachweis, Engel-Ufer 15 vermittelt.  
Für Bodenleger: **Bau Kaiser-Weg, Ede Wilhelmstraße 54, Richterstr. 18, Ede Schafelstraße, Firma Pampfan (Wollschleiferei G. Kuppig).**  
Zugung ist streng fernzuhalten.  
Die Ortsverwaltung.

**Einzieher!**  
Gehört sind sämtliche Bouten der Firma **Wenkels Nachfolger, Schutz, Grabowski, Gaul & Zielinski, Mariendorf.**  
Bis jetzt sind ermittelt:  
**Bau Stabernack, Richterstraße, Bahustra. 54, Richterstraße, Karlstraße, Teglich, Schönebergerstraße, Tüschke, Döhlen, Pöblichstraße, Palenke, Trabenerstr. 73, Kaatz, Weg, am Kanal, Sachse, Mariendorf, Heidstraße, Richterhof, Potsdamer Platz.**  
**Der Edmann.**